EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

ARCHIV-EXEMPLAR

1988

EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1988

Herausgeber
Editeur

Eidg. Bankenkommission
Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telex 912 449
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb

Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion

Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

2.89 6000 A46891

Inhaltsübersicht

	Seite
Deutsche Fassung	5
Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds)	73
Französische Fassung	133

Sommaire

	Page
Version allemande	5
Listes (institutions de revision et fonds de placement)	73
Version française	133

Inhaltsverzeichnis Seite

Abkürzungen 9

Bankenkommission und Sekretariat 10

I. Einleitung 11

II. Wesentliches in Kürze 12

III. Aufsicht über die Banken 14

1. Revision der Bankenverordnung 14
   1.1 Geltungsbereich des Bankengesetzes 14
   1.2 Ausserbilanzgeschäfte 15
   1.3 Neue Liquiditätsvorschriften 16

2. Rundschreiben 17
   2.1 Risikoverteilung 17
   2.2 Risikoverteilungsplafond für ausländisch beherrschte Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns 18
   2.3 «Interne Revision (Inspektorat)» 19
   2.4 Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices 20

3. Praxis der Aufsichtsbehörde 22
   3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit 22
      3.1.1 Geldwäscherei 22
      3.1.2 Sorgfaltspflichtvereinbarung 1987 26
      3.1.3 Insidergesetzgebung 28
   3.2 Länderrisiken 30
   3.3 Ausländisch beherrschte Banken 31
      3.3.1 Gegenrecht 31
         3.3.1.1 Japan 31
         3.3.1.2 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten 33

3.3.2 Ausländische Beherrschung 33
3.4 Unterstellungsfragen 35
3.5 Ausländische Broker 37
3.6 Bankengesetzliche Revisionsstellen 38
3.6.1 Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds 38
3.6.2 Wechsel der Revisionsstelle 38
3.7 Bilanzwahrheit und -klarheit 41
3.7.1 Auflösung stiller Reserven/ Wertschriftenverluste 41
3.7.2 Kursverluste auf Fremdwährungsaktiven 43

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden 43
4.1 Behörden des Bundes 43
4.2 Nationalbank 44
4.3 Verbände 45
4.4 Aussprache mit der Aufsichtskommission VSB 45
4.5 Revisionsstellenkonferenz 46
4.6 Regionalbanken 46

5. Internationale Angelegenheiten 47
5.1 Vereinheitlichung der Eigenkapitalmessung und -anforderungen 47
5.2 Zusammenarbeit mit der Bank of England betreffend Financial Services Act 47
5.3 Ausländische Behörden 49
5.4 Europäische Gemeinschaft 50

6. Behandelte Geschäfte (Statistik) 50
6.1 Sitzungen 50
6.2 Verfügungen 50
6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen 51

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften 52
7.1 Bestand Ende 1988 52
7.2 Erteilte Bewilligungen 52
7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit 54

IV. Aufsicht über die Anlagefonds 56

1. Revision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds 56

2. Neues Musterreglement und neues Rundschreiben Nr. 18 56
   2.1 Neues Musterreglement 56
   2.2 Neues Rundschreiben Nr. 18 57
      2.2.1 Zulässige Geschäftsarten 57
      2.2.2. Übergangsbestimmungen 58

3. Praxis der Aufsichtsbehörde 59
   3.1 Immobilien-Anlagefonds 59
      3.1.1 Verkehrswertschätzung 59
      3.1.2 Berichterstattung über die Verkehrswertschätzung 60
      3.1.3 Gewährung von Bezugsrechten bei Emissionen 61
      3.1.4 Limitierung der zulässigen Wertschriftenanlagen 62
      3.1.5 Immobilien im Miteigentum für mehrere Fonds 62
   3.2 Bankinterne Sondervermögen 63
   3.3 Europrogramme 64

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden 65
   4.1 Parlamentarische Vorstösse 65
   4.2 Treffen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung 65

5. Internationale Angelegenheiten 65
   5.1 Richtlinie des EG-Rates 65
   5.2 Informationsaustausch 66

6. Behandelte Geschäfte 67

7. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1988 67

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen 69

1. Änderung der Pfandbriefverordnung 69

2. Überprüfung der Pfandbriefzentralen 69

VI. Interna 70

1. Bankenkommission 70

2. Sekretariat 70

3. Rechnung 71

Verzeichnisse 73

Anerkannte Revisionsstellen
- für Banken und Anlagefonds
- nur für Anlagefonds

Schweizerische Anlagefonds
Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung
für die öffentliche Werbung in der Schweiz

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidgenössischen Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Verordnung vom 20. Januar 1967 über die Anlagefonds (SR 951.311)
AuslAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
PfG	Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (SR 211.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 211.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidgenössischen Bankenkommission (SR 952.721)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
VSB 87	Vereinbarung vom 1. Juli 1987 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken
VStrR	Bundesgesetz vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (SR 313.0)

Eidgenössische Bankenkommission

Präsident
Dr. iur. Hermann Bodenmann, Brig

Vizepräsident
Prof. Dr. iur. Alain Hirsch, Genf

Mitglieder

Dr. rer. pol. Amilcare Berra, Montagnola

Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich

Prof. Dr. rer. publ. Peter Nobel, Zürich (ab 1. März 1988)

Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen

Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Dr. iur. Kurt Hauri, Direktor

Fürsprecher Daniel Zuberbühler, stellvertretender Direktor, Rechtsdienst

Romain Marti, Vizedirektor, Bewilligungen

Kurt Lindegger, Vizedirektor, Revisorat

Dr. ès. sc. écon. André Cornu, Anlagefonds

Adresse

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031/61 69 11, Telex 912 449, Telefax 031/61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission ist für die Beaufsichtigung von drei Bereichen des Finanzsektors zuständig. Es sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen die Aufsicht über die Banken (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG). Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1988 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten wichtigen Fragen der Aufsicht sowie mit der Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Herbst 1989 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1988» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (letztmals 1988 Heft 18).

II. Wesentliches in Kürze

Die Bankenkommission unterbreitete dem Eidg. Finanzdepartement zuhanden des Bundesrates einen Entwurf für eine Revision der Bankenverordnung. Es sollen gewisse Arten von «Parabanken» sowie Emissionshäuser dem Gesetz unterstellt werden. In der Folge eröffnete das Eidg. Finanzdepartement ein Vernehmlassungsverfahren. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 1989 vorliegen.

Im November 1988 erregte eine Strafuntersuchung der Tessiner Staatsanwaltschaft gegen verschiedene libanesische Banknotenhändler und -kuriere grosses öffentliches Aufsehen. Einzelne Banken gerieten in den Verdacht, die Geldwäscherei fahrlässig erleichtert zu haben. Die Bankenkommission eröffnete ohne Verzug eine Untersuchung, um die Vorwürfe abzuklären. Das Verfahren war Ende Jahr noch nicht abgeschlossen. Die in diesem Zusammenhang erhobene Forderung, es seien Teile der von den Banken abgeschlossenen Sorgfaltspflichtvereinbarung in die Bankenverordnung oder gar in das Bankengesetz aufzunehmen, würde aber keine Verbesserung bringen. Dieses bietet der Bankenkommission heute schon hinreichend griffige und flexible Eingriffsmöglichkeiten. Dagegen begrüsst die Bankenkommission die Absicht des Bundesrates, möglichst bald im Strafgesetzbuch einen neuen Straftatbestand der Geldwäscherei einzufügen.

Das Problem der internationalen Verschuldung ist nach wie vor ungelöst. Die Bankenkommission verlangt deshalb weiterhin pauschale Wertberichtigungen für alle in Problemländern ausstehenden Forderungen. Auf den 31. Dezember 1989 wird neu eine Differenzierung der Wertberichtigungssätze eingeführt. Der allgemeine Rückstellungssatz wird auf 50% erhöht. Gleichzeitig wird neu für kurzfristige Handelsengagements mit einer ursprünglichen Laufzeit von höchstens 360 Tagen ein herabgesetzter Satz von 10% festgelegt.

Eine Erhebung der Bankenkommission ergab, dass gesamthaft der von den Banken 1987 ausgewiesene Gewinn den tatsächlich erzielten Unternehmungserfolg überstieg. Zudem wurde die Ausschüttungsquote trotz rückläufigen Ergebnissen erhöht. Es ist zur Zeit noch nicht abzusehen, ob es sich bei dieser Erscheinung um die einmalige Bewältigung des Börsensturzes oder aber um einen allgemeinen Trend handelt. In diesem Zusammenhang erwägt die Bankenkommis-

sion, ihre Richtlinien zur Offenlegung der Auflösung stiller Reserven zu überarbeiten.

Von verschiedener Seite wurden wiederholt die angeblich zu niedrigen Verkehrswertschätzungen der Liegenschaften von Immobilienanlagefonds kritisiert. Die Bankenkommission prüft die erhobenen Vorwürfe und wird möglicherweise die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die rechtmässige Bewertung der Fondsliegenschaften zu gewährleisten.

Für die Wertschriftenanlagefonds erliess die Bankenkommission ein neues Rundschreiben, das insbesondere den Spielraum der Fondsleitungen beim Geschäft mit Optionen, Financial Futures und indexbezogenen Finanzinstrumenten beträchtlich erweitert.

III. Aufsicht über die Banken

1. Revision der Bankenverordnung

1.1 Geltungsbereich des Bankengesetzes

Die Bankenkommission legte dem Eidg. Finanzdepartement zuhanden des Bundesrates einen Entwurf zu einer Änderung der Bankenverordnung vor. Dieser wurde vorgängig mit der Schweizerischen Nationalbank abgesprochen. Er sieht vor, den Begriff der Bank auf gewisse Arten von «Parabanken» auszudehnen, womit diese Gesellschaften vollständig unter das Bankengesetz und damit unter die Bankenaufsicht fallen. Das Finanzdepartement ersuchte die interessierten Kreise, bis Ende Februar 1989 zum Entwurf Stellung zu nehmen.

Die Gründe der Bankenkommission für die beantragte Verordnungsrevision und der wesentliche Inhalt des Entwurfs wurden bereits im Jahresbericht 1987 ausführlich dargestellt (S. 17 ff.). Erstmals soll auf Verordnungsstufe der Begriff der Bank definiert werden. Vorgesehen ist allerdings nur eine beispielhafte und nicht abschliessende Definition, die einzig aus systematischen Gründen auch den traditionellen Bankbegriff wiederholt. Die Bankenkommission wird deshalb auch nach Inkrafttreten der neuen Verordnung auf neue Entwicklungen flexibel reagieren können. Nach dem Entwurf würden neu zusätzlich Finanzintermediäre mit sehr grossem Zinsdifferenz- oder Ausserbilanzgeschäft mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern sowie Emissionshäuser als Banken betrachtet, selbst wenn sie keine Publikumseinlagen entgegennehmen. Dies dürfte zur Neuunterstellung von rund 50 Gesellschaften unter das Bankengesetz führen, sofern nicht eine grössere Anzahl davon eine Unterstellung durch eine entsprechende Änderung der Geschäftstätigkeit vermeidet. Die neu erfassten Gesellschaften hätten den Status von Banken. Alle Bestimmungen des Bankengesetzes wären deshalb auf sie anwendbar. In begründeten Fällen bieten Gesetz und Verordnung der Bankenkommission jedoch den nötigen Spielraum für angepasste Lösungen. Den bestehenden ausländisch beherrschten Gesellschaften sollen in bezug auf das Gegenrechtserfordernis keine «wohlerworbenen» Rechte gewährleistet werden. Flexible Übergangsbestimmungen der neuen Verordnung und eine entsprechende Praxis bei der Anwendung der Gegenrechtsbestimmung sollen Härten verhindern.

Der Vorstoss der Bankenkommission ist auch im Lichte der Diskussion zu sehen, die in letzter Zeit vermehrt über die Notwendigkeit einer allgemeinen Finanzmarktaufsicht geführt wurde. Der Vorschlag entspricht diesem Postulat insofern, als er mit den Emissionshäusern gewisse Vermittler am Kapitalmarkt der Aufsicht unterstellt. Die Möglichkeiten der Finanzmarktaufsicht aufgrund des Bankengesetzes sind jedoch beschränkt. Der Entwurf würde einzig qualitative und finanzielle Mindeststandards für Emissionshäuser bringen. Hingegen könnte die Bankenaufsicht nur in beschränktem Ausmass Regeln für einzelne Tätigkeiten der unterstellten Institute schaffen. Ferner wird die Tätigkeit des der Aufsicht nicht unterstellten Vermögensverwalters vom eigentlichen Bankbetrieb neu abzugrenzen sein.

Im übrigen werden auch nach Inkrafttreten der geänderten Verordnung nicht all die zahlreichen Aktivitäten am Finanzmarkt beaufsichtigt: die Vermögensverwaltung im engeren Sinne, die Anlageberatung sowie der Handel mit und die Vermittlung von Wertpapieren oder Finanzmarktinstrumenten, Warentermingeschäften und Immobilien.

1.2 Ausserbilanzgeschäfte

Die von der Bankenkommission im Sommer 1986 eingesetzte Arbeitsgruppe, welche die bilanzunwirksamen Geschäfte der Banken systematisch auf ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken zu analysieren und Vorschläge für ihre aufsichtsrechtliche Behandlung zu unterbreiten hat (vgl. Jahresberichte 1986 S. 19 ff.; 1987 S. 21 ff.), konnte ihre Arbeiten noch nicht abschliessen. Neben den Vorarbeiten zum Rundschreiben der Bankenkommission vom 2. November 1988 betreffend «Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices» (vgl. Ziff. 2.4, S. 20) befasste sich die Arbeitsgruppe ausschliesslich mit der zentralen Frage der Eigenmittelunterlegung der Ausserbilanzgeschäfte. Zu diesem Zwecke nahm sie einen Vergleich zwischen der Studie des Institutes für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich (Jahresbericht 1987 S. 22 f.) und einem bei der Schweizerischen Nationalbank entwickelten Unterlegungs-Modell vor und zog ergänzend das vom Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen

Zahlungsausgleich erstellte Dokument «Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und der Eigenkapitalanforderungen» vom Juli 1988 (vgl. Ziff. 5.1, S. 47) heran. Gestützt auf diese Vergleiche wird nunmehr im Ausschuss der Arbeitsgruppe ein Vorschlag für eine Teilrevision der Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung ausgearbeitet.

Nach Auffassung der Bankenkommission werden die Bestrebungen zur Eigenmittelunterlegung der Ausserbilanzgeschäfte unabhängig vom Zielstandard des erwähnten internationalen Konvergenz-Modells verfolgt, welcher als Minimalansatz nicht eine Nivellierung nach unten bezweckt und folglich nicht zu einer Senkung der schweizerischen Eigenmittelunterlegung führen darf. Die Stellung unserer Banken im internationalen Wettbewerb wird indirekt dadurch verbessert, dass die geltenden Anforderungen in anderen Ländern durch die Anhebung auf den internationalen Minimalstandard erhöht werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass im Rahmen einer risikogerechten Kapitalunterlegung sämtlicher Ausserbilanzgeschäfte gleichzeitig über eine Senkung einzelner ausgewählter Unterlegungssätze im bilanzwirksamen Bereich und über eine höhere Anrechnung nachrangiger Darlehen und Anleihen als eigene Mittel sowie deren Umschreibung diskutiert wird.

Die Anpassung der schweizerischen Eigenmittelvorschriften an das Satzsystem des internationalen Konvergenz-Modelles ist späteren Arbeiten vorbehalten (vgl. Ziff. 5.1, S. 47).

1.3 Neue Liquiditätsvorschriften

Am 1. Januar 1988 trat die vom Bundesrat auf Antrag der Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank am 25. November 1987 beschlossene Änderung der Liquiditätsvorschriften der Bankenverordnung (Art. 15 – 20) in Kraft (vgl. Jahresbericht 1987 S. 14 ff.). Erste Erfahrungen mit der geänderten Verordnung betreffen vor allem die Vorschriften zur Kassenliquidität, wo aufgrund der monatlichen Erhebung der Liquiditätsausweise durch die Nationalbank entsprechendes Zahlenmaterial vorliegt. Die von den Banken bei der Nationalbank gehaltenen Giroguthaben wurden um rund 3 Mia. Franken abgebaut. Auch so erreichten die vorhandenen greifbaren Mittel der Banken beinahe das Doppelte der durch die Verordnungsrevi-

sion stark gesenkten Kassenliquiditätsanforderungen. Die Nachfrageschwankungen sind zumindest an den normalen Monatsenden praktisch verschwunden, während an den Quartalsenden zwecks «Window Dressing» immer noch gewisse Nachfrageverschiebungen stattfinden, die mangels genügender Erfahrungen schwer abschätzbar sind.

Demgegenüber werden die Auswirkungen der Vorschriften zur Gesamtliquidität und die damit auftauchenden Auslegungsprobleme die Bankenkommission erst im Jahre 1989 beschäftigen, da sie erstmals aus den Revisionsberichten des Jahres 1988 hervorgehen werden. Besonderes Interesse wird dabei der Anwendung der neuartigen Vorschriften über Klumpenrisiken auf der Passivseite einerseits (Art. 18 Abs. 2 BankV) und die angemessene Liquiditätsvorsorge im Bankkonzern andererseits (Art. 18 Abs. 3 BankV) zuteil werden. Namentlich bei der Beurteilung der Frage, ob eine angemessene Risikoverteilung bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten besteht, kommt den bankengesetzlichen Revisionsstellen ein erheblicher Ermessensspielraum, aber auch eine entsprechende Verantwortung zu.

2. Rundschreiben

2.1 Risikoverteilung

Im Rahmen der allgemeinen Revision und Vereinheitlichung der bestehenden Rundschreiben wird das Rundschreiben Nr. 1 vom 19. September 1972 über die Risikoverteilung überarbeitet. Ein neues Rundschreiben soll dem Bankpraktiker als übersichtliches Arbeitsinstrument dienen und gleichzeitig seine Funktion als Weisung der Bankenkommission erfüllen.

Es wird den Banken und Revisionsstellen die grundlegenden Belange der Meldepflicht bei Gross-Engagements nach Art. 21 BankV vorschreiben. Die einzelnen Grundbegriffe der genannten Verordnungsbestimmung sowie der Zeitpunkt der Meldung werden näher erläutert. Im weitern werden der Inhalt der Meldung sowie das Vorgehen bei der Veränderung bereits gemeldeter Verpflichtungen geregelt.

Besondere Anwendungsfälle der Risikoverteilung, wie z. B. die Guthaben ausländisch beherrschter Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns (vgl. Ziff. 2.2, S. 18), sollen in weiteren Rundschreiben geregelt werden.

2.2 Risikoverteilungsplafond für ausländisch beherrschte Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns

Die schweizerischen Tochtergesellschaften ausländischer Banken unterhalten privilegierte Beziehungen zu ihrer jeweiligen Muttergesellschaft und anderen Gesellschaften des Konzerns im Ausland. Gemäss ständiger Praxis der Bankenkommission waren Anlagen einer Bank bei ihrer Muttergesellschaft grundsätzlich kein besonderer Grund, um Überschreitungen der Plafonds von Art. 21 BankV zuzulassen (EBK-Bulletin 15 S. 20 ff.). Im Laufe der letzten Jahre nahm daher die Zahl der Risikoverteilungsmeldungen im Zusammenhang mit dem Interbankgeschäft innerhalb von Bankkonzernen ständig zu. Nach Rücksprache mit dem Verband der Auslandsbanken in der Schweiz und den Grossbanken sowie nach Prüfung der Praxis einiger ausländischer Bankaufsichtsbehörden erliess die Bankenkommission am 5. Juli 1988 zur Regelung dieser Verhältnisse ein Rundschreiben, welches sie auf den 1. September 1988 in Kraft setzte.

Das Rundschreiben gilt nur für Verpflichtungen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr gegenüber der ausländischen Mutterbank oder einer anderen Bank des gleichen Konzerns (im folgenden: die ausländische Bank). Die Bankenkommission lässt kurzfristige Verpflichtungen der ausländischen Bank bis höchstens 300% der eigenen Mittel der Bank in der Schweiz zu, sofern der die Meldegrenze von 100% der eigenen Mittel übersteigende Betrag durch verrechenbare Guthaben der ausländischen Bank oder einer anderen Gesellschaft des ausländischen Bankkonzerns bei der Bank in der Schweiz abgedeckt ist. Der 100% der eigenen Mittel der Bank übersteigende Betrag der Verpflichtungen der ausländischen Bank muss jederzeit durch verrechenbare Guthaben derselben ausländischen Bank oder durch verrechenbare Guthaben einer anderen Gesellschaft des Bankkonzerns bei der Bank in der Schweiz in Höhe von mindestens 120% dieses Betrages gedeckt sein. Als verrechenbar gelten nur die-

jenigen Guthaben, deren Verrechenbarkeit durch einen schriftlichen Vertrag (nach dem Muster im Anhang zum Rundschreiben) zwischen der Bank in der Schweiz und jeder Gläubigerin der betreffenden Forderung (die ausländische Mutterbank oder eine andere Gesellschaft des ausländischen Bankkonzerns) festgehalten sind. Das Rundschreiben regelt im weiteren die Meldepflicht. Bis zum 1. September 1989 müssen Verpflichtungen der ausländischen Bank bzw. des ausländischen Bankkonzerns, welche diese Voraussetzungen nicht erfüllen, auf die Meldegrenze von 100% der eigenen Mittel herabgesetzt werden.

2.3 Interne Revision (Inspektorat)

Am 3. Oktober 1988 ersetzte die Bankenkommission das bisherige Rundschreiben Nr. 29 «Interne Kontrolle der Banken» vom 28. Oktober 1970 durch ein neues Rundschreiben «Interne Revision (Inspektorat)». Dieses wurde auf den 1. Dezember 1988 in Kraft gesetzt. Es berücksichtigt die Ergebnisse einer 1986 durch die Revisionsstellen durchgeführten Erhebung über den Aufwand für die interne und externe Revision (vgl. Jahresberichte 1986 S. 17, 1987 S. 49 ff.; EBK-Bulletin 18 S. 32 ff.). Zweck dieses Rundschreibens ist die qualitative und quantitative Stärkung der Internen Revision als Teil des internen Kontrollsystems der Banken.

Eine Bank hat eine Interne Revision einzurichten, wenn sie entweder

a) 50 und mehr Beschäftigte hat oder
b) eine Bilanzsumme von über 600 Mio. Franken aufweist oder
c) Kundenvermögen von über 1 Mia. Franken verwahrt bzw. verwaltet oder
d) neben dem Hauptsitz eine oder mehrere Geschäftsstellen hat oder
e) im Bank- oder Finanzbereich tätige Unternehmungen direkt oder indirekt beherrscht.

Falls die Einrichtung einer betriebseigenen internen Revision als nicht angemessen erscheint, können diejenigen Banken, welche aufgrund der vorgenannten Kriterien grundsätzlich eine interne Revision einzurichten haben, dieses Mandat Dritten übertragen (und zwar

wahlweise der Muttergesellschaft, wenn diese eine Bank ist, der bankengesetzlichen Revisionsstelle oder sonstigen Dritten, die sich über gründliche Kenntnisse des Bankwesens und der Bankrevision ausweisen). Auch können sie bei der Bankenkommission die Befreiung von dieser Verpflichtung beantragen.

2.4 Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices

Im Mai 1988 wurde an der Swiss Options and Financial Futures Exchange AG (SOFFEX) der elektronische Handel mit standardisierten Optionen auf Aktien und anderen Beteiligungspapieren sowie gegen Ende des Jahres derjenige mit Aktienindices aufgenommen. Dadurch werden diese bisher ausschliesslich an ausländischen Optionsbörsen gehandelten Finanzinstrumente auch bei der Kundschaft der Schweizer Banken eine wesentlich stärkere Verbreitung erfahren. Das wird dazu führen, dass auch mittlere und kleinere Bankinstitute für eigene Rechnung oder zumindest für Rechnung von Kunden an diesem Markt teilnehmen. Der Optionshandel setzt bei den Banken eine den Risiken dieser Geschäftstätigkeit angemessene Verwaltungsorganisation sowie genügend qualifiziertes Personal voraus. Auf Anregung der Bankenkommission erliess deshalb die Schweizerische Bankiervereinigung am 8. April 1988 zuhanden ihrer Mitgliedbanken ihre «Richtlinien und Kommentar für den Handel mit Traded Options», welche Leitgrundsätze über die Verpflichtungen der Bank gegenüber ihrem Kunden enthalten, namentlich in bezug auf dessen Information, die Überwachung der Risiken und die Zuteilung der ausgeübten Optionen. Die von der Bankenkommission unterstützten Richtlinien beinhalten sodann auch Empfehlungen über Aus- und Weiterbildung der mit Kundenberatung und Vermögensverwaltung betrauten Mitarbeiter und befassen sich ebenfalls mit Fragen der Organisation und der internen Kontrolle.

Die Bankenkommission ihrerseits klärte in ihrem neuen, am 1. Dezember 1988 in Kraft getretenen Rundschreiben «Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices» verschiedene aufsichtsrechtliche Fragen. Das Rundschreiben findet in erster Linie Anwendung auf den börsenmässigen Handel mit standar-

disierten Optionskontrakten, gilt jedoch sinngemäss auch für den ausserbörslichen Handel mit Optionen auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices sowie den diesem gleichgestellten Handel mit Optionsscheinen (Warrants), sofern nicht ausdrücklich eine strengere Regelung vorgeschrieben wird. Neben der Standardisierung der Optionskontrakte müssen nach dem Rundschreiben für den börsenmässigen Handel zwei weitere Voraussetzungen erfüllt sein. Zum einen muss die Optionsbörse einer angemessenen Aufsicht unterstehen, wobei mit Blick auf die SOFFEX keine staatliche Aufsicht gefordert werden kann, sondern auch eine privatrechtliche, börseneigene Überwachung des Marktes und vor allem der Marktteilnehmer genügen muss. Zum andern muss die Optionsbörse eine der SOFFEX vergleichbare finanzielle Sicherheit für die korrekte Abwicklung und Erfüllung der Optionskontrakte gewährleisten. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Börse über eine Clearing-Organisation verfügt, die entweder an jedem Börsenabschluss als Vertragspartei beteiligt ist oder zumindest die Einhaltung der von den Clearingmitgliedern eingegangenen Verpflichtungen garantiert. Die Schweizerische Bankiervereinigung wird in Zusammenarbeit mit der SOFFEX zuhanden der Banken und Revisionsstellen eine nicht abschliessende und unverbindliche Liste der ausländischen Optionsbörsen erstellen, welche die erwähnten Voraussetzungen erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung von Aktienoptionen beschränkt sich nach dem geltenden Recht auf die bilanzierten Margenguthaben der Bank und die von ihr bezahlten Optionsprämien, wobei nach dem Rundschreiben Margenguthaben von Clearingmitgliedern bei der SOFFEX oder der Clearingstelle einer anderen Optionsbörse immer als kurzfristige Bankendebitoren mit einer Laufzeit bis zu 90 Tagen behandelt werden.

Das Rundschreiben enthält sodann detaillierte Regelungen und Erläuterungen zur Anwendung der Risikoverteilungsvorschriften auf Aktien- und Aktienindex-Optionen. Ein Engagement im Sinne der Risikoverteilungsvorschriften entsteht einerseits beim Kauf von Optionen auf eigene Rechnung der Bank, ist aber auf die Höhe der bezahlten Prämie beschränkt. Anderseits entsteht ein wesentlich grösseres Engagement beim Schreiben von ungedeckten Calls und von Puts sowohl bei Eigengeschäften als auch bei Kundengeschäften. Bis anhin beharrte die Bankenkommission bei allen Termin- und Optionsge-

schäften, mit Ausnahme der Devisen, auf der Meldung der vollen Kontraktsumme (EBK-Bulletin 15 S. 18 f.). In Anlehnung an die Regelung für Devisentermingeschäfte muss nach dem neuen Rundschreiben anstelle des gesamten Kontraktwertes für Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindices inskünftig nur noch eine vorsichtig angesetzte und zugleich einfach zu berechnende Sicherheitsmarge für mögliche Verluste einbezogen werden. Sie berechnet sich in Prozentsätzen des Marktpreises der dem geschriebenen, ungedeckten Optionskontrakt zugrunde liegenden Basiswerte und beträgt 20% bei börsenmässig und 40% bei ausserbörslich gehandelten Optionen. Zu diesem Betrag ist der aktuelle Optionspreis hinzuzurechnen, während die geleistete Margendeckung abgezogen werden darf. Schliesslich können geschriebene ungedeckte Optionen mit Käufen der gleichen Optionsserie mit derselben Gegenpartei kompensiert werden.

Bezüglich der Buchführung verweist das Rundschreiben im wesentlichen auf die von der SOFFEX im Dezember 1987 herausgegebenen «Grundsätze der Verbuchung und Bilanzierung von Traded Options», welche verschiedene Verbuchungsmöglichkeiten aufzeigen. Verbindlich vorgeschrieben wird im Rundschreiben lediglich die Bilanzierung der Margen und Optionsprämien sowie der Erträge aus Kunden- und Eigengeschäften.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit

3.1.1 Geldwäscherei

Anfang November 1988 erregten Presseberichte grosses Aufsehen, wonach die drei grössten Schweizer Banken von nahöstlichen Geldkurieren Banknoten im Wert von rund anderthalb Milliarden Schweizerfranken entgegengenommen hätten, von denen ein Teil aus dem Drogenhandel herrühren soll. Ausgangspunkt der Meldungen war ein Verfahren der Tessiner Strafverfolgungsbehörden wegen Verletzung des Betäubungsmittelgesetzes, das im Juli 1988 zur Verhaf-

tung von zwei Libanesen und Blockierung ihrer Konten in Zürich und im Tessin führte. Die Bankenkommission eröffnete unmittelbar nach Bekanntwerden der Angelegenheit eine Untersuchung bei den drei betroffenen Grossbanken. Die Bankenkommission will abklären, in welchem Umfang die Banken mit den angeschuldigten Personen und Gesellschaften Geschäfte abwickelten und ob sie die nötige Sorgfalt bei der Eröffnung und im Verlauf der Geschäftsbeziehung walten liessen. Weiter soll die Untersuchung klären, inwieweit interne Weisungen zur Verhinderung von Geldwäscherei bestehen und ob diese im konkreten Fall eingehalten wurden. Die Untersuchungen, die auch direkte Kontakte zu den Strafbehörden beinhalteten, waren Ende 1988 noch nicht abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Affäre wurde in der Öffentlichkeit und im Parlament eine Reihe von Fragen aufgeworfen:

So stiess man sich daran, dass die betroffenen Banken die Bankenkommission nicht unmittelbar nach den Blockierungsmassnahmen der Strafbehörden informierten. Im Rückblick ist dies in der Tat zu bedauern. Es besteht jedoch keine gesetzliche Pflicht für die Banken, der Bankenkommission unverzüglich solche Vorkommnisse zu melden. Zwar hat sich eine ungeschriebene Praxis herausgebildet, wonach die Banken, insbesondere auch die Grossbanken, die Bankenkommission von sich aus über strafbare Handlungen von Bankangestellten, grössere Verlustfälle sowie politisch brisante Ereignisse orientieren, bevor die Information an die Öffentlichkeit gelangt. Die Unterlassung einer solchen freiwilligen Meldung stellt keine Verletzung der vom Bankengesetz geforderten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit dar. Im vorliegenden Fall steht noch nicht fest, ob aus der Sicht der einzelnen Banken bereits Anlass zum Handeln bestand, als sie von den Strafverfolgungsbehörden um Auskünfte über Transaktionen der angeschuldigten Kunden sowie um die Blockierung der Vermögenswerte ersucht wurden.

Weiter wurde gefordert, die Bestimmungen über das Amtsgeheimnis müssten geändert werden, um einen besseren Informationsaustausch zwischen der Bankenkommission und den kantonalen Strafbehörden zu ermöglichen. Damit werden weitgehend offene Türen eingerannt. Art. 352 Abs. 1 StGB verpflichtet Bund und Kantone zur gegenseitigen Rechtshilfe in Strafsachen, soweit dem nicht das

Amtsgeheimnis entgegensteht. Das Amtsgeheimnis ist jedoch sicher dort kein Hinderungsgrund, wo eine gesetzliche Anzeigepflicht in Art. 23ter Abs. 4 BankG für die Bankenkommission und in Art. 19 Abs. 2 VStrR für die kantonalen Behörden in bezug auf strafbare Verletzungen des Bankengesetzes besteht. Darüber hinaus kann das Amtsgeheimnis nach Massgabe von Art. 320 Ziff. 2 StGB bzw. (für den Bund) Art. 28 Abs. 1 des Beamtengesetzes aufgehoben werden. Es bestehen zwischen kantonalen Strafverfolgungsbehörden und der Bankenkommission mannigfaltige informelle Kontakte, die bereits zu Verhaftungen von mutmasslichen Wirtschaftsstraftätern geführt haben. Auch die Sicherheitsabteilungen einzelner Banken haben sich schon wiederholt an die Bankenkommission gewandt. Es besteht kein Interessengegensatz zwischen der Bankenkommission und den einzelnen Banken, soweit die Verfolgung von Wirtschaftskriminellen in Frage steht.

Schliesslich wurde die Frage aufgeworfen, ob es angesichts der Vorkommnisse nicht angezeigt wäre, die Grundsätze der Sorgfaltspflichtvereinbarung der Banken ins Bankengesetz zu überführen. Dieses Anliegen erscheint der Bankenkommission sachlich nicht zwingend, weil sie die Sorgfaltspflichtvereinbarung nicht hindert, gestützt auf das Bankengesetz nötigenfalls strengere Anforderungen zu stellen. Das Bundesgericht bestätigte diese Auffassung. So besteht kein Zweifel, dass ein Bankier, welcher grobfahrlässig Gelder mit erkennbar kriminellem Ursprung entgegennimmt, keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bietet. An diesem Grundsatz ändert der Umstand nichts, dass das ausdrückliche Verbot der Annahme erkennbar krimineller Gelder anlässlich der Revision von 1982 aus der Sorgfaltspflichtvereinbarung gestrichen wurde. Diese vermag die Bankenkommission bei der Auslegung des Bankengesetzes nicht einzuschränken. Wie der Bundesrat anlässlich der Geldwäschereidebatte vom 16. Dezember 1988 im Nationalrat ausführte, wäre zwar eine Übernahme der Grundsätze der Sorgfaltspflichtvereinbarung ins Gesetz oder die Bankenverordnung nicht ausgeschlossen. Eine solche Regelung liefe aber Gefahr, den heute bestehenden Spielraum der Bankenkommission einzuschränken, weil angesichts einer detaillierten Regelung alles als erlaubt gelten könnte, was nicht ausdrücklich verboten ist.

Die geschilderten Vorkommnisse veranlassten den Bundesrat,

den im Jahre 1986 ausgearbeiteten Expertenentwurf für eine Geldwäschereinorm im Strafgesetzbuch vor der umfassenden Revision des gesamten Vermögensstrafrechts zu behandeln und der Bundesversammlung bereits 1989 einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Eine Expertenkommission, in der auch die Bankenkommission vertreten ist, nahm die Vorarbeiten energisch an die Hand. Die Bankenkommission begrüsst die Entscheidung des Bundesrates. Sie nahm im Jahre 1987 ausführlich und zustimmend zu einem entsprechenden Vorentwurf Stellung (vgl. Jahresbericht 1987 S. 31 f.). Es ist vorgesehen, das Reinwaschen von illegal erlangtem Geld, das nach geltendem Recht durch den Hehlereitatbestand nur ungenügend erfasst wird, unter Strafe zu stellen. Strafbar würde sich machen, wer die Ermittlung der Herkunft oder die Einziehung von verbrecherisch erlangtem Geld oder anderen Vermögenswerten erschwert. Der Bankenkommission erscheint der Vorschlag sinnvoll, auch die grobfahrlässige Geldwäscherei mit Strafe zu bedrohen. Nur dies würde zur Strafbarkeit von Personen führen, die allein deshalb nicht annehmen müssen, Vermögenswerte deliktischer Herkunft entgegenzunehmen, weil sie die nötige Identifikation der Kunden unterlassen haben. Die im Bankengesetz und in den Standesregeln der Banken festgelegten Sorgfaltspflichten würden so praktisch auch für nicht dem Bankengesetz unterstellte Vermögensverwalter und Finanzgesellschaften verbindlich, soweit sich diese nicht bereits heute freiwillig daran halten. Ferner wäre es zu begrüssen, wenn die mit den Vorarbeiten betraute Expertengruppe ernsthaft prüfen würde, im Falle der Geldwäscherei nicht nur den unmittelbar handelnden natürlichen Personen, sondern auch den juristischen Personen Bussen anzudrohen, sofern zum Beispiel Kontroll- und Organisationspflichten verletzt wurden. Dies drängt sich unter anderem deshalb auf, weil die Unternehmen aus der Geldwäscherei einen unrechtmässigen Nutzen ziehen können. Man mag einwenden, dass eine solche Durchbrechung des strafrechtlichen Grundsatzes, wonach eine juristische Person nicht delinquieren könne, im allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches geregelt werden müsste. Diesem Argument wurde gerade jüngstens in der Rechtslehre entgegengehalten, es sei – wie die Strafbarkeit juristischer Personen im Steuerrecht des Bundes und zahlreicher Kantone zeigt – durchaus sinnvoll, eine solche Norm zuerst für einen begrenzten Bereich der Wirtschaftskriminalität vorzusehen, wo sich ihre Anwendung auf-

drängt. Diese Überlegung erscheint auch im Hinblick auf eine allfällige Beweislastumkehr beim Einziehungsverfahren prüfenswert.

3.1.2 **Sorgfaltspflichtvereinbarung 1987**

Die am 1. Oktober 1987 in Kraft getretene neue Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 87) zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung einerseits und den unterzeichnenden Banken andererseits schränkt im Vergleich zu den früheren Sorgfaltspflichtvereinbarungen die Ausnahmen von der Pflicht der Banken zur Feststellung der von anderen Berufsgruppen vertretenen wirtschaftlich Berechtigten an den der Bank anvertrauten Vermögenswerten erheblich ein. Eine Bank kann aufgrund der restriktiveren Fassung der Formulare B1 und B2 nur noch dort auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten verzichten, wo dieser in erster Linie Kunde einer anderen Berufsgruppe ist und deren berufsspezifische Dienstleistungen als schweizerische Anwälte und Notare einerseits oder als auf eigene Rechnung tätige Mitglieder eines der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer angeschlossenen Verbandes andererseits beansprucht (Jahresbericht 1987 S. 25 ff.). Die Übergangsregelung der VSB 87 verpflichtete die Banken, die ihnen de facto bereits bekannten wirtschaftlich Berechtigten bis am 30. September 1988 aktenkundig zu machen, und verlangt in den übrigen Fällen, dass die bisher ausgestellten Formulare B bis zum 31. März 1989 durch neue Formulare A – oder seltener B – ersetzt werden. Die neue Regelung soll die Zahl der Geschäftsbeziehungen, bei welchen die Bank die Identität des wirtschaftlich Berechtigten nicht kennt, wesentlich senken.

Ob die in das neue Vertragswerk gesetzten Erwartungen erfüllt werden, soll durch eine statistische Erhebung der aufgrund der bisherigen Sorgfaltspflichtvereinbarungen und der VSB 87 ausgestellten Formulare B bei allen Banken überprüft werden. Auf Wunsch der schweizerischen Bankiervereinigung wurde mit der Durchführung der Erhebung bis zum Ablauf der Übergangsfrist der VSB 87 zugewartet, um den Banken einen zusätzlichen Kontrollaufwand zu ersparen. Damit sich die Banken und die bankengesetzlichen Revisionsstellen rechtzeitig darauf einstellen können, umriss die Bankenkom-

mission bereits in ihrem Jahresbericht 1987 (S. 29) den Inhalt der Umfrage. Aufgrund des anschliessend durchgeführten Vernehmlassungsverfahrens nahm die Bankenkommission verschiedene Änderungen vor und gab den Banken mit Rundschreiben vom 20. Dezember 1988 den definitiven Inhalt der zu beantwortenden Fragen bekannt.

Die Banken haben der Bankenkommission bis zum 30. Juni 1989 den Bestand an Formularen B an zwei Stichtagen zu melden, jeweils aufgeteilt nach ihrer Ausstellung durch schweizerische Rechtsanwälte und Notare einerseits und Mitglieder eines der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer angeschlossenen Verbandes andererseits. Als Stichtage gelten der 30. September 1987 für die unter den bisherigen Sorgfaltspflichtsvereinbarungen ausgestellten Formulare B und der 31. März 1989 für die Formulare B1 und B2 gemäss der VSB 87. Zusätzlich erhoben wird die Anzahl der alten Formulare B, bei welchen die Banken die ihnen bekannten wirtschaftlich Berechtigten aktenkundig gemacht haben, damit ein aussagekräftiger Vergleich zwischen den Zahlen an den beiden Stichtagen gemacht werden kann. Hingegen verzichtet die Bankenkommission auf die Erfassung des Umfanges der durch Formular B eingebrachten Vermögenswerte, da dies für die Banken mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand verbunden wäre. Ebenso verzichtet die Bankenkommission auf die angekündigte Einschaltung der Revisionsstellen und verlangt stattdessen eine direkte Meldung durch die Banken, wie dies auch bei anderen statistischen Erhebungen der Fall war (z. B. Engagements in Problemländern, Ausserbilanzgeschäfte). Die Revisionsstellen sollen nicht für eine Arbeit eingesetzt werden, die organisatorisch ohnehin nur von den Banken erbracht werden und lediglich stichprobenweise von den Revisionsstellen überprüft werden kann. Anlässlich der ordentlichen Bankenrevision sind die Revisionsstellen dagegen jeweils verpflichtet, die Einhaltung der Standesregeln – einschliesslich der Übergangsregelung der VSB 87 – stichprobenweise zu überprüfen, womit sichergestellt ist, dass die Banken im Rahmen der statistischen Erhebung der Bankenkommission ihre Meldepflichten korrekt erfüllen.

Die Bankenkommission erwartet von den Banken, dass sie die in den neuen Standesregeln umschriebenen, strengeren Identifikationspflichten gegenüber den durch andere Berufsgruppen vertrete-

nen Bankkunden trotz des Widerstandes von Anwälten ausnahmslos durchsetzen. Sie wird ebenfalls darüber wachen, dass die in der VSB 87 durch das Formular B2 geschaffene unterschiedliche Behandlung der Treuhänder nicht dazu missbraucht wird, dass die Bankkundschaft von den Anwälten und Notaren zu den Mitgliedern eines der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer angeschlossenen Verbandes abwandert. Die statistische Erhebung wird hierüber die erforderlichen Aufschlüsse erteilen. Es wäre bedauerlich, wenn sich die neuen Standesregeln in dieser Beziehung nicht bewähren sollten. Entgegen einer immer wieder geäusserten Meinung ist jedoch erneut festzuhalten, dass die Pflicht zur Identifikation der Vertragspartner und der dahinter stehenden wirtschaftlich Berechtigten nicht allein *aufgrund einer kündbaren Vereinbarung unter den Banken besteht*, sondern zum Inbegriff jeder seriösen Bankführung und der vom Bankengesetz geforderten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit gehört. Die Standesregeln zur Identifikation von Bankkunden, die durch andere Berufsgruppen vertreten werden, wurden in der VSB 87 ja gerade deshalb verschärft, weil die früheren Sorgfaltspflichtvereinbarungen den sich aus dem Bankengesetz ergebenden Identifikationspflichten nicht genügten (vgl. Jahresbericht 1986 S. 21 ff.). Die Bankenkommission hat keinen Anlass, bei ihrer Auslegung des Bankengesetzes den durch die VSB 87 festgehaltenen Mindeststandard zu lockern. Ebenso eindeutig äusserte sich der Bundesrat in seiner Antwort auf zwei parlamentarische Vorstösse am 16. Dezember 1988 im Nationalrat: «Die Schwierigkeiten in der Anwendung der neuen Sorgfaltspflichtvereinbarung hat der Bundesrat mit Sorge zur Kenntnis genommen. So darf das Anwaltsgeheimnis nicht dazu missbraucht werden, die Identifikation der Bankkunden zu vereiteln und quasi ein Überbankgeheimnis für Anleger zu schaffen, die ihre Anlagen nur zu diesem Zweck durch Vermittlung eines Anwaltes tätigen. Sollte die Vereinbarung die von ihr anvisierten Ziele nicht erreichen, wären gesetzliche Schritte nicht mehr zu vermeiden.»

3.1.3 **Insidergesetzgebung**

Am 1. Juli 1988 trat die neue Insiderstrafnorm des Strafgesetzbuches (Art. 161) in Kraft. Die Bankenkommission unterstützte die Be-

mühungen zur Schaffung einer Insider-Gesetzgebung von Anfang an (vgl. Jahresbericht 1986 S. 36). Es wird sich weisen, wie sich die neue Bestimmung in der Praxis bewährt. Sie wirft jedenfalls eine Reihe von schwierigen Auslegungs- und Verfahrensfragen auf. Die Bankenkommission hat die neue Bestimmung nicht direkt anzuwenden. Dies obliegt den Strafverfolgungsbehörden. Sie werden bei ernsthaftem Verdacht eines Deliktes von der Bankenkommission benachrichtigt (Art. 23ter Abs. 4 BankG). Sollte jedoch ein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung einer Bank in ein Insiderverfahren verwickelt werden, so wird die Bankenkommission prüfen, ob es noch Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung im Sinne des Bankengesetzes bietet.

Mit dem Inkrafttreten der Insiderstrafnorm konnte die Schweizerische Bankiervereinigung die im Jahre 1982 geschaffene, durch die Rechtslehre kritisierte Konvention XVI «betreffend die Behandlung von Ersuchen der amerikanischen Securities and Exchange Commission (SEC) um Auskunft über den Missbrauch von Insider-Informationen» auf Ende 1988 aufheben. Laufende Verfahren werden von der durch die Konvention geschaffenen Prüfungskommission noch zu Ende geführt. Auf Anfrage der SEC fordert die Prüfungskommission die betroffenen Banken auf, einen Bericht über die von der SEC anvisierten Transaktionen zu erstatten. Können die Banken oder ihre Kunden der Prüfungskommission nicht glaubhaft machen, dass kein Insiderhandeln vorliegt, so werden der Name des Kunden und die Bankunterlagen der SEC übermittelt. Die Entscheide der Prüfungskommission sind endgültig. Die SEC kann jedoch nach Art. 8 der Konvention XVI die Bankenkommission ersuchen abzuklären, ob die von den betroffenen Banken der Prüfungskommission gelieferten Unterlagen «mit den Tatsachen und der Konvention übereinstimmen».

Dies geschah erstmals im Berichtsjahr. Im Zusammenhang mit der versuchten Übernahme einer amerikanischen Firma durch ein schweizerisches Unternehmen konnten die Kunden mehrerer Banken zwar nach Auffassung der Prüfungskommission glaubhaft machen, dass sie ihre Börsengeschäfte in den entsprechenden Titeln nicht aufgrund von Insider-Informationen getätigt hatten. Dennoch wurden die Verantwortlichen der betreffenden Banken sowie die Kunden auf Wunsch der SEC von der Bankenkommission formell einvernommen. Nur in einem einzigen Fall gelangten die Bankenkommission sowie

die Prüfungskommission zum Schluss, dass die gemachten Angaben sachlich falsch gewesen waren. Dies veranlasste die Prüfungskommission dazu, der SEC den Untersuchungsbefund mitzuteilen.

3.2 Länderrisiken

Die Diskussion über die internationale Verschuldungslage brachte 1988 kaum neue Erkenntnisse. Nach sechs Jahren Schuldenkrise ist eine gewisse Ratlosigkeit bei Schuldnern und Gläubigern nicht zu übersehen. Immerhin scheint sich allgemein die Erkenntnis durchzusetzen, dass das Schuldenproblem – wenn überhaupt – nur mit einem differenzierten Vorgehen bewältigt werden kann.

Die Bankenkommission führte deshalb ihre seit Jahren verfolgte Politik weiter, Pauschalwertberichtigungen für alle ausstehenden Forderungen in Problemländern zu verlangen (vgl. Jahresbericht 1981 S. 22 ff., 1982 S. 32 ff., 1983 S. 17 ff., 1984 S. 23, 1985 S. 17 f., 1986 S. 34 f., 1987 S. 35 f.). Der Satz wurde 1987 auf den 31. Dezember 1988 auf 35% heraufgesetzt, wobei den Banken eine weitere Erhöhung in Aussicht gestellt wurde.

Im Verlaufe des Jahres stellten einige Banken das Gesuch, bestimmte Ausstände in Problemländern, wie z. B. kurzfristige Handelsengagements, von der Rückstellungspflicht zu befreien. Die Bankenkommission beschloss daraufhin, eine Differenzierung des Wertberichtigungssatzes nach Art der Engagements (Handels- oder Finanzkredite) ab 1989 anzustreben, dabei aber am System der pauschalen Wertberichtigung festzuhalten. Das führte zu folgender Regelung:

- Der Wertberichtigungssatz für alle ausstehenden Forderungen, ausgenommen kurzfristige Handelsengagements, wird auf den 31. Dezember 1989 auf 50% festgesetzt.
- Für kurzfristige Handelsengagements mit einer ursprünglichen Laufzeit von maximal 360 Tagen wird der Wertberichtigungssatz auf den 31. Dezember 1989 auf 10% festgesetzt.

Während des Geschäftsjahres 1989 können die Wertberichtigungen im Sinne einer Übergangsregelung wahlweise wie folgt vorgenommen werden:

- Entweder alle Forderungen in Problemländern pauschal zum Satz von 35%; oder
- die kurzfristigen Handelsengagements zum Satz von 10%, alle anderen Forderungen zum Satz von 40%.

3.3 Ausländisch beherrschte Banken

3.3.1 Gegenrecht

Einer ausländisch beherrschten Bank kann die Bewilligung zur Ausübung der Geschäftstätigkeit in der Schweiz nur erteilt werden, wenn die Staaten, in denen die die Bank massgeblich beeinflussenden natürlichen und juristischen Personen ihren Sitz haben, Gegenrecht gewährleisten (Art. 3bis Abs. 1 Bst. a BankG). Dieses ist gegeben, wenn schweizerische Banken im betreffenden Staat eine Bank in Form einer Zweigniederlassung oder Tochtergesellschaft gründen und betreiben können und diese rechtlich und faktisch umfassend und gewinnbringend tätig sein kann.

Im laufenden Jahr entschied die Bankenkommission, dass Neuseeland diese Voraussetzungen erfüllt. Zudem nahm sie von Gesetzesänderungen in Italien Kenntnis. Die Bankenkommission stellte daraufhin fest, dass das früher nur auf erstklassige Bankinstitute beschränkte Gegenrecht Italiens (EBK Jahresbericht 1982 S. 24) neu auch für natürliche und juristische Personen im Finanzbereich gilt, die in der Schweiz eine Bank gründen oder eine Bankbeteiligung erwerben wollen. Aufgrund der in Italien geltenden Vorschriften ist hingegen die Höhe der Beteiligung, welche eine italienische Gesellschaft ausserhalb des Finanzbereiches an einer schweizerischen Bank erwerben kann, auf 15% beschränkt.

3.3.1.1 Japan

In den Gegenrechtsbeziehungen zu Japan gelten die bereits in den Vorjahren (Jahresbericht 1986 S. 29 f., 1987 S. 47 f.) angebrachten Vorbehalte der Bankenkommission. Trotz vieler anerkennenswerter Liberalisierungsschritte sind die Geschäftsmöglichkeiten ausländi-

scher Banken in Japan nach wie vor erheblich eingeschränkt, insbesondere im Vergleich zum Finanzplatz Schweiz, wo japanische Banken in ihrer Geschäftstätigkeit weder durch rechtliche noch durch administrative Hemmnisse behindert werden. Wegen der qualitativen Einschränkungen gewährleistet Japan das Gegenrecht also weiterhin nicht generell, sondern dieses kann nur von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken beurteilt werden. Aus der Bejahung des Gegenrechts in einem konkreten Fall können weitere japanische Gesuchsteller infolgedessen keinen Anspruch auf eine Bankbewilligung ableiten.

Nachdem die japanischen Behörden zwei schweizerischen Gesuchstellern Mitte Dezember 1987 je einen Sitz an der Tokyoter Wertpapierbörse zusicherten, war eine Vorbedingung für eine neue Verhandlungsrunde mit dem japanischen Finanzministerium über die Zulassung weiterer japanischer Finanzinstitute zum Bankgeschäft in der Schweiz erfüllt. Die Verhandlungen wurden vom Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten nach den von der Bankenkommission erteilten Richtlinien im Frühjahr 1988 geführt. Die in einem harten, aber konstruktiven Dialog erzielten Konzessionen zugunsten bereits in Japan niedergelassener Schweizer Banken und neuer Interessenten aus der Schweiz erlaubten es der Bankenkommission, im Gegenzug zwei japanischen Wertschriftenhäusern und zwei japanischen Banken die Bewilligung zur Umwandlung ihrer schweizerischen Finanzgesellschaften in Banken zu erteilen. Die erstmalige Zulassung japanischer Wertschriftenhäuser zum Bankgeschäft in der Schweiz stellt ein besonderes Entgegenkommen dar, weil diesen in Japan aufgrund des dort herrschenden Trennbankensystems das kommerzielle Bankgeschäft untersagt ist. Das japanische Finanzministerium hat gegenüber der Bankenkommission die Zusicherung abgegeben, dass es die betreffenden Wertschriftenhandelsfirmen auf konsolidierter Grundlage überwacht und dabei auch die Banktochtergesellschaften in der Schweiz einbezieht.

Weitere Liberalisierungsschritte in Japan werden erforderlich sein, um den angekündigten zusätzlichen japanischen Bankbewilligungsgesuchen entsprechen zu können. Wahrscheinlich werden verschiedene in der Schweiz als Finanzgesellschaften etablierte japanische Institute in Anbetracht der dem Bundesrat vorgeschlagenen

Ausdehnung des bankengesetzlichen Geltungsbereiches auf Emissionshäuser (vgl. Ziff. 1.1 S. 14) nunmehr verstärkt den Erhalt einer Bankbewilligung anstreben.

3.3.1.2 **Liste der Gegenrecht bietenden Staaten**

Folgende Staaten erfüllen zur Zeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Hong Kong, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien und in den USA die Staaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois, Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvania, Texas und Wisconsin.

3.3.2 **Ausländische Beherrschung**

Die Bankenkommission wies schon verschiedentlich auf die doppelte, d. h. gleichzeitige defensive und expansive Zielsetzung der Gegenrechtsbestimmung von Art. 3bis BankG hin (vgl. Jahresbericht 1986 S. 29).

Mit der Internationalisierung der Finanzmärkte und Finanzplätze hat der expansive Charakter des Gegenrechtserfordernisses in den letzten Jahren eine immer grössere Bedeutung erhalten. Er soll die Öffnung von ausländischen Märkten ermöglichen, die zur Zeit den schweizerischen Bankinstituten noch verschlossen oder deren Zulassungsvoraussetzungen im Vergleich zu den schweizerischen restriktiv sind.

Im Zeitpunkt der Einführung des Gegenrechts als Bewilligungsvoraussetzung im Jahre 1969 befanden sich die Aktien von Banken vorwiegend im Besitz von Aktionären eines einzigen Staates. Es war daher vergleichsweise einfach, den Staat zu bestimmen, welcher Gegenrecht zu gewährleisten hatte.

Unter dem Einfluss der Öffnung und Liberalisierung der nationalen Kapitalmärkte in den vergangenen Jahren haben sich neue, komplexe Beteiligungsstrukturen in Konzernunternehmen herausgebildet.

Als Gründe dieses Strukturwandels sind solche steuerlicher Natur, die Einbeziehung von Aktionären anderer Nationen oder die Diversifikation in neue Marktbereiche zu nennen. Einst auf Wahrung ihres nationalen Charakters bedacht, streben Grosskonzerne heute vielfach eine internationale Aktionärsschaft an, in welcher kein Angehöriger eines bestimmten Staates mehr als beherrschender Aktionär in Erscheinung tritt.

So werden zwischen Konzernen auf der Ebene der Obergesellschaften oder auf untergeordneten Stufen oder auch zwischen einzelnen Gesellschaften desselben Konzerns Beteiligungsrechte ausgetauscht. Die Zahl der Investoren wird ferner einerseits genügend gross gehalten, um zu verhindern, dass einer von ihnen allein einen dominierenden Einfluss auf die Gesellschaft ausüben kann, bleibt aber andererseits so klein, dass der einzelne Aktionär an der Entwicklung der Gesellschaft interessiert bleibt. Unternehmen legen des weitern ihre Kräfte zusammen, um in der Produktion und im Absatz Synergieeffekte zu erzielen, was teils auch ohne Bindung an das Grundkapital (zu denken ist an Aktionärsbindungsverträge oder an den Austausch von Verwaltungsräten), teils aber auch über Kapitalbeteiligungen ohne Stimmrecht in der Form von Partizipationsscheinen geschieht. Es wurden aber auch Abwehrmechanismen geschaffen, um eine Unternehmung vor einer unerwünschten Übernahme zu schützen und ihre Unabhängigkeit zu verstärken.

Für ausländisch beherrschte Schweizer Banken sind mit Blick auf die Frage des Gegenrechts zwei weitere Beispiele zu erwähnen: eine Schweizer Bank, die als verhältnismässig kleines Glied in einen internationalen Konzern integriert ist, gerät infolge Übernahme ihrer Muttergesellschaft unter den Einfluss einer Unternehmensgruppe aus einem nicht Gegenrecht bietenden Staat. Oder: eine Schweizer Bank verkauft einem ausländischen Aktionär aus einem Staat, der nicht Gegenrecht bietet, eine Minderheitsbeteiligung, die ihm zusammen mit anderen Einflussmöglichkeiten zu einer dominierenden Position in der Bank verhilft und es ihm so gleichzeitig ermöglicht, der Bank in seinem Herkunftsstaat erweiterte Geschäftsaktivitäten zu eröffnen.

All diesen Sachverhalten ist ein Element gemeinsam: Es wird immer schwieriger, die tatsächliche Einflussnahme der verschiedenen Aktionäre und Partner eines Konzerns zu bestimmen. Dies hat seiner-

seits zur Folge, dass es auch schwieriger wird, die Staaten zu bestimmen, welche Gegenrecht zu gewähren haben und auf welche allenfalls einzuwirken wäre, um eine Liberalisierung ihrer Gesetzgebung zu erreichen, falls diese nicht oder nur teilweise dem schweizerischen Gegenrechtserfordernis entspricht. Diese Staaten haben unter Umständen zudem wenig Interesse, ihre Grenzen den Schweizer Banken zu öffnen, da es kaum ihre primäre Zielsetzung ist, die Abwanderung inländisch beherrschter Banken in die Schweiz zu unterstützen. Daraus ergibt sich, dass die expansive Zielsetzung des Gegenrechtserfordernisses in solchen Fällen nicht voll zum Tragen kommen kann.

Die Verflechtung zwischen Konzernen schreitet weiter voran. Das Bild einer unabhängigen Unternehmensgruppe, welche von einer einzigen staatlichen Behörde auf konsolidierter Basis überwacht wird, scheint in einigen Fällen bereits überholt zu sein. Eine wirkungsvolle Überwachung ist in solchen Fällen aber nur durch Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden möglich.

3.4 Unterstellungsfragen

Die Bankenkommission erhält immer wieder Anzeigen gegen Firmen, denen vorgeworfen wird, sie hätten ohne Bewilligung eine Banktätigkeit ausgeübt oder sonstwie gegen das Bankengesetz verstossen. Gestützt auf Art. 1 BankV kann sie von Unternehmen, die nach Handelsregistereintragung, Geschäftstätigkeit oder Geschäftswerbung dem Gesetz unterstehen könnten, alle Unterlagen und Aufschlüsse verlangen, die sie benötigt, um zu beurteilen, ob eine bewilligungspflichtige Tätigkeit vorliegt.

Die Erfüllung dieser wichtigen und notwendigen Aufgabe gestaltet sich oft schwierig. Zwar geht die Bankenkommission allen Anzeigen nach. Wegen ihres zu geringen Personalbestandes (vgl. VI Ziff. 2, S. 70) ist sie jedoch nicht in der Lage, darüber hinaus systematisch und umfassend die Tätigkeit sämtlicher Firmen zu überprüfen, welche am Finanzmarkt tätig sind. Ausserdem werden ihre Ermittlungen von den Betroffenen oft mit allen möglichen Mitteln erschwert und hinausgezögert.

Aufgrund von Wertschriftenverlusten des Postsparkassenvereins Rhätia, Chur, wurde die Bankenkommission Ende 1987 auf die Exi-

stenz ähnlicher Institute aufmerksam, die dem Bankengesetz nicht unterstehen, trotzdem aber von einer nicht unbedeutenden Zahl von Anlegern fortgesetzt Gelder entgegennehmen. Die Bankenkommission befragte im Berichtsjahr eine Gruppe von nicht unterstellten Instituten zu ihrer Tätigkeit. Auch wenn eine Typisierung schwierig ist, handelte es sich dabei vorwiegend um betriebliche Sparkassen, die sich bei ihren Arbeitnehmern zur Entgegennahme von Geldern empfehlen, und um Sparvereine, die unter ihren Mitgliedern in einem üblicherweise eng begrenzten Gebiet Spargelder sammeln. Die befragten Institute weisen keine einheitliche Rechtsform auf. Namentlich die betrieblichen Sparkassen haben oft keine eigene Rechtspersönlichkeit. Die gesammelten Gelder werden in Form von Bankguthaben, Darlehen (zugunsten der Arbeitnehmer des Betriebes bzw. der Mitglieder) oder Wertschriften angelegt. Die Bankenkommission wird auf jeden Fall Art. 15 BankG Nachachtung verschaffen, der die Verwendung des Ausdruckes «Sparen» den Banken vorbehält.

Die Bankenkommission ermittelte im Berichtsjahr auch gegen eine Wertschriftenhandelsfirma, über deren Werbung und Geschäftsgebaren Beschwerden zahlreicher ausländischer Investoren bei ihr eingegangen waren. Da die Gesellschaft tatsächlich keine bewilligungspflichtigen Bankgeschäfte betrieb, konnte die Bankenkommission mangels gesetzlicher Befugnisse nicht einschreiten. Sie leitete aber die zahlreichen bei ihr eingegangenen Beschwerden an die zuständigen kantonalen Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden weiter. Später stellte sich heraus, dass die Hintermänner dieser Firma zu einem internationalen Ring von Aktienbetrügern gehörten, die unter anderem von Genf und dem Fürstentum Liechtenstein aus durch telephonische «Anlageberatung» zahlreiche Investoren im Ausland geprellt hat. Der Deliktsbetrag soll sich auf über 100 Mio. Franken belaufen.

Ferner stellte die Bankenkommission fest, eine ihrer Aufsicht nicht unterstellte Vermögensverwaltungsgesellschaft habe in Wahrheit eine unbewilligte Banktätigkeit betrieben. Sie ordnete die Liquidation der Gesellschaft an und setzte einen Liquidator ein. Dieser musste den Konkurs anmelden, der höchstwahrscheinlich mit einem empfindlichen Verlust für die Gläubiger enden wird. Ein gegen die Verantwortlichen der Gesellschaft eingeleitetes Strafverfahren wegen Betrugs, Veruntreuung und ungetreuer Geschäftsführung ist zur Zeit noch pen-

dent. Mehrere geschädigte Gläubiger erhoben nun im Berichtsjahr gestützt auf das Verantwortlichkeitsgesetz vor dem Bundesgericht Klage gegen die Eidgenossenschaft. Sie machen geltend, die Bankenkommission sei zu spät eingeschritten und habe in Überschreitung ihres Ermessens während der Dauer des Verfahrens auf die nötigen Sicherungsvorkehren verzichtet. Das Verfahren ist noch hängig. Nach Ansicht der Bankenkommission hat ein Anleger selber zu entscheiden, ob er sein Geld einer beaufsichtigten Bank oder einer nicht beaufsichtigten anderen Gesellschaft anvertrauen will.

3.5 Ausländische Broker

Gemäss Anhang II Bst. A Ziff. 1.2 Bst. b BankV gelten auch im Ausland anerkannte oder organisierte Broker (agents de change), die gewerbsmässig fremde Gelder entgegennehmen, als Banken. Mit Entscheid vom 6. Mai 1982 (EBK-Bulletin 10 S. 29) hielt die Bankenkommission fest, dass eine Bank ihre Verpflichtungen und Guthaben gegenüber ausländischen Brokern generell als Bankenverpflichtungen bzw. Bankenguthaben in ihre Bilanz einstellen kann, wenn sie nachweist, dass diese Broker einer der Bankenaufsicht gleichwertigen Aufsicht unterstehen. Im konkreten Fall ging es um amerikanische Broker. Die gestellten Anforderungen gelten jedoch entsprechend auch für Brokerfirmen anderer Länder.

Die in der Folge von Banken eingereichten Unterlagen, welche den Nachweis einer gleichwertigen Aufsicht hätten erbringen sollen, beschränkten sich auf Adressenlisten von Vereinigungen amerikanischer Broker, deren Mitglieder von der SEC oder von «Self-Regulatory-Organizations» überwacht werden, was offensichtlich nicht genügen kann. Das Erfordernis einer gleichwertigen Aufsicht hat klarerweise zur Folge, dass sich weder die Revisionsstelle noch die Bankenkommission mit solchen Listen oder gar nur mit bloss mündlichen Bestätigungen und Erklärungen, dass die Bank den Broker kenne, dieser einen guten Ruf geniesse und seine Vermögenslage gut sei, zufriedengeben kann.

Gestützt auf einen Bericht der Schweizerischen Bankiervereinigung aus dem Jahre 1983 über die Beaufsichtigung von Brokerfirmen in verschiedenen Ländern, aus welchem hervorging, dass – mit

Ausnahme der Vereinigten Staaten – die Broker als «Nichtbanken» betrachtet werden, sowie aufgrund von Informationen über die effektive Aufsichtstätigkeit der SEC beschloss die Bankenkommission, auf die Frage der Bilanzierung ausländischer Broker zurückzukommen. Dabei fallen als Möglichkeiten im Rahmen einer nächsten Verordnungsrevision die Streichung von Bst. A Ziff. 1.2 im Anhang II oder der Erlass eines Rundschreibens an die Banken und Revisionsstellen in Betracht. Die Bankenkommission ersuchte die Schweizerische Bankiervereinigung um ihre Stellungnahme zu diesem Vorhaben.

3.6 Bankengesetzliche Revisionsstellen

3.6.1 Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds

Die Bankenkommission genehmigte die von der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer beantragte Teilrevision des Tarifes für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds (SR 952.715). Der neue Tarif trat am 1. Juli 1988 in Kraft und gilt für die Revision der Jahresabschlüsse vom 30. Juni 1988 und später. Die wichtigste Änderung betrifft die Erhöhung der Flexibilität des geltenden Tarifes. Die Revisionsstellen können nunmehr für die Ausübung der Mandatsleitung sowie für Fälle, welche entweder mit besonderer Verantwortung verbunden sind oder spezielle Kenntnisse und besondere Erfahrung erfordern, die unverändert gebliebenen Honoraransätze pro Revisionsstunde um bis zu 40% erhöhen. Diese Zuschläge halten sich im Rahmen der Honorarordnung der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer.

3.6.2 Wechsel der Revisionsstelle

Die Banken müssen ihre Jahresrechnungen (Art. 18 Abs. 1 BankG) sowie ganz allgemein die Einhaltung der bankengesetzlichen Vorschriften (Art. 19 Abs. 1 BankG) jedes Jahr durch eine ausserhalb des Unternehmens stehende Revisionsstelle prüfen lassen. Zu diesem Zweck haben sie jeweils zu Beginn eines Rechnungsjahres eine von der Bankenkommission anerkannte Revisionsgesellschaft zu be-

auftragen (Art. 39 Abs. 1 BankV). Die rechtliche Beziehung zwischen letzterer und der zu prüfenden Bank beruht auf einem privaten Rechtsverhältnis. Die Revisionsstelle wird von der Bank ausgewählt, beauftragt und honoriert. Im Interesse des Gläubigerschutzes wird indessen die Gestaltung dieses Rechtsverhältnisses nicht der Bank und der Revisionsgesellschaft überlassen, sondern weitgehend durch Gesetz und Verordnung vorgeschrieben. Die Bankenkommission kann überdies den Prüfungsauftrag durch allgemeine Richtlinien (z. B. in Form von Rundschreiben) näher umschreiben oder im Einzelfall für die Revision besondere Weisungen erlassen. Das private Auftragsverhältnis hat daher in hohem Masse auch öffentlichrechtlichen Charakter.

Beabsichtigt ein bestehendes Institut, die Revisionsstelle zu wechseln, so hat es unter Angabe der Gründe die Zustimmung der Bankenkommission einzuholen (Art. 39 Abs. 2 und 3 BankV). Dies gilt auch für die erstmalige Bezeichnung einer Revisionsstelle. Die Bankenkommission verweigert ihre Zustimmung zum geplanten Mandatswechsel (bzw. zur erstmaligen Ernennung eines Revisors), wenn die vorgesehene Revisionsstelle unter den gegebenen Verhältnissen nicht Gewähr für eine ordnungsgemässe Revision bietet (Art. 39 Abs. 2 BankV). Das Zustimmungserfordernis bezweckt nicht den Schutz der bisherigen Revisionsgesellschaft vor dem Verlust ihres Mandates. Die Vertragspartner sind aufgrund der zivilrechtlichen Regelung ihrer Beziehung grundsätzlich frei, nach eigenem Ermessen das Auftragsverhältnis aufzulösen. Eine Besitzstandgarantie zugunsten der alten Revisionsstelle besteht nicht. Letztere sind vielmehr dem freien Wettbewerb zwischen den von der Bankenkommission anerkannten Revisionsgesellschaften ausgesetzt. Die Zustimmung der Bankenkommission dient ausschliesslich dem öffentlichen Interesse an einer sachkundigen, ordnungsgemässen und lückenlosen Überwachung der Banken. Die Auflösung des Revisionsmandates wird daher grundsätzlich nur dann verweigert, wenn sie aufsichtsrechtliche Bedenken hervorruft. Zur Stärkung der Unabhängigkeit der Revisionsstellen kann die Bankenkommission jedoch im Einzelfall einen strengeren Massstab anlegen.

Im Lichte dieser Grundsätze entwickelte die Bankenkommission folgende Praxis:

- Die Banken haben in der Regel zu Beginn eines Rechnungsjahres eine anerkannte Revisionsgesellschaft mit der Abschlussprüfung zu beauftragen. Damit soll sichergestellt werden, dass das bankengesetzliche Revisionsmandat während des ganzen Jahres lückenlos ausgeübt wird. Die Revisionsstellen haben nicht nur eine Abschlussprüfung vorzunehmen, sondern im Anschluss daran allfällige Nachrevisionen (Art. 41 BankV) und im Laufe des Geschäftsjahres unangemeldete Zwischenrevisionen (Art. 40 BankV) durchzuführen sowie allenfalls besonderen Vorkommnissen nachzugehen. Wenn auch das laufende Rechnungsjahr ordentlicherweise von der bisherigen Mandatarin geprüft wird, so lässt die Bankenkommission – sofern sachliche Gründe vorliegen und die Effizienz der Prüfungshandlungen nicht beeinträchtigt wird – den Wechsel der Revisionsstelle auch mit Wirkung für das laufende Geschäftsjahr zu.
- Die Bankenkommission verweigert dagegen den Wechsel, wenn der Revisionsbericht schwerwiegende Beanstandungen und Vorbehalte enthält oder wenn im laufenden Jahr schwere Mängel in der internen Organisation aufgedeckt werden oder die Bewilligungsvoraussetzungen in Frage gestellt sind. Bevor in solchen Fällen eine neue Revisionsstelle bezeichnet werden kann, sind die beanstandeten Mängel zu beheben. Die Niederlegung des Mandates in einem solchen ungünstigen Zeitpunkt wirft jeweils auch die Frage auf, ob die Bank sich damit nicht einer gesetzeskonformen Revision entziehen will und auf eine weniger gründliche Prüfung durch die neue Gesellschaft hofft.
- In jedem Fall erhalten die betroffenen Revisionsgesellschaften die Gelegenheit, zum beantragten Wechsel des Revisionsmandates Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassung erlaubt es ihnen, auf ernste Probleme hinzuweisen, die einen Wechsel der Revisionsstelle unter den gegebenen Umständen als unangebracht erscheinen lassen. Werden indessen im Rahmen der Vernehmlassung ausschliesslich geringfügige Mängel oder Beanstandungen geltend gemacht mit dem Zweck, das bankengesetzliche Mandat und die damit verbundenen Honorareinnahmen nicht zu verlieren, so stimmt die Bankenkommission dem Wechsel trotzdem zu, sofern die Behebung der gerügten Mängel ebensogut von der künftigen Revisionsstelle überwacht werden könnte.

- Ein Wechsel des Mandates wird auch verweigert, wenn die neue Revisionsstelle unter den gegebenen Umständen in personeller, fachlicher und organisatorischer Hinsicht dem Revisionsauftrag nicht gewachsen ist. Dies trifft beispielsweise dann zu, wenn die neue Gesellschaft die für die Revision des betreffenden Institutes erforderlichen spezifischen Kenntnisse nicht besitzt oder Schwierigkeiten bekundet, bestehende Mandate frist- und sachgemäss zu erfüllen.

Obwohl die Banken im Rahmen der aufgezeigten Praxis der Bankenkommission grundsätzlich frei sind, die Revisionsstelle zu wechseln, werden Revisionsmandate eher selten niedergelegt. So erfolgten in den letzten zehn Jahren nur rund zehn Revisionsstellenwechsel pro Jahr. Unter Berücksichtigung der rund 500 dem Bankengesetz unterstellten Institute (ohne Raiffeisenkassen) entspricht dies einer Fluktuationsrate von ungefähr zwei Prozent. Statistisch gesehen braucht es also 50 Jahre, bis jede Bank einmal ihre Revisionsgesellschaft wechselt. Zieht man zudem in Betracht, dass in der Regel sowohl die Regional- wie auch die Kantonalbanken die Revisionsstellen kaum wechseln, weil sie durch ihre eigenen Revisionsverbände bzw. durch anerkannte eigene Inspektorate geprüft werden, so verdoppelt sich die Fluktuationsrate auf knapp viereinhalb Prozent.

3.7 Bilanzwahrheit und -klarheit

3.7.1 Auflösung stiller Reserven / Wertschriftenverluste

Nach dem Börsensturz im Oktober 1987 rief die Bankenkommission allen Banken und bankengesetzlichen Revisionsstellen am 22. Dezember 1987 in Erinnerung, wie aufgrund von Gesetz, Verordnung und geltender Praxis stille Reserven aufzulösen sind:

I. Allgemeines

Gemäss Art. 6 Abs. 2 BankG ist die Bilanz nach den Vorschriften des Obligationenrechtes und nach den Bestimmungen des Bankengesetzes zu erstellen. Indessen besteht der bekannte Zielkonflikt zwischen dem Recht zur Bildung und Auflösung stiller Reserven (Art. 663 OR)

und der Pflicht einer möglichst transparenten Rechenschaftsablage (Art. 959 OR). Die Bankenkommission hat diesbezüglich in ihren Jahresberichten 1979 S. 13 f. und 1981 S. 21 f. sowie in den Orientierungsschreiben vom Dezember 1981 und November 1982 die Praxis mehrmals bekanntgegeben. Ebenso wurde diese in der Jubiläumsschrift «50 Jahre eidgenössische Bankenaufsicht» S. 320 f. ausführlich dargelegt. Danach erachtet die Bankenkommission die stille Auflösung stiller Reserven dann nicht mehr als vertretbar, wenn

1. *über Jahre hinweg durch die Auflösung früher gebildeter stiller Reserven eine bessere Ertragsstruktur vorgetäuscht oder*
2. *die über längere Zeit erarbeiteten stillen Reserven zur Deckung grosser Verluste einer einzigen Rechnungsperiode aufgebraucht werden oder*
3. *grosse Teile des ausgewiesenen Reingewinnes auf die Auflösung stiller Reserven zurückzuführen sind.»*

Gleichzeitig stellte die Kommission die geltende Praxis dar, wie die Kursverluste auf dem eigenen Wertschriftenbestand in der Buchhaltung zu behandeln sind.

Bei einer systematischen Analyse musste die Bankenkommission feststellen, dass bei manchen Instituten stille Reserven zu Unrecht still aufgelöst wurden und dadurch der Wahrheitsgehalt der veröffentlichten Jahresrechnungen und -berichte zu wünschen übrig liess. Allzu oft wurden in den Erläuterungen rote oder doch rückläufige Zahlen verniedlicht, ja nahezu in schwarze umgewandelt. Der Bilanzleser erhielt dadurch ein verzerrtes Bild der Erfolgslage. So wiesen einzelne Banken höhere als die tatsächlich verdienten Gewinne aus, manche veröffentlichten bei stark gesunkenem Unternehmungserfolg nur geringfügige Gewinnrückgänge. Vereinzelt konnten Gewinne einzig dank der stillen Auflösung von stillen Reserven ausgeschüttet werden. So sah sich die Bankenkommission wiederholt zum Einschreiten gezwungen. Mehr Institute als in den Vorjahren mussten angehalten werden, die Jahresrechnungen vor der Publikation der Bankenkommission vorzulegen.

Eine Erhebung, deren Ergebnisse noch nicht voll ausgewertet sind, zeigte, dass der von den Banken 1987 ausgewiesene Gewinn insgesamt den effektiven Unternehmenserfolg überstieg und die Gewinnausschüttungen trotz dem generell rückläufigen Ergebnis gar

zunahmen. Nach den Erkenntnissen, die sich aus den Jahresrechnungen der Banken für das Jahr 1987 ergaben, erwägt die Bankenkommission, ihre Richtlinien zur Offenlegung der Auflösung stiller Reserven zu überarbeiten.

3.7.2 Kursverluste auf Fremdwährungsaktiven

Während eines hängigen Verfahrens, in welchem es um die Frage des Ausweises von Kursverlusten auf Aktiven in fremder Währung ging, veröffentlichte eine Bank eine Jahresrechnung, in welcher sie entgegen einer vorangegangenen Empfehlung der Bankenkommission Verluste auf Fremdwährungsaktiven in Höhe von ca. Fr. 1,3 Mio. direkt, d.h. ohne Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung, mit den stillen Reserven unter der Position «Sonstige Passiven» verrechnete. Die Bankenkommission erklärte diese Verbuchungsmethode für unzulässig, da sie einerseits die Gliederungsvorschriften der Bankenverordnung für die Gewinn- und Verlustrechnung verletzte und andererseits einer Auflösung von stillen Reserven gleichkam, welche unter bestimmten Voraussetzungen ohnehin offen über die Gewinn- und Verlustrechnung zu erfolgen hat (vgl. Ziff. 3.7.1, S. 41).

Gemäss Anhang II Bst. B Ziff. 1.4 BankV sind erlittene Kursverluste und Abschreibungen vom Ertrag aus dem Handel mit Devisen und Edelmetallen abzuziehen. Deshalb musste die betroffene Bank die Werteinbussen auf den Fremdwährungsaktiven als Kursverluste im Sinne dieser Bilanzierungsvorschrift über die Position «Ertrag aus Handel mit Devisen und Edelmetallen» in der Gewinn- und Verlustrechnung ausweisen.

Die Bank wurde deshalb unter Fristansetzung zur Neupublikation der Jahresrechnung im Sinne der vorstehenden Ausführungen verpflichtet.

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden

4.1 Behörden des Bundes

Mit dem Eidg. Finanzdepartement wurde beim Vorhaben zur Erweiterung des bankengesetzlichen Geltungsbereiches (Änderung

der Bankenverordnung) zusammengearbeitet (Ziff. 1.1, S. 14). Zuhanden des Departementes nahm die Bankenkommission Stellung zu parlamentarischen Vorstössen über die öffentliche Annahme von Geldern, über ausländische Vermögen in der Schweiz sowie über die Geldwäscherei.

Ferner äusserte sich die Bankenkommission gegenüber der Kartellkommission im Rahmen deren Untersuchung über die Wettbewerbsverhältnisse im Bankwesen zur Konvention XIX der Schweizerischen Bankiervereinigung über Notes ausländischer Schuldner.

Zur vorgesehenen Teilrevision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG) äusserte sich die Bankenkommission gegenüber dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (Bundesamt für Justiz) dahin,

- das 1981 suspendierte Verfahren für den Erlass eines Bundesgesetzes über die Sanierung und die Zwangsliquidation von Banken wieder aufzunehmen und mit der SchKG-Revision abzustimmen
- das heute geltende, jedoch unbefriedigende Konkursprivileg (Art. 15 Abs. 2 BankG) zu streichen
- dem Bundesrat neu die Kompetenz zu erteilen, auf dem Verordnungsweg eine Versicherungspflicht für Bankeinlagen einzuführen, falls die Banken selbst keine ausreichenden Vorkehren treffen (vgl. die Konvention XVIII der Schweizerischen Bankiervereinigung betreffend Auszahlung von Spareinlagen und Gehaltskontoguthaben bei Zwangsliquidation einer Bank)
- die heute bedeutungslose Möglichkeit der Schaffung kantonaler gesetzlicher Pfandrechte für Spareinlagen (Art. 16 BankG) aufzuheben.

4.2 Nationalbank

Die Schweizerische Nationalbank wirkte beim Ausarbeiten des Verordnungsentwurfes für einen erweiterten Geltungsbereich des Bankengesetzes mit (Ziff. 1.1, S. 14).

An den beiden jährlichen Aussprachen erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Nationalbank namentlich

- das Konzept des «Cooke-Committee» über die Eigenkapitalmessung und -anforderungen (Ziff. 5.1, S. 47)
- Bestrebungen im Zusammenhang mit dem Wertpapierhandel und der Börsenaufsicht
- die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes 1992 auf die Banken in der Schweiz
- die Gründung von Anlagefonds im Ausland durch Schweizer Banken (IV Ziff. 1, S. 56)
- die Probleme der internationalen Verschuldung und, im Zusammenhang damit, die Rückstellungen der Banken für Länderrisiken.

4.3 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission besprachen bei zwei Begegnungen vor allem

- das Konzept des «Cooke-Committee» über die Eigenkapitalmessung und -anforderungen (Ziff. 5.1, S. 47)
- die Behandlung der «anerkannten oder organisierten Broker, die gewerbsmässig fremde Gelder entgegennehmen» (Anhang II Bst. A Ziff. 1.2 BankV, vgl. Ziff. 3.5, S. 37)
- die künftige Regelung der Rückstellungen für Länderrisiken
- Fragen der Bilanzwahrheit bei der Rechnungslegung
- die Treuepflicht der Banken gegenüber ihren Kunden und des Bankpersonals gegenüber seiner Bank.

Mit der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer stand die Bankenkommission im Zusammenhang mit dem Erlass neuer Rundschreiben (Ziff. 2 S. 17) in Kontakt. Ferner wurden an einer Aussprache die Gestaltung der entsprechenden Vernehmlassungsverfahren, die Funktion der Revisionsstellen als Beauftragte der Bank einerseits und als Teil der Aufsicht andererseits sowie der Inhalt der Revisionsberichte behandelt.

4.4 Aussprache mit der Aufsichtskommission VSB

Für die Abklärung und Ahndung von Verletzungen der Vereinbarung vom 1. Juli 1987 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der

Banken (VSB 87; vgl. Ziff. 3.1, S. 26) setzte die Schweizerische Bankiervereinigung eine aus fünf unabhängigen Persönlichkeiten bestehende Aufsichtskommission ein. Wie schon seinerzeit mit der Schiedskommission im Sinne der bisherigen Sorgfaltspflichtvereinbarungen fand nunmehr eine Aussprache zwischen Delegationen der Bankenkommission und der neuen Aufsichtskommission statt. Es wurde vereinbart, unter Wahrung der selbständigen Entscheidungsbefugnisse periodisch Gespräche über Themen von gemeinsamem Interesse zu führen.

4.5 Revisionsstellenkonferenz

An der jährlichen Revisionsstellenkonferenz vom 24. November 1988 in Bern waren die für die Bankrevision zugelassenen Gesellschaften durch 44 Mitarbeiter vertreten. Hauptsächliche Themen waren

- die Rückschau auf die Schreiben der Eidg. Bankenkommission vom 22. Dezember 1987 betreffend
  - Berücksichtigung der Länderrisiken
  - Jahresrechnung/Auflösung stiller Reserven
- die Funktion der bankengesetzlichen Revisionsstellen als Beauftragte der Bank und Teil der Aufsicht
- die neuen Rundschreiben (Ziff. 2 S. 17)
- die neuen Formulare «Ermittlung des effektiven Eigenkapitals» und «Erfolgsanalyse»
- die klare Darstellung der Beanstandungen und Vorbehalte in den Revisionsberichten (Art. 43 Abs. 2 BankV).

4.6 Regionalbanken

Die Bankenkommission konnte mit Befriedigung feststellen, dass die Regionalbanken ihre Geschäftspolitik den veränderten Verhältnissen anzupassen versuchen. Die Kommission befürwortet und unterstützt Zusammenschlüsse und Vereinbarungen, die geeignet sind, diese wichtige Bankengruppe zu erhalten und zu stärken.

Das regionale Bankgewerbe hat für die dezentrale Wirtschaftsstruktur der Schweiz eine bedeutungsvolle stützende Funktion. Deshalb konnte die Bankenkommission die zur Diskussion gestellte Verzinsung der Postcheckgelder nicht befürworten.

Der Revisionsverband bernischer Banken und Sparkassen, neu «Verband Berner Regionalbanken», gab sich eine neue Organisation und verstärkte dabei die Unabhängigkeit seiner Revisionstätigkeit.

5. Internationale Angelegenheiten

5.1 Vereinheitlichung der Eigenkapitalmessung und -anforderungen

Der Rat der Gouverneure der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich genehmigte am 11. Juli 1988 das vom Ausschuss für Bankenbestimmungen und -überwachung (Cooke-Committee) ausgearbeitete Dokument «Konvergenz der Eigenkapitalmessung und -anforderungen» (vgl. Jahresbericht 1987 S. 54 f.).

Unsere Behörden stehen nun vor der Aufgabe, in den nächsten Jahren im nationalen Recht diesen Richtlinien Rechnung zu tragen. Die entsprechenden Schritte werden nach Abschluss der Arbeiten zur Unterlegung der Ausserbilanzgeschäfte mit Eigenmitteln (vgl. Ziff. 1.2, S. 15) aufgenommen.

Da sich die Richtlinien nur an Banken richten, die in bedeutendem Umfang grenzüberschreitende Geschäfte tätigen, wird dahin gewirkt werden müssen, dass keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen den im wesentlichen nur landesintern und den international aktiven Banken eintreten. Um die möglichen Auswirkungen wirklichkeitsgetreu zu kennen, werden allenfalls von den Richtlinien betroffene Institute einzuladen sein, die geforderten eigenen Mittel während einer bestimmten Zeitspanne auch nach dem Basler Konzept zu berechnen.

5.2 Zusammenarbeit mit der Bank of England betreffend Financial Services Act

Im Vereinigten Königreich ist mit dem Erlass des Financial Services Act 1986 eine umfassende Finanzmarktaufsicht eingeführt wor-

den, welche vom Securities and Investments Board (SIB) und fünf von ihm anerkannten Selbstregulierungs-Organisationen (SRO) ausgeübt wird. Zweigniederlassungen ausländischer Banken unterstehen für ihre diesbezüglichen Tätigkeiten ebenfalls dem Financial Services Act und benötigen hierzu entweder eine Bewilligung des SIB oder die Aufnahme als Mitglied bei einer SRO, obschon sie bereits als Banken von der Bank of England überwacht werden. Das SIB bzw. die SRO wünschten förmliche Vereinbarungen mit den ausländischen Bankaufsichtsbehörden abzuschliessen, um die Überwachung von Zweigniederlassungen ausländischer Banken nach dem Financial Services Act sicherzustellen. Die ursprünglichen Vorstellungen des SIB über die künftige Kooperation mit den ausländischen Bankaufsichtsbehörden gingen sehr weit. Vierteljährliche Routinemeldungen hätten einen unnötigen Verwaltungsaufwand erfordert.

Im Sommer 1988 konnte für die Schweizer Banken mit Unterstützung der Bank of England und des SIB eine befriedigende Lösung gefunden werden, die an der bisherigen bewährten Zusammenarbeit zwischen der Bankenkommission und der Bank of England festhält. Danach bestätigt die Bankenkommission der Bank of England, dass sie die betreffende Bank mitsamt Aktiven und Passiven der Zweigniederlassung in Grossbritannien beaufsichtigt. Aufgrund einer informellen, völkerrechtlich nicht verbindlichen Abmachung aus dem Jahre 1979 informieren sich zudem Bankenkommission und Bank of England gegenseitig, wenn sie einer Bank mit Zweigniederlassung im anderen Land die Bewilligung entziehen wollen oder wenn die Solvenz des betreffenden Institutes gefährdet wäre. Neu wird nun lediglich die Weiterleitung dieser Informationen durch die Bank of England an das SIB bzw. die zuständigen SRO vorgesehen. Es wurde somit keine direkte Zusammenarbeit zwischen der Bankenkommission und dem SIB oder den SRO vereinbart. Diesen neuen Institutionen werden lediglich diejenigen Informationen der Bank of England zugänglich gemacht, welche sie zur Prüfung der Bewilligungsvoraussetzungen und der Solvenz der schweizerischen Gesuchsteller unter dem Financial Service Act benötigen. Alle vom Financial Services Act betroffenen Schweizer Banken mit Zweigniederlassungen in Grossbritannien haben die Bankenkommission ausdrücklich und schriftlich zu diesem Informationsaustausch ermächtigt. Die Bank of England ihrerseits bestätigte der Bankenkommission, dass das SIB und die SRO die von

der Bankenkommission erhaltenen Informationen nur an Dritte weitergeben dürfen, wenn hierfür die Zustimmung der Bank of England, der Bankenkommission, der betroffenen Bank und eines allenfalls betroffenen Dritten vorliegt.

5.3 Ausländische Behörden

Im Oktober 1988 trafen sich in Tokyo an der 5. Internationalen Bankenaufsichtskonferenz Vertreter aus 96 Ländern. Im Vordergrund der Beratungen standen die Eigenmittelanforderungen, die neuen Entwicklungen im Bankwesen und die Risikogewichtung der Bankaktiven.

Der Ausschuss für Bankenbestimmungen und -überwachung (Cooke-Committee) der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich trat zu fünf Sitzungen zusammen. Er führte seine Bestrebungen weiter, den Missbrauch des Bankensystems für deliktische Zwecke zu bekämpfen (vgl. Jahresbericht 1987 S. 55), beurteilte die Höhe der für Länderrisiken erforderlichen Rückstellungen und nahm sich wiederum der Gewichtung und Berücksichtigung des Zinsänderungsrisikos an. Neu wandte er sich dem bankinternen Kontrollsystem sowie der Frage zu, inwieweit die Bankenaufsicht mit der Aufsicht über die Wertpapiermärkte zusammenzuarbeiten hat.

Auf Initiative des Cooke-Committees traten am 22./23. September 1988 in Basel Vertreter der Banken- und der Börsenaufsichtsbehörden zu einem ersten gemeinsamen Treffen zusammen. Der nützliche Erfahrungsaustausch befasste sich vornehmlich mit Fragen der grenzüberschreitenden Information zwischen den Aufsichtsbehörden, den Bewilligungsverfahren, der Aufsicht über international tätige Finanzkonglomerate sowie der Eigenmittelunterlegung. Diese und weitere Themen sollen im Sommer 1989 an einem zweiten Treffen vertieft behandelt werden.

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz pflegten die Teilnehmer in Berlin insbesondere einen wertvollen Meinungsaustausch über die Umsetzung des Basler Eigenkapitaldokumentes (vgl. Ziff. 5.1, S. 47) ins nationale Recht, die Auswirkungen und Möglichkeiten des EG-Binnenmarktes 1992 für Nicht-

EG-Staaten, die Erfassung und Behandlung von Grossrisiken im internationalen Bankkonzern und die Problematik der Allfinanzkonzerne (insbesondere Banken und Versicherungen).

5.4 Europäische Gemeinschaft

Das Sekretariat der Bankenkommission unterstützt seit Oktober 1987 das Integrationsbüro EDA/EVD im Informationsaustausch zwischen EG- und EFTA-Staaten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen.

Diese auf Initiative von Ministern und Spitzenbeamten der betreffenden Staaten zustande gekommenen Kontakte finden auf Expertenstufe statt. Gegenstand der Besprechungen waren bis jetzt vor allem Fragen der gegenseitigen Anerkennung der Rechnungslegung der Banken, der Entwurf zur 2. Bankenrichtlinie und die Richtlinien der EG zum Handel mit Wertpapieren. Die Gespräche werden im April 1989 weitergeführt. Ausserdem fanden im November 1988 bilaterale Gespräche zwischen der Schweiz und der EG zu diesem Themenkreis statt.

6. Behandelte Geschäfte (Statistik)

6.1 Sitzungen

Die Bankenkommission behandelte in 12 zum Teil zweitägigen Sitzungen 310 (im Vorjahr 332) Geschäfte.

6.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommission 85 (64) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	45 (34)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8 BankG)	4 (12)
• Anerkennung von Revisionsstellen (Art. 20 BankG)	2 (–)

• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	20	(11)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	2	(1)
• Jahresrechnung	1	(2)
• Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	8	(1)
• Verschiedenes	3	(3)

Von diesen 85 Verfügungen wurde keine mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht weitergezogen. Hängig ist noch eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde aus dem Jahre 1987.

6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommission versucht ihr Sekretariat, Einzelfälle zunächst mit sogenannten Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird der Bank ein bestimmtes Verhalten innert nützlicher Frist vorgeschlagen. Gleichzeitig wird sie aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die Empfehlung annehme. Lehnt die Bank ab, so unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung.

Im Berichtsjahr wurden 64 (65) Empfehlungen erlassen. Bis auf eine wurden alle von den Banken angenommen. Der Entscheid über die abgelehnte Empfehlung war Ende 1988 noch hängig. Die Empfehlungen des Sekretariates erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

• Eigene Mittel	1	(–)
• Risikoverteilung	11	(11)
• Jahresrechnung	52	(49)
• Organisation	–	(3)
• Verschiedenes	–	(2)

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungsmeldungen nach Art. 21 BankV erhöhte sich auf 206 (142).

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

7.1 Bestand Ende 1988

• Banken	513	(512)
• davon:		
– ausländisch beherrscht	120	(113)
– Zweigniederlassungen ausländischer Banken	33	(33)
• Raiffeisenkassen	1228	(1228)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	14	(14)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (voll unterstellt)	4	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)	135	(134)
• Vertreter ausländischer Banken	76	(73)
• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	20	(18)
• anerkannte Revisionsstellen	22	(22)

7.2 Erteilte Bewilligungen

Nach schweizerischem Recht organisierte Banken

- Carlton Bank AG, Zürich; Neugründung
- RNB Republic National Bank of New York (Suisse) SA, Genf; Neugründung
- BFZ Bankfinanz, Zürich; Neugründung
- IHAG Industrie- und Handelsbank AG, Zürich; Übernahme des Bankgeschäftes der Industrie- und Handelsbank AG, Zürich
- Nomura Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- Yamaichi Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- Banco Santander (Suisse) SA, Genf; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank
- BGG Banque Genevoise de Gestion; Neugründung
- Sanwa Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank

- Mitsui Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung Finanzgesellschaft in eine Bank

Zweigniederlassungen und Agenturen ausländisch beherrschter Banken

- Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Moskau; Zweigniederlassung in Zürich
- Crédit Lyonnais, Lyon und Paris; Zweigniederlassung in Lugano
- Caisse Nationale de Crédit Agricole, Paris; Zweigniederlassung in Genf
- Société Générale Alsacienne de Banque, Strassburg; Zweigniederlassung Zürich; Eröffnung Agentur in Lugano
- Banque Indosuez, Paris; Zweigniederlassung Zürich; Eröffnung Agentur in Zug

Vertretungen

- Banco Popular Español, Madrid; Vertretung in Genf
- Skandinaviska Enskilda Banken, Stockholm; Vertretung in Zürich
- Svenska Handelsbanken, Stockholm; Vertretung in Zürich
- Chuo Trust and Banking Company Ltd., Tokyo; Vertretung in Zürich
- Bulgarische Aussenhandelsbank, Sofia; Vertretung in Zürich
- Frankfurter Bankgesellschaft Aktiengesellschaft, Frankfurt; Vertretung in Zürich

Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Banco Popular Español, Madrid
- Banco de Santander, Santander

Bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)

- Oeri Finanz AG, Basel
- NBK Finance SA, Genf
- Berenberg Finanz AG, Zürich

- Nippon Credit (Schweiz) AG, Zürich
- VPB Finanz AG, Zürich
- Raboinvest Management AG, Zürich

Revisionsgesellschaften

- KPMG Fides Peat, Zürich
- KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich

7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit:

- Anker Bank, Genf, und HKB Handelskreditbank, Zürich: Fusion mit Banque Ankerfina SA, Lausanne
- Sarganserländische Bank, Flums: Fusion mit der Bank vom Linthgebiet, Uznach
- Citibank N.A., New York, Zweigniederlassung Lausanne
- Banque Libanaise pour le Commerce (Suisse) SA, Genf: Fusion mit Banca di Partecipazioni ed Investimenti SA, Lugano
- American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich: Fusion mit Trade Development Bank, Genf, unter der neuen Firma TDB American Express Bank, Genf
- Industrie- und Handelsbank AG, Zürich: Übernahme des Bankgeschäftes durch die IHAG Industrie- und Handelsbank AG, Zürich
- BIG Société de Gestion, Lausanne

Aufgabe der Tätigkeit als bankähnliche Finanzgesellschaft:

- Nomura (Switzerland) AG, Zürich
- Yamaichi (Switzerland) AG, Zürich
- Sanwa Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Mitsui Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Santander Finance SA, Genf

Aufgabe der Vertretertätigkeit:

- Banca d'Italia, Rom
- Pierson, Heldring & Pierson N.V., Amsterdam
- The Saitama Bank Ltd., Tokyo

Aufgabe der Tätigkeit als bankengesetzliche Revisionsstelle:

- KMG FIDES Bankrevision, Zürich
- Peat, Marwick, Mitchell & Co. SA, Zürich
  (infolge weltweiter Zusammenlegung und Umstrukturierung beider Gruppen erhielten neu die Gesellschaften KPMG Fides Peat bzw. KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich, die Anerkennung als bankengesetzliche Revisionsstelle).

IV. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Revision des Bundesgesetzes über die Anlagefonds

Im Januar 1988 teilte die Bankenkommission dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes mit, dass schweizerische Banken in den letzten Jahren vermehrt dazu übergehen, Anlagefonds im Ausland zu errichten (vgl. Jahresbericht 1987 S. 63 f.). Dieser bat daraufhin die Bankenkommission und die Schweizerische Bankiervereinigung, ihm Vorschläge im Hinblick auf eine Revision des Anlagefondsgesetzes zu machen und dabei insbesondere auch die Vereinbarkeit des Gesetzes mit der entsprechenden Richtlinie der EG (vgl. Ziff. 5.1 S. 47) zu berücksichtigen. Da die Schweizerische Bankiervereinigung inzwischen eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, welche die Revisionspostulate behandeln soll, beschloss die Bankenkommission, zunächst das Ergebnis dieser Arbeiten abzuwarten, bevor sie ihrerseits mit Revisionsvorschlägen an die Öffentlichkeit tritt.

2. Neues Musterreglement und neues Rundschreiben Nr. 18

Im Berichtsjahr schloss die Bankenkommission die Prüfung des Entwurfes zum neuen Musterreglement für Wertschriftenfonds ab, das ihr die Schweizerische Bankiervereinigung unterbreitet hatte. Auch verabschiedete sie das neue Rundschreiben Nr. 18 über Options, Financial Futures, Prämien- und Devisentermingeschäfte (vgl. Jahresbericht 1987 S. 62).

2.1 Neues Musterreglement

Im neuen Musterreglement der Schweizerischen Bankiervereinigung werden die Rechte und Pflichten der am Kollektivanlagevertrag beteiligten Parteien einlässlich und klar umschrieben. Die Bankenkommission empfiehlt den Fondsleitungen daher, dieses ihren neuen Fondsreglementen zugrunde zu legen.

In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte besonders hervorzuheben. Einerseits lässt die Bankenkommission im neuen Musterreglement bei Staatsanleihen in der jeweiligen Landeswährung des Schuldners Abweichungen von der Risikoverteilungsvorschrift gemäss Art. 7 Abs. 1 AFG zu. Sofern der Zentralstaat als Schuldner auf-

tritt, ist der maximale Anteil solcher Staatsanleihen inskünftig unbegrenzt. Ferner hält das Musterreglement fest, dass Optionen, Futures und Devisentermingeschäfte nur im Rahmen der durch die Aufsichtsbehörde erlassenen Weisungen zulässig sind (Rundschreiben Nr. 18).

2.2 Neues Rundschreiben Nr. 18

Um der wachsenden Bedeutung der Optionen und Financial Futures in den letzten Jahren Rechnung zu tragen, erliess die Bankenkommission am 3. Oktober 1988 ihr neues Rundschreiben Nr. 18, das die früheren Rundschreiben Nr. 14 vom 3. März 1972 und Nr. 17 vom 19. Oktober 1976 ersetzt. Die Verwendung dieser neuen Instrumente darf jedoch nicht zur Folge haben, dass der schweizerische Wertschriftenanlagefonds seinen angestammten Charakter verliert und zum reinen Spekulationsobjekt verkommt. Daher gelten detaillierte Richtlinien für die zulässigen Arten, Einsatzmöglichkeiten und Limiten der entsprechenden Instrumente.

2.2.1 Zulässige Geschäftsarten

Das Rundschreiben Nr. 18 lässt nunmehr folgende Optionsgeschäfte auf Aktien zu:

- Kauf von Calls, allerdings nur unter der Bedingung, dass der Gegenwert der zu beziehenden Wertpapiere durch flüssige Mittel oder Wartegelder gedeckt ist, um so die mit dem Kauf eines Calls verbundene Hebelwirkung zu neutralisieren. Zudem darf der Kauf von Calls gesamthaft gewisse Höchstgrenzen nicht überschreiten.
- Verkauf (Schreiben) von Calls, welche bereits gemäss Rundschreiben Nr. 17 zulässig war, natürlich unter der Bedingung, dass der Anlagefonds die entsprechenden Basiswerte bereits besitzt. Inskünftig können für die gesamte, in einer bestimmten Titelkategorie gehaltene Position Calls geschrieben werden.
- Kauf von Puts. Auch hier können inskünftig sämtliche zum Fondsvermögen gehörenden Basiswerte Gegenstand des Kaufs von Puts

bilden. Der Bestand an durch Call-Verkäufe und Put-Käufe gebundenen Basiswerten darf jedoch 25% des gesamten Fondsvermögens nicht übersteigen.

Hingegen ist das Schreiben von Puts für einen Anlagefonds nicht geeignet und demgemäss weiterhin verboten.

Falls überhaupt noch Prämiengeschäfte getätigt werden, so gilt weiterhin, dass nur der Verkauf von bereits zum Fondsvermögen gehörenden Titeln gegen Prämie zulässig ist.

Im Gegensatz zum Rundschreiben Nr. 14 dürfen nunmehr Termin-Sicherungsverkäufe von Devisen zwecks Absicherung von Aktienpositionen getätigt werden. Ausserdem werden nebst den herkömmlichen Devisentermingeschäften erstmals auch Verkäufe von Devisen-Futures gestattet, selbstverständlich nur soweit der Anlagefonds Wertpapiere und Bankguthaben besitzt, die auf die entsprechende Währung lauten.

Darüber hinaus können Fondsleitungen inskünftig, statt Devisen auf Termin oder Devisen-Futures zu verkaufen, auch Devisen-Calls verkaufen und Devisen-Puts kaufen.

Das Rundschreiben lässt auch den Verkauf von Futures auf Aktienindices zu, vorausgesetzt, dass eine weitgehende Korrelation zwischen dem Kursverhalten des Referenzindexes und des entsprechenden Portefeuilles besteht.

Statt Futures auf Aktienindices zu verkaufen, können Fondsleitungen inskünftig auch Index-Calls verkaufen und Index-Puts kaufen.

Was die Absicherung von Zinssatzrisiken betrifft ist festzustellen, dass die zur Zeit am Markt gehandelten Futures im allgemeinen weder den gleichen Schuldner noch das gleiche Verfalldatum aufweisen wie die zum Fondsvermögen gehörenden Wertschriften. Zinssatz-Futures können nach Auffassung der Bankenkommission daher zur Zeit noch nicht zugelassen werden.

2.2.2 **Übergangsbestimmungen**

Das Rundschreiben Nr. 18 trat am 1. Dezember 1988 in Kraft. Es schreibt vor, dass die im Rundschreiben neu geregelten Transaktio-

nen erst nach vorgängiger Änderung des Fondsreglementes getätigt werden dürfen.

Die Fondsleitungen, deren Reglement diese Geschäfte bisher nicht gestattete, müssen daher beim zuständigen Zivilrichter die Änderung des entsprechenden Fondsreglementes beantragen, wenn sie von den im Rundschreiben Nr. 18 neu zugelassenen Transaktionen Gebrauch machen wollen.

Um den Übergang von der alten zur neuen Regelung zu erleichtern, gilt eine Übergangsfrist von zwei Jahren, während welcher die Fondsleitungen die bereits in den Rundschreiben Nr. 14 und 17 geregelten Geschäfte weiterhin tätigen dürfen.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Immobilien-Anlagefonds

3.1.1 Verkehrswertschätzung

Im Gegensatz zu den Wertschriftenanlagefonds, bei denen die Verkehrswertermittlung aufgrund der Börsenkurs-Entwicklung jederzeit transparent und nachvollziehbar ist, obliegt die Schätzung des Vermögens der Immobilien-Anlagefonds der Fondsleitung. Die ermittelten Verkehrswerte werden durch unabhängige Schätzungsexperten überprüft. Dass im Rahmen einer solchen Verkehrswertschätzung subjektive Faktoren eine gewisse Rolle spielen, liegt in der Natur der Sache und lässt sich nicht ganz vermeiden. Seit Inkrafttreten des Anlagefondsgesetzes im Jahre 1967 hat die Frage der Bewertung einzelner Immobilien-Anlagefonds immer wieder zu Diskussionen Anlass gegeben (vgl. Jahresbericht 1986 S. 44 ff.). Wegen der explosiven, teilweise spekulativ angeheizten Steigerung der Immobilienpreise in den letzten Jahren ist die Verkehrswertschätzung wiederum in das Schussfeld öffentlicher Kritik geraten. So leitete etwa ein Rechtsanwalt gegen die Fondsleitung eines Immobilienfonds zivil-, verwaltungs- und sogar strafrechtliche Schritte ein. Ein Nationalrat hat in dieser Angelegenheit ein Postulat sowie eine Einfache Anfrage eingereicht. Die Kritik hat auch in die Medien Eingang gefunden.

Die Bankenkommission setzt sich eingehend mit der Problematik auseinander. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es sich bei Immobilien um langfristige Anlagen handelt, akzeptiert die Bankenkommission, dass Fondsleitungen und unabhängige Schätzungsexperten im Rahmen der Verkehrswertschätzung eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen. Sie hält jedoch ausdrücklich fest, dass alleiniger Massstab für die Verkehrswertschätzung Art. 4 Abs. 3 AFV sein muss. Danach entspricht der Verkehrswert einer Immobilie dem Preis, «der bei sorgfältigem Verkauf der Sache im Zeitpunkt der Schätzung wahrscheinlich erzielt würde».

Weder die Anlagefondsgesetzgebung noch die Aufsichtsbehörde schreiben den Fondsleitungen und unabhängigen Schätzungsexperten die Anwendung einer bestimmten Schätzungsmethode vor. Diese geniessen somit bei der Ermittlung der Verkehrswerte einen gewissen Ermessensspielraum. Die Aufsichtsbehörde überprüft anhand der einzelnen Revisionsberichte, ob die Verkehrswertschätzung vertretbar erscheint. Dabei stützt sie sich insbesondere auf die Höhe der angewandten Kapitalisierungssätze, die nach einer branchenüblichen Regel normalerweise dem Zinssatz für erste Hypotheken zuzüglich eines Zuschlages von 1 – 3% – je nach Alter, baulichem Zustand und Lage der betreffenden Immobilie – entsprechen sollte. Die Anwendung bedeutend höherer Kapitalisierungssätze, welche eine Herabsetzung des Verkehrswertes des Fonds bewirkt, ist nur in Ausnahmefällen zulässig und im Revisionsbericht einlässlich zu begründen. Bei fehlender überzeugender Begründung wird die Bankenkommission intervenieren und – wie in der Vergangenheit bereits geschehen – die Herabsetzung übersetzter Kapitalisierungssätze verlangen.

3.1.2 **Berichterstattung über die Verkehrswertschätzung**

Gemäss Art. 39 Bst. d AFV hat sich die Revisionsstelle im Revisionsbericht über die Schätzung des Verkehrswertes des Fondsvermögens und die Festsetzung der Ausgabe- und Rücknahmepreise der Anteile zu äussern. Sie muss die angewandten Methoden der Verkehrswertschätzung sowie allfällige Unterschiede zwischen der Schätzung der Experten und der Fondsleitung darlegen und sich zur Angemessenheit der von der Fondsleitung vorgenommenen Schät-

zungen äussern. Entsprechende Richtlinien enthält das Rundschreiben Nr. 3 vom 10. Oktober 1967.

Die Bankenkommission stellte fest, dass in der Qualität und Ausführlichkeit dieser Berichterstattung zwischen den einzelnen Revisionsberichten Unterschiede bestehen. Insbesondere gab es Revisionsberichte, in denen die Kapitalisierungssätze weder beziffert noch erläutert wurden. Auch fehlten vereinzelt genauere Angaben über die Fondsliegenschaften (Alter, baulicher Zustand, Lage usw.). In gewissen Fällen versäumte es die Revisionsstelle, Abweichungen zwischen der Verkehrswertschätzung der Fondsleitung und derjenigen der unabhängigen Schätzungsexperten kritisch und ausführlich zu würdigen. Dies ist jedoch insbesondere dann unerlässlich, wenn die – nach Gesetz ausschlaggebende – Schätzung der Fondsleitung niedriger ausfällt.

Die Bankenkommission wird prüfen, ob gewisse Mindestvorschriften über Form und Inhalt der Revisionsberichte von Immobilien-Anlagefonds zu erlassen sind.

3.1.3 Gewährung von Bezugsrechten bei Emissionen

Im Verlaufe des Berichtsjahres führten mehrere grössere Immobilien-Anlagefonds Bezugsrechtsemissionen durch. Dies geschah in der Absicht, die bisherigen Anteilscheininhaber vor einer Kapitalverwässerung zu schützen. Damit wurde versucht, auf pragmatischem Wege die bestehende Problematik zu entschärfen. Zwar wirft diese Neuerung gewisse rechtliche Fragen auf. So ist das Bezugsrecht ein Institut des Gesellschaftsrechts, das den Aktionär bei Kapitalerhöhungen für die damit verbundene Kapitalverwässerung entschädigen soll. Demgegenüber schreibt Art. 12 Abs. 3 AFG zwingend vor, dass der Ausgabepreis neuer Anteilscheine aufgrund des Verkehrswertes des Fondsvermögens im Zeitpunkt der Ausgabe festzusetzen ist, die Ausgabe unter dem inneren Wert somit nicht zulässig ist. Der Gesetzgeber hat daher für Immobilienfonds, welche überdies Institute des Vertrags-, nicht des Gesellschaftsrechts sind, ein Bezugsrecht nicht vorgesehen. Die Bankenkommission betrachtet die Gewährung von Bezugsrechten bei der Emission von Immobilienfonds-Anteilen dennoch als angemessene und pragmatische Lösung. Sie löst indessen nicht alle bestehenden Probleme.

3.1.4 **Limitierung der zulässigen Wertschriftenanlagen**

Die Bankenkommission musste feststellen, dass verschiedene Immobilien-Anlagefonds dazu übergingen, ihre flüssigen Mittel in bedeutendem Mass durch Wertschriftenanlagen zu ersetzen. Falls das Reglement dies vorsieht, sind solche Anlagen zulässig. Der Anleger, der sein Geld in Immobilien-Anlagefonds investiert, hat jedoch Anspruch darauf, dass die Anlagen, wie es der Fondsbezeichnung entspricht, hauptsächlich in Immobilien und nicht in Wertschriften getätigt werden, die zudem mit einem Kursrisiko behaftet sind. Die Bankenkommission verlangt daher, dass der Wertschriftenanteil auf maximal 10 – 15% des Fondsvermögens limitiert wird, zumal für die eigentliche Liquiditätsvorsorge in erster Linie Festgelder und flüssige Mittel statt Wertschriften gehalten werden sollten.

3.1.5 **Immobilien im Miteigentum für mehrere Fonds**

Aus steuerlichen Gründen werden die meisten zu einem Immobilien-Anlagefonds gehörenden Grundstücke leider – entgegen den seinerzeitigen Hoffnungen des Gesetzgebers – nicht durch die Fondsleitung selbst gekauft, sondern durch eine zwischengeschaltete Immobiliengesellschaft. Dementsprechend gelten als Immobilienwerte im Sinne des Anlagefondsgesetzes auch Beteiligungen an Immobiliengesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, deren Gegenstand und Zweck einzig Erwerb und Verkauf, Vermietung und Verpachtung eigener Grundstücke sind, sofern mindestens zwei Drittel ihres Grundkapitals und der Stimmen im Anlagefonds vereinigt sind (Art. 31 Abs. 2 Bst. b AFG). Um der Immobiliengesellschaft das alleinige Verfügungsrecht über das Grundstück zu sichern, wurden Mit- und Gesamteigentum für Immobilienanlagefonds bis jetzt nicht zugelassen.

Die Bankenkommission liess im Berichtsjahr erstmals den gemeinsamen Erwerb einer Grossliegenschaft in Miteigentum durch drei verschiedene, jeweils zu einem anderen Immobilienanlagefonds gehörende Immobiliengesellschaften zu. Dies war nur möglich, weil die entsprechenden Fonds allesamt von derselben Fondsleitung verwaltet werden. Diese musste sich verpflichten, jede beabsichtigte Veräusserung eines Miteigentumsanteiles an einen Dritten vorgängig der

Bankenkommission zu melden und im Verkaufsfall die ihr verbleibenden Miteigentumsanteile in Stockwerkeigentum umzuwandeln.

3.2 Bankinterne Sondervermögen

Im Bestreben, die Vermögensverwaltung zu rationalisieren und zu optimieren, nutzen die Banken offenbar vermehrt die Möglichkeit, Portefeuilles in der Form interner Sondervermögen, d. h. ohne Unterstellung unter das Anlagefondsgesetz, zu verwalten. Diese Sondervermögen erfüllen aber mindestens drei der vier gesetzlichen Merkmale eines Anlagefonds: die gemeinschaftliche Kapitalanlage, die Risikoverteilung sowie die Fremdverwaltung. Entscheidend für die Unterstellung unter das Anlagefondsgesetz ist somit, ob auch die vierte gesetzliche Voraussetzung erfüllt ist, nämlich, ob das Vermögen aufgrund öffentlicher Werbung aufgebracht wird. Ist dies nicht der Fall, so unterstehen solche Sondervermögen den einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht.

Die Bankenkommission führte im Jahre 1987 eine Erhebung bei all jenen Banken durch, die möglicherweise bankinterne Sondervermögen verwalten. Die Umfrage bezweckte, nähere Informationen über Bedeutung, Entwicklung, Anzahl und Kundenkreis solcher Vermögen zu erhalten (vgl. Jahresbericht 1987 S. 61).

Das Ergebnis bestätigte die Feststellung der Bankenkommission, wonach die Zahl der Sondervermögen vor allem in den achtziger Jahren stark zugenommen hat. Im Zeitpunkt der Erhebung (Herbst 1987) verwalteten 34 Banken insgesamt 89 Sondervermögen mit einem Nettovermögen von total 3,3 Mrd. Franken. Die Zahl der Neugründungen und der an den Sondervermögen Beteiligten nahm in jüngster Zeit stark zu. Über die Hälfte der gemeldeten Vermögen wurde nach 1983, über ein Drittel nach 1985 gegründet. Nach Abschluss der Umfrage wurden der Bankenkommission inzwischen 30 weitere, neue Sondervermögen gemeldet. Im Durchschnitt sind an einem Sondervermögen rund 350 Kunden beteiligt, während in rund 20 Fällen die Zahl der Beteiligten 500 überstieg. Bei drei Vierteln aller Sondervermögen ist die Teilnahme einzig denjenigen Kunden vorbehalten, die ihrer Bank einen Vermögensverwaltungsauftrag erteilt haben. Im wesentlichen sind die Sondervermögen für kleine und mitt-

lere Kunden reserviert. Die Rechte der an den Sondervermögen Beteiligten sind zu über 90% nicht in einem Wertpapier verkörpert. Schliesslich werden die Sondervermögen in über 90% aller Fälle durch die bankengesetzlichen Revisionsstellen im Rahmen ihrer Bankrevisionsarbeit kontrolliert.

Die Bankenkommission wird bei der rechtlichen Würdigung dieser Sondervermögen primär darauf abstellen, ob die Banken auf die öffentliche Werbung im Sinne des Anlagefondsgesetzes verzichten. Die Sondervermögen müssen somit einem eng begrenzten, d.h. bestimmbaren und zahlenmässig kleinen Kundenkreis vorbehalten bleiben. Die Verwendung der Sondervermögen als Werbeinstrument bei Kundenakquisitionen ist in diesem Sinne nicht erlaubt. Als Teilnehmer kommen im wesentlichen nur bisherige Kunden, die der Bank einen Vermögensverwaltungsauftrag erteilt haben, in Frage. Im weiteren dürfen die Anteile nicht in Wertpapieren verbrieft werden. Die Vermögen und deren Verwaltung sind schliesslich in die ordentliche Revisionstätigkeit der bankengesetzlichen Revisionsstellen einzubeziehen.

Die Bankenkommission hat noch nicht entschieden, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein Sondervermögen nicht unter das Anlagefondsgesetz fällt. Die vorgenannten Kriterien werden ihr aber als Leitlinie für ihre Behandlung der Sondervermögen dienen. Allerdings bleibt die Beurteilung des Einzelfalles vorbehalten. Die Bankenkommission wird zudem die Vorschläge der von der Kommission für Anlagefonds der Schweizerischen Bankiervereinigung eingesetzten speziellen Arbeitsgruppe (s. Ziff. 1, S. 56) bei der Behandlung dieser bankinternen Sondervermögen berücksichtigen.

3.3. Europrogramme

Im Verlauf des Berichtsjahres schritt die Liquidation der Anlagefonds Europrogramme International (EPR) und Europrogramme International Serie 1969 (EPR 69) weiter fort (vgl. Jahresberichte 1984 S. 51 ff.; 1985 S. 50 f.; 1986 S. 45 f. und 1987 S. 61 f.). Die Bemühungen der Fondsleitung, die Immobilien des EPR 69 gesamthaft zu verkaufen, scheiterten schliesslich, da die Firma Pacchetti SpA, Mailand, auf die Abwicklung des Geschäfts verzichtete und vom Vertrag zu-

rücktrat. Die Aussichten auf einen Abschluss der Liquidation des EPR 69 in einer nicht allzu fernen Zukunft sind somit gering geworden.

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden

4.1 Parlamentarische Vorstösse

Die Bankenkommission nahm zuhanden des Eidg. Finanzdepartements Stellung zu einem Postulat sowie zu einer Einfachen Anfrage betreffend die Verkehrswertschätzung von Liegenschaften bei Immobilienanlagefonds und die Emission neuer Fondsanteile (vgl. Ziff. 3.1, S. 59).

4.2 Treffen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung

Die Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission erörterten anlässlich ihrer zwei Begegnungen auch Fragen aus dem Bereich der Anlagefonds. Sie haben sich vor allem mit den beiden folgenden Themen beschäftigt:

- dem neuen Musterreglement der Schweizerischen Bankiervereinigung für Wertschriftenfonds und dem neuen Rundschreiben Nr. 18 der Bankenkommission über Options und Futures (vgl. Ziff. 2, S. 20);
- der allfälligen Revision des Anlagefondsgesetzes im Hinblick auf die Annäherung unserer Gesetzgebung an das EG-Recht.

5. Internationale Angelegenheiten

5.1 Richtlinie des EG-Rates

Am 20. Dezember 1985 verabschiedete der EG-Rat eine «Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren» (OGAW). Diese 1988 noch ergänzte Richtlinie wird ab Oktober 1989 im ganzen EG-Raum einen freien Markt für die in EG-Ländern domizilierten Wertschriftenfonds schaffen. Deren Anteile werden von

diesem Datum an im gesamten EG-Raum ungehindert vertrieben werden können.

Ein gegenseitiger Informationsaustausch mit der EG, der auch in Zukunft weitergeführt werden soll, fand bereits statt, anfänglich im Rahmen der EFTA, im November 1988 erstmals direkt mit der EG. In diesen Gesprächen, die für die Schweiz vom Integrationsbüro EDA/EVD unter Mitwirkung der Bankenkommission geführt werden, soll das Mass der möglichen gegenseitigen Anerkennung der schweizerischen bzw. der EG-Normen ausgelotet werden, die dem schweizerischen Fondsgewerbe erlauben könnte, von der zukünftigen Freizügigkeit beim Vertrieb von Fondsanteilen im EG-Raum zu profitieren. Eine solche gegenseitige Anerkennung bedingt allerdings, dass sich unser Land öffnet und den bewilligungsfreien Vertrieb der EG-Fonds in der Schweiz zulässt.

Die Schweizerische Bankiervereinigung beurteilt eine entsprechende gegenseitige Anerkennung, die zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Fonds beitrüge, als wünschenswert. Der schweizerische Finanzplatz vermag seinerseits der EG einen attraktiven Markt anzubieten, der weit über die nationalen Grenzen hinausreicht. Somit dürfte das Interesse an einer gegenseitigen Anerkennung der entsprechenden Vorschriften auch seitens der EG vorhanden sein.

5.2 Informationsaustausch

Der jährliche Erfahrungs- und Informationsaustausch der Vertreter der Aufsichtsbehörden der EG-Staaten, Schwedens, der USA, Kanadas und der Schweiz fand 1988 bei der «Commission des valeurs mobilières de Québec» in Montreal statt.

Gegenstand der Beratungen war wie in den Vorjahren die Entwicklung der Anlagefondsgesetzgebung in den vertretenen Ländern, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung des freien Binnenmarktes im EG-Raum. Das Treffen erlaubte zudem einen breiten Meinungsaustausch über die aktuellen Probleme der Anlagefonds und deren Überwachung.

6. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden von der Bankenkommission 87 (100) Geschäfte behandelt. Zwei Verfügungen wurden an das Bundesgericht weitergezogen. Die Beschwerden sind zur Zeit noch hängig.

Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1988

	Anzahl per 31.12.		Fondsvermögen per 31.12. in Mio. Fr.		Einzahlungen ./. Rückzüge per 31.12. in Mio. Fr.	
	1988	1987	1988	1987	1988	1987
Schweizerische Fonds						
Wertschriftenfonds	151	139	28'606	22'576	3'150	2'947
Immobilienfonds	33	33	9'083	7'726	1'017	830
Total	184	172	37'689	30'302	4'167	3'777
Ausländische Fonds						
zur Werbung in der Schweiz zugelassen	110	98			2'091	1'053

Weitere statistische Angaben enthalten die Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank (Tabellen 53 und 53 a).

Im Berichtsjahr wurden 12 (9) neue Wertschriftenfonds errichtet:

- Asia Portfolio
- B-Fund
- E-Fund
- J-Fund
- M-Ausschüttungs-Fund
- ConvertBondSelection
- Gold Portfolio
- RBC Dollar Prime Bond Fund
- RBC Swiss Franc Bond Fund
- SBS 100-Index Fund Switzerland
- Sterling Invest
- Swiss Re Global Fund

Unter den Neugründungen befand sich erstmals ein indexbezo-

gener Fonds. Ferner wurde erstmals ein Anlagefonds von einer schweizerischen Versicherungsgesellschaft errichtet.

Zur Zeit befinden sich nur noch 2 (6) Anlagefonds in Liquidation, nämlich die Immobilienfonds Europrogramme International und Europrogramme International Serie 1969.

Auch 1988 war das Interesse am Vertrieb ausländischer Fonds wiederum gross, wurden doch 12 (25) Fonds neu zur Werbung in der Schweiz zugelassen. Die Sitze dieser Fonds befinden sich in Luxemburg (8), der Bundesrepublik Deutschland (2) und Cayman Islands (1).

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

1. Änderung der Pfandbriefverordnung

Verschiedene Bestimmungen der Pfandbriefverordnung sind nicht mehr zeitgemäss (vgl. Jahresbericht 1987 S. 66). Gemeinsam mit den beiden Pfandbriefinstituten arbeitete die Bankenkommission Revisionsanträge aus und unterbreitete diese dem Bundesrat. Dieser hiess den Entwurf gut und setzte die geänderten Vorschriften auf den 1. Januar 1989 in Kraft.

Die Pfandbriefzentralen können statt wie bisher 50 neu 75% des nicht einbezahlten Aktienkapitals als Eigenkapital anrechnen. Zudem wurden die Vorschriften über die Rechnungslegung der modernen Terminologie angepasst und präzisiert.

2. Überprüfung der Pfandbriefzentralen

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnung nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entspricht und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstellen geprüft.

Die Prüfungsergebnisse gaben im Jahre 1988 (Jahresrechnung 1987 der Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute, Zürich, und Jahresrechnung 1987/88 der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken, Zürich) zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

VI. Interna

1. Bankenkommission

Auf Ende 1987 schied Herr Dr. Paul Ehrsam nach Erreichen der für ausserparlamentarische Kommissionen festgelegten Altersgrenze aus der Bankenkommission aus. An seiner Stelle wählte der Bundesrat auf den 1. März 1988 Herrn Prof. Dr. Peter Nobel. Die Bankenkommission setzt sich somit nach wie vor aus sieben Mitgliedern zusammen.

2. Sekretariat

Der Personaletat des Sekretariates beläuft sich auf 27½ Stellen. Diese sind durch 31 Mitarbeiter besetzt, wovon 8 teilzeitbeschäftigt sind.

Eine wirkungsvolle Aufsicht ist im Interesse der Banken und ihrer Kunden unentbehrlich. Nur folgerichtig ist es, wenn man dieser auch die nötigen Instrumente gibt, nicht nur im rechtlichen, sondern ebensosehr im personellen Bereich. Die besten Beschlüsse und Erlasse werden zum toten Buchstaben, wenn sie nicht von – nach Zahl und Kenntnissen – hinreichendem Personal vollzogen und durchgesetzt werden können.

Die hektische Entwicklung und die stark wachsende Komplexität im Bankwesen stellen an das Sekretariat stets höhere Anforderungen. Sein Personalbestand konnte indessen, da er der Stellenplafonierung der Bundesverwaltung unterliegt, seit vielen Jahren nicht mehr erhöht werden.

Die Situation wird dadurch verschärft, dass die Mitarbeiter des Sekretariates, das täglich im engen Kontakt mit den Banken und Revisionsstellen steht, eine sehr spezielle Tätigkeit ausüben. Ihr Fachwissen ist sonst nirgends zu erwerben und deshalb für Banken und Revisionsstellen von grossem Wert. Erfahrene, qualifizierte Mitarbeiter werden des öfteren abgeworben. Neueinstellungen sind angesichts der heutigen Gehaltsansprüche nahezu ausgeschlossen.

Die Bankenkommission trägt die Verantwortung für die volle Erfüllung der ihr übertragenen Aufgabe. Sie muss daher fordern, dass sie in die Lage versetzt wird, die erforderlichen qualifizierten Mitarbei-

ter in ihren Diensten zu behalten und neue anzustellen. Das Eidg. Finanzdepartement prüft gegenwärtig entsprechende Anträge der Bankenkommission.

3. Rechnung

Die Kosten der Aufsicht über die Banken und Anlagefonds werden von den beaufsichtigten Unternehmen getragen. Die Aufsichtsgebühren werden so festgesetzt, dass sie insgesamt die Kosten der Bankenkommission und ihres Sekretariates decken.

Für das Rechnungswesen der Aufsichtsbehörde gelten die Erlasse über den Finanzhaushalt des Bundes. Die Bankenkommission wird daher in der entsprechenden Rubrik der Staatsrechnung der Eidgenossenschaft aufgeführt.

Die Rechnung der Berichtsperiode sieht wie folgt aus:

	Aufwand		Ertrag	
	1988 Fr.	1987 Fr.	1988 Fr.	1987 Fr.
Behörde und Sekretariat	2'891'496	2'732'000		
Gemeinkosten	2'541'966	2'388'811		
Aufsichtsgebühren				
- Banken			4'110'588	3'959'398
- Anlagefonds			605'000	504'505
Spruch- und Schreibgebühren			802'692	544'519
Vortrag aus den Vorjahren			271'898	383'687
Vortrag auf neue Rechnung	356'716	271'898		
	5'790'178	5'392'709	5'790'178	5'392'709

Der Präsident: Der Direktor:
Dr. Hermann Bodenmann Dr. Kurt Hauri

Verzeichnisse
Listes

Anerkannte Revisionsstellen
Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds
Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. Arthur Young & Cie AG, Zürich [1]
4. AUDIBA, Genève
5. BANCONTROL Bankrevisions-Aktiengesellschaft, Zürich [2]
6. Bankrevisions- und Treuhand AG, Zürich
7. Coopers & Lybrand AG, Basel [3]
8. EXPERTA Revision AG, Zürich
9. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen, St. Gallen
10. KPMG Fides Peat, Zürich
11. KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich
12. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel [3]
13. Gesellschaft für Bankenrevision GBR, Basel
14. KOREAG Kontroll & Revisions AG, Basel [1]
15. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
16. Price Waterhouse AG, Zürich
17. Revisa Treuhand AG, Zug
18. Revisionsstelle Berner Regionalbanken, Ostermundigen
19. Revisionsverband schweizerischer Regionalbanken, Zürich
20. Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich
21. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne [1]
22. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

[1]) mit der Allgemeinen Treuhand AG, Basel, verbunden
liée à la Fiduciaire Générale SA, Bâle

[2]) mit der Curator Revision, Zürich, und der Swirex Bancontrol, Zürich, verbunden
liée à Curator Revision, Zurich, et Swirex Bancontrol, Zurich

[3]) mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse, Bâle

2. Nur für Anlagefonds
Uniquement pour fonds de placement

23. Allgemeine Treuhand AG, Basel
24. Columbus Treuhand AG, Basel
25. Curator Revision, Zürich
26. Fidiconsult SA, Fribourg
27. Fidirevisa SA, Lugano
28. Fiduciaire OFOR SA, Genève
29. Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel
30. Société Fiduciaire et de Gérance SA, Genève
31. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
AMCA America-Canada Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
AMERIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
AMERICA-VALOR Schweizerischer Anlagefonds für amerikanische Wertpapiere	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
ANFOS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
ANFOS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
ANGLOVALOR Anlagefonds für englische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
APOLLO-FUND	Tempus Management Co. AG Genferstrasse 8 8027 Zürich

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile
O = Obligationen
I = Immobilien
S = in der Schweiz
E = im Ausland
** = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Stand am 31. Dezember 1988
Etat au 31 décembre 1988

Depotbank ***Banque dépositaire***	***Gründung*** ***Fondation***	***Abschluss*** ***Clôture***	***Art der Anlage*** ***Genre du placement***
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1961	30. September	IS
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyerzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE

Légende: A = actions et autres partes de capital
O = obligations
I = immeubles
S = en Suisse
E = à l'étranger
** = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ASIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
ASIA PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
ASIAVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari dell'Asia e dell'Australia	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
Automation-Fonds	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
BAERBOND Anlagefonds für Obligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
BERNFONDS Anlagefonds für Immobilien	Berninvest AG Weltpoststrasse 17 3000 Bern 15
B-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für festverzinsliche Anlagen in kontinentaleuropäischen Währungen	UBZ Fondsleitung AG Oberdorfstrasse 2 8024 Zürich
BOND-INVEST Obligationenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. September	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz.Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
BONDSELEX Fonds de placement pour valeurs à revenu fixe	Capdirex SA rue Saint-Victor 12 1200 Genève
BOND VALOR D-MARK Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Deutsche Mark lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR £ STERLING Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf £ Sterling lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR SCHWEIZER-FRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizerfranken lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR YEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Yen lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BONDWERT Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 59 8022 Zürich
BRIT-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Grossbritannien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
HandelsBank Nat West Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CANAC Anlagefonds für kanadische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
CANASEC Anlagefonds für kanadische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
CBI-BOND Fonds de placement en obligations	Compagnie de Banque et d'Investissements Boîte postale 171 1211 Genève 3
CBI-INTERCONTINENTAL Fonds de placement en valeurs mobilières internationales	Compagnie de Banque et d'Investissements Boîte postale 171 1211 Genève 3
CENTRALFONDS Zentralschweizerischer Immobilienfonds	Imovag Immobilien Verwaltungs AG Postfach 2263 6002 Luzern
CLAIR-LOGIS Fonds suisse de placements immobiliers **	Investissements collectifs SA rue Centrale 5 1003 Lausanne
CONBAR Anlagefonds für Wandelobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8022 Zürich
CONVERT BOND SELECTION Anlagefonds für Wandelobligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
CONVERT-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in Wandelobligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1952	31. Mai	AE
	1971	31. Dezember	OSE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CONVERT VALOR SCHWEIZERFRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizerfranken lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
CONVERT VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
COOP Anlagefonds fifty-fifty	Coop Anlage-Genossenschaft Postfach 312 4002 Basel
CREDIT SUISSE FONDS-BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Schweiz. Kreditanstalt Postfach 8021 Zürich
CREDIT SUISSE FONDS-INTERNATIONAL Anlagefonds für internationale Werte	Schweiz. Kreditanstalt Postfach 8021 Zürich
CROSSBOW FUND	BVE Capital Management SA rue Robert-Estienne 10 1211 Genève 3
CSF Fund	BVE Capital Management SA rue Robert-Estienne 10 1211 Genève 3
CS GOLD VALOR	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8021 Zürich
DIVERBOND Fonds de placement collectif en obligations	Investarco Compagnie de Gestion et d'Investissements SA avenue de la Gare 4 1003 Lausanne

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE
Banque Indosuez Paris succ. de Lausanne	1971	30. September	OSE

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
D-MARK BOND SELECTION Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
D-MARK-INVEST Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
DOLLAR BOND SELECTION Anlagefonds für US-Dollar-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
DOLLAR-INVEST Anlagefonds für US-$- und can. $-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
ECU BOND SELECTION Anlagefonds für Ecu-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
E-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für europäische Anlagen und Währungen	UBZ Fondsleitung AG Oberdorfstrasse 2 8024 Zürich
ELDERS FONDS DE PLACEMENT AUSTRALIEN Fonds de placement suisse en valeurs mobilières australiennes	Elders (Switzerland) Investment Management SA Postfach 180 2004 Neuenburg
ELDERS FONDS DE PLACEMENT INTERNATIONAL Fonds de placement suisse en valeurs mobilières mondiales	Elders (Switzerland) Investment Management SA Postfach 180 2004 Neuenburg

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
EMETAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
ENERGIE-VALOR Anlagefonds für Werte der Energiewirtschaft	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
EQUIBAER AMERICA Anlagefonds für amerikanische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
EQUIBAER EUROPE Anlagefonds für europäische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
EQUIBAER PACIFIC Anlagefonds für Aktien und Wandelobligationen des pazifischen Raumes	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
ESPAC Anlagefonds für spanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
EURAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
EUREF Fonds suisse de placements en papiers-valeurs	Banque Pariente Rive 12 1211 Genève 3

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1987	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	30. September	ASE
	1963	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
EURIT Investmenttrust für europäische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
EUROPA-VALOR Anlagefonds für europäische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
Europrogramme International **in Liq.**	IFI-Interfininvest SA Via S. Balestra 1 6900 Lugano
Europrogramme International Serie 1969 **in Liq.**	IFI-Interfininvest SA Via S. Balestra 1 6900 Lugano
FACEL FUND Fonds de placement en valeurs nord-américaines et internationales	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
FIR Fonds immobilier romand (Romande Immobilière)	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA rue du Maupas 2 1000 Lausanne
FIR 1970 Fonds immobilier suisse	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA rue du Maupas 2 1000 Lausanne
FLORIN BOND SELECTION Anlagefonds für holländische Gulden-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
Foco International Bond Fund	Foreign Commerce Bank Bellariastrasse 82 8022 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
	1972	31. August	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Foco International Stock Fund	Foreign Commerce Bank Bellariastrasse 82 8022 Zürich
FONCIPARS Série Ancienne	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs rue du Midi 4 1003 Lausanne
FONCIPARS Série II	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs rue du Midi 4 1003 Lausanne
Fonds de placement en obligations de la Banque Scandinave en Suisse	Banque Scandinave en Suisse Rondpoint de Rive 1211 Genève 3
Fonds de placement en valeurs internationales de la Banque Scandinave en Suisse «Intelsec»	Banque Scandinave en Suisse Rondpoint de Rive 1211 Genève 3
FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
FONSELEX Fonds de placement en valeurs internationales	Capdirex SA rue Saint-Victor 12 1200 Genève
FRANCEVALOR Anlagefonds für französische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
FRANCIT Investmenttrust für französische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
	1972	31. August	ASE
Société de Banque Suisse, Lausanne	1943	31. Dezember	IS
Société de Banque Suisse, Lausanne	1961	31. Dezember	IS
	1973	28. Februar	OSE
	1976	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
GAM (CH) America	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GAM (CH) Mondial	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GAM (CH) Pacific	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GERFONDS Fonds de placement en valeurs internationales	Société d'Etudes et de Placements SA, c/o Société Bancaire Julius Baer SA Genève 2, boulevard du Théâtre 1211 Genève 11
GERMAC Anlagefonds für deutsche Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GERMANIAVALOR Anlagefonds für deutsche Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
GESTI CH Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
GESTIVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
GLOBINVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève Genève	1958	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1987	30. Juni	AS
Banca del Gottardo Lugano	1977	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
GOLD-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GOLD PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
GROBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
GULDEN-INVEST Anlagefonds für Gulden-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
HELVETBAER Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
HELVETINVEST Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
Hentsch-Swiss Franc Bond Portfolio	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
HOLLAND-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in den Niederlanden	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
IFCA Immobilien-Anlagefonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG Weltpoststrasse 19 3000 Bern

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1972	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1986	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
IMMOFONDS Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	AG für Fondsverwaltung Poststrasse 12 6300 Zug
IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Pelikanplatz 15 8000 Zürich
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Case postale 4002 Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
JAPAC FUND Fonds de placement en valeurs mobilières du Japon et de la zone du Pacifique	Gérifonds SA 11, rue de la Corraterie 1211 Genève

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
HandelsBank Nat West Zürich	1955	30. Juni	IS
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1970	30. Juni	AE

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
JAPAN-INVEST Anlagefonds für japanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
JAPAN-PORTFOLIO Schweizerischer Anlagefonds für japanische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
J-FUND Schweizerischer Wertschriften-fonds für japanische Anlagen und diverse Währungen	UBZ Fondsleitung AG Oberdorfstrasse 2 8024 Zürich
LA FONCIERE Fonds suisse de placement immobilier	Investissements Fonciers SA Case postale 1000 Lausanne 13
Leu-Ausschüttungs-Fonds	Leu Fondsleitung AG Bahnhofstrasse 32 8001 Zürich
Leu-Wertzuwachs-Fonds	Leu Fondsleitung AG Bahnhofstrasse 32 8001 Zürich
Lloyds International Dollar Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Europe Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Growth Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1976	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
Lloyds International Income Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International North America Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Pacific Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
M-AUSSCHÜTTUNGS-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für multinationale Anlagen	UBZ Fondsleitung AG Oberdorfstrasse 2 8024 Zürich
M-FUND Schweiz. Wertschriftenfonds für multinationale Anlagen	Überseebank AG Postfach 8024 Zürich
MULTIAMERICA Fondo d'investimento in valori nordamericani	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND DM Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in marchi tedeschi	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND FRS Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in franchi svizzeri	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND INTERNATIONAL Fondo d'investimento in obbligazioni internazionali	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1973	30. September	OSE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	AE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	31. Dezember	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
	1985	31. Dezember	ASE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
MULTIBOND US-$ Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in dollari USA	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIHELVETIA Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTINIPPON Fondo d'investimento in valori mobiliari giapponesi	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
OBLIGESTION	Banque Paribas (Suisse) SA Case postale 1211 Genève 11
OP-INVEST	Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG Postfach 8022 Zürich
PACIFIC-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen im pazifischen Raum	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
PACIFIC-VALOR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in Japan und weiteren Anrainerstaaten des Pazifiks	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
PARFON Fonds de participations foncières suisses, Genève	Sofid SA Rue de la Fontaine 5 1211 Genève 3
PARJAPON	Banque Paribas (Suisse) SA Case postale 1211 Genève 11

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS
	1986	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
PARSUISSE	Banque Paribas (Suisse) SA Case postale 1211 Genève 11
PAZIFIKWERT Anlagefond für Werte des pazifischen Raumes	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 58 8022 Zürich
PHARMAFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
POLY-BOND-INTERNATIONAL	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
RBC Dollar Prime Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) rue Diday 6 1211 Genève 11
RBC Government Securities Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) rue Diday 6 1211 Genève 11
RBC Swiss Franc Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) rue Diday 6 1211 Genève 11
RBC Worldwide Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) rue Diday 6 1211 Genève 11

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
	1986	31. März	AS
HandelsBank Nat West Zürich	1986	31. Januar	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. September	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	31. Mai	OSE
	1988	31. Dezember	OSE
	1987	31. März	OSE
	1988	31. Dezember	OSE
	1987	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
REALITE Fonds de placement immobilier	Sogefonds SA 20, rue de la Corraterie 1200 Genève
RENTVALOR Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
RENTVALOR 75 Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
RENTVALOR US-$ Fondo di investimento in obbligazioni espresse in US-$	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
REVIT Immobilienfonds bernischer Banken **	Revit AG Bern Kapellenstrasse 5 3000 Bern
ROMETAC-INVEST Fonds für internationale Anlagen in Rohstoff- und Energiewerten	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SAFIT South Africa Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SAMURAI PORTFOLIO	Gertrust SA rue de la Cité 22 1200 Genève
«SBC 100» Index-Fund Switzerland Anlagefonds basierend auf dem «SBV 100»-Index der Schweizer Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	1959	30. September	IS
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1975	30. September	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1985	30. September	OE
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Hentsch & Cie, Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SCHWEIZERAKTIEN Anlagefonds für Schweizerwerte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
Schweizerischer Liegenschaften- Anlagefonds Swissreal	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SEAPAC FUND	Gérifonds SA 11, rue de la Corraterie 1211 Genève
SFR-BAER Anlagefonds für Schweizerfranken- Auslandobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
SIAT Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Postfach 459 4600 Olten
SIAT 63 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Postfach 459 4600 Olten
SIMA Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SKANDINAVIEN-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank ***Banque dépositaire***	***Gründung*** ***Fondation***	***Abschluss*** ***Clôture***	***Art der Anlage*** ***Genre du placement***
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1973	30. Juni	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	30. September	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SOGENAL-ZÜRICH Anlagefonds für internationale Werte	Sogenal Fondsleitung AG Bleicherweg 1 8022 Zürich
SOLVALOR 61 Fonds de placement immobilier	Solvalor SA Avenue Mon Repos 14 1000 Lausanne
STERLING BOND SELECTION Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
STERLING-INVEST Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
STOCKBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
SWISSAC Anlagefonds für Schweizer Dividendenwerte	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
SWISSBAR Anlagefonds für Schweizer Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
SWISSCA INTERPART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSCA INTERRENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne

Depotbank Banque dépositaire	Gründung Fondation	Abschluss Clôture	Art der Anlage Genre du placement
Société Générale Alsacienne de Banque Strasbourg, succursale de Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1988	31. März	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSCA PART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSCA RENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSFONDS 1 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds (geschlossen)	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISSFONDS 2 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISSFONDS 10 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds **	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISS FOREIGN BOND SELECTION Anlagefonds für Schweizerfranken-Auslandobligationen und Notes	Interfonds, Internationale Investmentgesellschaft Postfach 4002 Basel
SWISS FRANC BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte, lautend auf Schweizerfranken	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
SWISS FRANC-INVEST Anlagefonds für Schweizerfranken-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSIMMOBIL 1961 Anlagefonds für Schweizerische Immobiliarwerte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSIMMOBIL, NEUE SERIE Schweizerische Immobiliar-Anlagen	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSIMMOBIL SERIE D Immobilien-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSINVEST Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Adimosa AG Dufourstrasse 21 4052 Basel
SWISS RE GLOBAL FUND	Schweizer Rück Fondsleitung AG Mythenquai 50/60 8022 Zürich
SWISSVALOR Neue Serie, Anlagefonds für schweizerische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
UNIM Fonds de placements immobiliers **	Progestfonds SA rue de la Fontaine 5 1204 Genève
UNIVERSAL BOND SELECTION Internationaler Anlagefonds für Obligationen und aus Wandelrechten bezogene Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
UNIVERSAL FUND Fonds de placement en actions des pays industriels européens et d'outre-mer	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UNIWERT Anlagefonds für Wertschriften	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 58 8022 Zürich
USSEC Anlagefonds für amerikanische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
UTO Immobilienfonds	Uto Fondsverwaltung AG Beethovenstrasse 24 8002 Zürich
VALCA Wertschriftenfonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
WERT-INVEST Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds **	Wert-Invest AG Rennweg 50 4020 Basel
YEN BOND SELECTION Anlagefonds für Yen-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
YEN-INVEST Anlagefonds für Yen-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank ***Banque dépositaire***	***Gründung*** ***Fondation***	***Abschluss*** ***Clôture***	***Art der Anlage*** ***Genre du placement***
HandelsBank Nat West Zürich	1973	31. Januar	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1951	31. August	AE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz (Art. 2 AuslAFV)

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
* Barclays Unibond Trust	Jersey
* Barclays Uni-American Growth Trust	Jersey
BIL US-Dollar Cash Fund	Grand Cayman
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 8	Luxembourg
Canafund	Luxembourg
Capital International Fund SA	Luxembourg
Citinvest Ecu Income	Luxembourg
Citinvest Guardian US-$	Luxembourg
Citinvest Guardian Euro	Luxembourg
Citinvest Liquidity	Luxembourg
Citinvest Managed Growth Euro	Luxembourg

* untersteht überhaupt keiner oder einer der schweizerischen nicht ebenbürtigen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

Bewilligungsträger ***Autorisation délivrée à***	***Abschluss*** ***Clôture***
Barclays Bank SA, Genève	31. Mai
Barclays Bank SA, Genève	30. September
Schweiz. Depositen- und Kreditbank, Basel	31. Dezember
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
TDB American Express Bank, Genève	30. Oktober
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Chase Manhattan Bank (Suisse), Genève	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse sur les fonds de placement ou n'est l'objet d'aucune surveillance

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Citinvest Managed Growth US-$	Luxembourg
Citinvest Selector	Luxembourg
CS Ecu Bond	Luxembourg
CS Gulden Bond	Luxembourg
CS Money Market Fund DM	Luxembourg
CS Money Market Fund £ Sterling	Luxembourg
CS Money Market Fund US-Dollar	Luxembourg
CS Money Market Fund YEN	Luxembourg
CS Prime Bond	Luxembourg
CS Short-Term Bond DM	Luxembourg
CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxembourg
* D-MARK-BAER, Julius Baer D-Mark Bond Fund Ltd	Cayman Islands
* DOLLAR BAER, Julius Baer U.S. Dollar Bond Fund Ltd	Cayman Islands
Fidelity Global Industries Fund	Luxembourg
First Liechtenstein Swiss Fonds	Liechtenstein
* Formula Selection Fund	Panama
Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
* Hentsch Portfolios Ltd, classe A US Dollar Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
* Hentsch Portfolios Ltd, classe B Yen Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
Integra Fund	USA
* International Income Fund Unit A	Jersey
* International Income Fund Unit B	Jersey
* International Income Fund Long Term Unit	Jersey

Bewilligungsträger ***Autorisation délivrée à***	***Abschluss*** ***Clôture***
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	31. Juli
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Privat Kredit Bank, Zürich	31. Juli
HandelsBank Nat West, Zürich	31. Dezember
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Rothschild Bank AG, Zürich	30. September
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxembourg
Interspezial II	Deutschland
Interzins	Deutschland
Investa	Deutschland
* ITF Fund N. V.	Antilles néerlandaises
* Japan Selection Fund	Panama
* Kleinwort Benson International Fund N. V.	Antilles néerlandaises
* Liquibär, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Smaller Companies Fund	Luxembourg
* Mercury Eurobond Fund Ltd	Bermudas
Multinvest International SA	Luxembourg
Nippon Dynamik Fonds	Deutschland
Obli-Dollar	Luxembourg
* Obliflex Limited Convertibles	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., court terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., moyen terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E. U., long terme	Jersey
* Obliflex Limited Florin néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge	Jersey
* Obliflex Limited Franc français	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse	Jersey
* Obliflex Limited Livre sterling	Jersey

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	30. September
Banque Kleinwort Benson SA, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Lloyds Bank International Ltd, Londres, succ. de Genève	31. Dezember
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	30. September
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	30. September
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
* Obliflex Limited Multidevises	Jersey
Obliflex Limited Multidevises en dollars US, à distribution	Jersey
Obliflex Limited Multidevises en francs suisses, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises suisses	Jersey
Obliflex Limited Obligations en Deutsche Mark, à distribution	Jersey
Obliflex Limited Obligations en dollars canadiens	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais	Jersey
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne	Jersey
Rentak Fonds	Deutschland
Rentex Fonds	Deutschland
SCI/TECH SA	Luxembourg
SoGen International Fund Inc.	USA
Swiss Bank Corporation US-Dollar Money Market Fund	Luxembourg
* Techno-Growth Fund	Panama
Turquoise Fund	Luxembourg
UBS Money Market Invest £ Sterling	Luxembourg
UBS Money Market Invest US Dollar	Luxembourg
Unico Investment-Fund	Luxembourg
Unifonds	Deutschland

Bewilligungsträger ***Autorisation délivrée à***	***Abschluss*** ***Clôture***
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Société Générale Alsacienne de Banque, Strasbourg Zweigniederlassung Zürich	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	31. August
Mirabaud & Cie, Genève	31. März
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
DG Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
Uniglobal	Deutschland
Unikapital	Deutschland
Unirak	Deutschland
Unirenta	Deutschland
Unispecial I	Deutschland
Unizins	Deutschland
* US Treasury Securities Fund Ltd Short term shares	Guernsey
* US Treasury Securities Fund Ltd fixed income shares	Guernsey
Wardley Global Selection Australasia Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Canada Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Europe Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Hong Kong Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Japan Equity Fund	Luxembourg

Bewilligungsträger ***Autorisation délivrée à***	***Abschluss*** ***Clôture***
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich	31. März
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. März
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
Wardley Global Selection Singapore & Malaysia Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection UK Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection USA Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Deutsche Mark Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection ECU Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Japanese Yen Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Sterling Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection US Dollar Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Sterling Money Market Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection US Dollar Money Market Fund	Luxembourg
World Fund SA	Luxembourg

Bewilligungsträger ***Autorisation délivrée à***	***Abschluss*** ***Clôture***
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
Lombard, Odier & Cie, Genève	30. April

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes (institutions de revision et fonds de placement) 73

Version française 133

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds) 73

Französische Fassung 133

Table des matières Page

Abréviations 139

Commission des banques et Secrétariat 140

I. Introduction 141

II. Points essentiels 142

III. Surveillance des banques 144

1. Revision de l'ordonnance sur les banques 144
   1.1 Champ d'application de la loi sur les banques 144
   1.2 Affaires hors bilan 145
   1.3 Nouvelles prescriptions sur les liquidités 146

2. Circulaires 147
   2.1 Répartition des risques 147
   2.2 Plafond de répartition des risques pour les avances des banques en mains étrangères à d'autres banques du groupe 148
   2.3 Revision interne (inspectorat) 149
   2.4 Options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions 150

3. Pratique de l'autorité de surveillance 152
   3.1 Garantie d'une activité irréprochable 152
      3.1.1 Blanchissage d'argent 152
      3.1.2 Convention de diligence 1987 156
      3.1.3 Législation sur les opérations d'initiés 159
   3.2 Risques-pays 160
   3.3 Banques en mains étrangères 161
      3.3.1 Réciprocité 161
         3.3.1.1 Japon 162
         3.3.1.2 Liste des Etats garantissant la réciprocité 163

3.3.2 Domination étrangère 163
3.4 Problèmes d'assujettissement 165
3.5 Brokers étrangers 167
3.6 Sociétés de revision agréées 168
3.6.1 Tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement 168
3.6.2 Changement d'organe de revision 169
3.7 Clarté et sincérité du bilan 172
3.7.1 Dissolution de réserves latentes/ Pertes sur titres 172
3.7.2 Pertes de cours sur des actifs en monnaies étrangères 173

4. Relations avec d'autres Autorités et Associations 174
4.1 Autorités fédérales 174
4.2 Banque Nationale Suisse 175
4.3 Associations 175
4.4 Commission de surveillance CDB 176
4.5 Conférence des institutions de revision 176
4.6 Banques régionales 177

5. Affaires internationales 177
5.1 Uniformisation de la mesure et des normes de fonds propres 177
5.2 Collaboration avec la Banque d'Angleterre concernant le Financial Services Act 178
5.3 Autorités de surveillance étrangères 179
5.4 Communauté européenne 180

6. Affaires traitées (statistique) 181
6.1 Séances 181
6.2 Décisions 181
6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques 182

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi 182
7.1 Etat à la fin 1988 182
7.2 Autorisations délivrées en 1988 183
7.3 Cessation de l'activité 184

IV. Surveillance des fonds de placement 186

1. Revision de la loi fédérale sur les fonds de placement 186

2. Nouveau règlement modèle
et nouvelle circulaire no 18 186
2.1 Nouveau règlement modèle 186
2.2 Nouvelle circulaire no 18 187
2.2.1 Opérations permises 187
2.2.2. Régime transitoire 188

3. Pratique de l'autorité de surveillance 189
3.1 Fonds de placement immobiliers 189
3.1.1 Evaluation de la valeur vénale des immeubles 189
3.1.2 Rapport des reviseurs sur l'évaluation des valeurs vénales 190
3.1.3 Emission de parts avec droit de souscription 191
3.1.4 Limitation des placements permis en papiers-valeurs 192
3.1.5 Immeubles détenus en copropriété par plusieurs fonds 192
3.2 Portefeuilles collectifs internes des banques 193
3.3 Europrogramme 194

4. Relations avec Autorités et des Associations 195
4.1 Interventions parlementaires 195
4.2 Entretiens avec l'Association suisse des banquiers 195

5. Affaires internationales 196
5.1 Directive du Conseil des Communautés européennes 196
5.2 Groupe de contact 196

6. Affaires traitées 197

7. Développement des fonds de placement en 1988 197

V. Surveillance des lettres de gage 199

1. Modification de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage 199

2. Revision des centrales d'émission de lettres de gage 199

VI. Commission des banques et Secrétariat 200

1. Commission des banques 200

2. Secrétariat 200

3. Comptes annuels 201

Listes 73

Institutions de revision reconnues
- pour banques et fonds de placement
- uniquement pour fonds de placement

Fonds de placement suisse
Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse

Abréviations

CDB	Convention du 1er juillet 1987 relative à l'obligation de diligence des banques
CPS	Code pénal suisse du 21 décembre 1937 (RS 311.0)
DPA	Loi fédérale sur le droit pénal administratif du 22 mars 1974 (RS 313.0)
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 25 juin 1930 sur l'émission des lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance d'exécution du 17 mai 1972 de la loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFP	Ordonnance du 20 janvier 1967 sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFP étr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission des lettres de gage (RS 211.423.41)
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président
Hermann Bodenmann, docteur en droit, Brigue

Vice-président
Alain Hirsch, docteur en droit, professeur à l'Université, Genève

Membres
Amilcare Berra, docteur en sciences politiques, Montagnola
Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich
Peter Nobel, professeur à l'Université, Zurich
Hans Schmid, docteur en sciences politiques, professeur à l'Université, St-Gall
Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur
Kurt Hauri, docteur en droit

Service juridique
Daniel Zuberbühler, avocat, directeur-suppléant

Service des autorisations
Romain Marti, sous-directeur

Service de revision
Kurt Lindegger, sous-directeur

Service des fonds de placement
André Cornu, docteur en sciences économiques

Adresse

Marktgasse 37, Case postale, 3001 Berne
Téléphone 031/61 69 11, Télex 912 449, Téléfax 031/61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières: les banques (art. 23 al. 1 LB), les fonds de placement (art. 40 LFP en liaison avec l'art. 23 al. 1 LB) et les lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1988, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance ainsi que celle des institutions de revision agréées par la Commission des banques pour la revision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du systéme bancaire suisse. A ce sujet, on se réfèrera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1988» qui paraîtra en automne 1989. A côté de commentaires des données statistiques, elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

En plus de ce rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (dernier fascicule 1988: Bulletin CFB 18).

II. Points essentiels

La Commission des banques a soumis au Département fédéral des finances à l'attention du Conseil fédéral un projet de revision de l'ordonnance de la loi sur les banques. Certaines «para-banques» de même que les maisons d'émission seraient désormais considérées comme des banques, et donc soumises à la loi. Le Département fédéral des finances a ouvert une procédure de consultation, dont les résultats seront connus au printemps 1989.

Au mois de novembre 1988, une instruction pénale conduite par le Ministère public tessinois et dirigée contre différents courriers et agents de change libanais a fait grand bruit auprès du public. Quelques banques ont été soupçonnées d'avoir facilité le blanchissage d'argent par négligence. La Commission des banques a immédiatement ouvert une enquête afin d'examiner si ces reproches étaient fondés. A la fin de l'année, l'enquête n'était pas encore terminée. A la suite de cette affaire, il a été parfois demandé que les obligations prévues par la convention de diligence signée par les banques soient réglées au niveau de l'ordonnance sur les banques ou même de la loi sur les banques. Une telle solution n'apporterait toutefois pas d'amélioration; la loi offre en effet aujourd'hui à la Commission des banques suffisamment de possibilités d'interventions idoines et souples. La Commission des banques salue toutefois la volonté du Conseil fédéral d'introduire le plus tôt possible dans le Code pénal une norme réprimant le blanchissage d'argent.

Le problème de l'endettement international n'est toujours pas résolu. La Commission des banques continue donc à exiger des provisions forfaitaires pour tous les avoirs sur des pays confrontés à des difficultés. Elle a cependant introduit, à partir du 31 décembre 1989, le calcul des provisions requises sur la base de deux taux différents. Le taux général de provisions a été élevé à 50%. Simultanément, un taux réduit à 10% a été fixé pour les engagements commerciaux à court terme d'une durée originelle maximale de 360 jours.

Une enquête de la Commission des banques a permis de constater que les résultats publiés en 1987 par les banques excédaient en général les bénéfices effectivement réalisés et que la part du bénéfice distribué avait augmenté malgré la baisse des résultats. Il est difficile de dire aujourd'hui si cette situation résulte uniquement du krach boursier ou s'il s'agit d'une tendance durable. Dans ce contexte, la

Commission des banques examine s'il convient de revoir ses directives sur la publication de la dissolution de réserves latentes.

De divers côtés, des critiques se sont élevées à l'encontre de l'estimation de la valeur vénale des immeubles appartenant à des fonds immobiliers. La Commission des banques examine les critiques formulées et mettra en oeuvre le cas échéant les moyens actuellement à sa disposition pour assurer qu'une estimation des immeubles soit faite conformément au droit.

La Commission des banques a édicté une nouvelle circulaire dans le domaine des fonds de placement en valeurs mobilières. Celle-ci élargit considérablement les possibilités de placements en options, «Financial Futures» et instruments financiers sur indices.

III. Surveillance des banques

1. Revision de l'ordonnance sur les banques

1.1 Champ d'application de la loi sur les banques

La Commission des banques a soumis au Département fédéral des finances, à l'attention du Conseil fédéral, un projet de modification de l'ordonnance sur les banques. Ce projet a été discuté et approuvé par la Banque Nationale Suisse. Il prévoit d'élargir la notion de banque à certaines «para-banques», afin que ces dernières soient assujetties à la loi sur les banques et par là-même à la surveillance bancaire. Le Département des finances a demandé aux milieux interessés de prendre position sur ce projet jusqu'à fin février 1989.

Les motifs qui ont poussé la Commission des banques à reviser l'ordonnance sur les banques et les caractéristiques essentielles de ce projet ont été présentés de manière circonstanciée dans le rapport de gestion 1987 (p. 143 ss.). Pour la première fois, la notion légale de banque devrait être définie dans l'ordonnance. Il est prévu cependant une définition exemplative et non pas exhaustive. La notion traditionnelle de banque n'est reprise que pour des raisons systématiques. La Commission des banques pourra ainsi, même après l'entrée en vigueur de la nouvelle ordonnance, réagir de manière souple à de nouveaux changements. Selon le projet, les intermédiaires financiers effectuant de manière importante des opérations impliquant une marge d'intérêt ou des opérations hors bilan avec plusieurs partenaires, de même que les maisons d'émission, seraient désormais considérées comme des banques, même s'ils n'acceptent pas de dépôts de la part du public. Cela devrait conduire à assujettir à la loi sur les banques environ cinquante sociétés, pour autant qu'un certain nombre de ces sociétés n'évite pas l'assujettissement par un changement d'activité. Les sociétés nouvellement touchées seraient des banques au sens strict. Toutes les dispositions de la loi sur les banques leurs seraient ainsi applicables. Dans des cas particuliers, la loi et l'ordonnance donnent cependant à la Commission des banques un pouvoir d'appréciation pour trouver des solutions adaptées. Quant aux sociétés en mains étrangères existantes, elles ne devraient pas bénéficier de «droits acquis» en ce qui concerne l'exigence de réciprocité. Les dispositions transitoires souples de la nouvelle ordonnance et une prati-

que correspondante lors de l'application de la condition de réciprocité devraient éviter cependant des conséquences trop dures.

Le projet de la Commission des banques s'inscrit en droite ligne dans l'idée souvent répétée ces derniers temps qu'il est nécessaire d'exercer une surveillance générale du marché financier. La proposition de la Commission des banques répond à ce postulat dans la mesure où, par l'assujettissement des maisons d'émission, certains intermédiaires sur le marché des capitaux sont ainsi assujettis à la surveillance. Les possibilités d'une surveillance du marché financier avec la loi sur les banques sont cependant limitées. Le projet apporterait uniquement pour les maisons d'émission des standards minimaux qualitatifs et financiers. Par contre, la surveillance bancaire ne pourrait créer que dans une mesure limitée des règles relatives aux activités particulières des instituts assujettis. De plus, l'activité des gérants de fortune non soumis aujourd'hui à la loi devra être délimitée par rapport à l'activité bancaire proprement dite. D'ailleurs, après l'entrée en vigueur de la nouvelle ordonnance, de nombreuses activités sur le marché financier resteront encore sans surveillance: ainsi la gérance de fortune au sens strict, le conseil en placement de même que le commerce de papiers-valeurs ou d'autres instruments financiers, de marchandises et d'immeubles.

1.2 Affaires hors bilan

En été 1986, la Commission des banques a institué un groupe de travail dont la tâche était d'analyser de façon systématique, sous l'aspect juridique et économique, les risques inhérents aux affaires hors bilan des banques et de soumettre des propositions sur la façon de les traiter sous l'angle de la surveillance bancaire (cf. rapport de gestion 1986 p. 123, 1987 p. 147). Les travaux de ce groupe ne sont pas encore terminés. Outre les travaux préparatoires de la circulaire de la Commission des banques du 2 novembre 1988 concernant les «options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions» (cf. ch. 2.4 p. 150), ce groupe s'est occupé exclusivement de la question centrale des exigences en fonds propres pour les affaires hors bilan. Pour se faire, il a comparé l'étude faite par l'Institut d'économie bancaire suisse de l'Université de Zurich (rapport de gestion 1987 p. 149 s.) et un modèle de couverture élaboré au sein de la Banque Na-

tionale Suisse. Il a également pris en considération le document de juillet 1988 établi par le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux intitulé «Convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres» (cf. ch. 5.1 p. 177). Sur la base de ces comparaisons, le comité du groupe de travail élabore actuellement une proposition de revision partielle des dispositions relatives aux fonds propres de l'ordonnance de la loi sur les banques.

Selon la conception de la Commission des banques, les efforts pour une couverture en fonds propres des affaires hors bilan sont menés de manière indépendante de l'objectif poursuivi par le modèle de convergence internationale précité. Les taux minimaux proposés par ce modèle ne doivent pas conduire à un nivellement par le bas et finalement à une diminution des exigences suisses en matière de fonds propres. La position de nos banques dans la concurrence internationale sera indirectement améliorée si les prescriptions en vigueur dans d'autres pays sont augmentées pour atteindre les exigences minimales internationales proposées. Il n'est toutefois pas exclu, dans le cadre des exigences en fonds propres adaptées aux risques de toutes les affaires hors bilan, qu'il y ait en même temps une discussion d'une part sur une diminution de certains taux choisis dans divers domaines déterminés du bilan et, d'autre part, sur une prise en considération accrue comme fonds propres des prêts et emprunts subordonnés, y compris la définition de ceux-ci.

L'adaptation des prescriptions suisses en matière de fonds propres à la structure du modèle de convergence internationale est réservée pour des travaux ultérieurs (cf. ch. 5.1 p. 177).

1.3 Nouvelles prescriptions sur les liquidités

Sur proposition de la Commission des banques et de la Banque Nationale Suisse, la modification décidée par le Conseil fédéral le 25 novembre 1987 de l'ordonnance de la loi sur les banques relative aux prescriptions sur les liquidités (art. 15 – 20 OB) est entrée en vigueur le 1er janvier 1988 (cf. rapport 1987 p. 142 s.). Les premières expériences relatives à l'ordonnance modifiée concernent en premier lieu les prescriptions sur la liquidité de caisse pour laquelle il existe des

données statistiques compte tenu du fait que la Banque Nationale Suisse récolte et analyse chaque mois l'état de la liquidité. Les avoirs en compte de virement des banques auprès de la Banque Nationale ont diminué d'environ trois milliards de francs. Malgré cela, les disponibilités existantes des banques ont atteint presque le double des exigences en matière de liquidité, bien que ces dernières aient été fortement diminuées par la revision de l'ordonnance. Les fluctuations de demandes ont pratiquement disparu à la fin des mois ordinaires alors qu'il existe toujours à la fin du trimestre, à cause du «window dressing», un certain décalage de la demande qui est très difficile à estimer faute d'expérience suffisante.

Ce n'est qu'au cours de l'année 1989 que la Commission des banques s'occupera des conséquences des prescriptions sur la liquidité globale et des problèmes d'interprétation qui seront apparus puisqu'ils ressortiront pour la première fois des rapports de revision de l'année 1988. Une attention particulière sera vouée à l'application des nouvelles prescriptions sur les gros risques du côté passif d'une part (art. 18 al. 2 OB) et à la liquidité adéquate dans le cadre des groupes bancaires d'autre part (art. 18 al. 3 OB). Lorsqu'il apprécie plus particulièrement le point de savoir s'il existe une répartition adéquate des risques pour les engagements à court terme, l'organe de revision agréé dispose d'un pouvoir d'appréciation considérable mais aussi d'une responsabilité correspondante.

2. Circulaires

2.1 Répartition des risques

Dans le cadre de la revision générale et de la standardisation des circulaires existantes, il est procédé à une revision de la circulaire no 1 du 19 septembre 1972. La nouvelle circulaire devrait d'une part être un instrument de travail pratique au service du banquier et, d'autre part, dans le même temps remplir sa fonction en tant que circulaire de la Commission des banques.

La circulaire prescrira aux banques et sociétés de revision l'importance fondamentale du devoir d'annonce en cas de gros engagements selon l'art. 21 OB. Les notions fondamentales de la disposition

d'exécution précitée ainsi que le moment de l'annonce seront commentés de manière plus précise. Au surplus, le contenu de l'annonce ainsi que la manière d'agir lors de modification d'engagements déjà annoncés seront réglés.

Des cas particuliers d'application, comme par exemple les engagements des groupes bancaires étrangers envers des banques en mains étrangères en Suisse (cf. ch. 2.2 ci-dessous), sont régis par d'autres circulaires.

2.2 Plafond de répartition des risques pour les avances des banques en mains étrangères à d'autres banques du groupe

Les filiales suisses de banques étrangères entretiennent des relations privilégiées avec leur maison-mère et d'autres sociétés du groupe à l'étranger. La Commission des banques a toutefois eu l'occasion de préciser que les placements auprès de la banque-mère ne constituaient pas une raison spéciale d'autoriser d'une manière générale les dépassements de plafonds de l'art. 21 OB (Bulletin CFB 15 p. 23 ss). Ces dernières années, la Commission des banques a dû faire face à une multiplication d'annonces de dépassement en relation avec les opérations interbancaires du groupe. Après avoir consulté l'Association suisse des banques étrangères, les grandes banques et après avoir examiné la pratique d'autres autorités étrangères de surveillance, elle a rédigé à cet effet une circulaire datée du 5 juillet 1988 et entrée en vigueur le 1er septembre suivant.

Cette circulaire s'applique uniquement aux engagements à court terme jusqu'à un an d'échéance soit de la banque-mère étrangère soit d'une autre banque du même groupe (ci-après: la banque étrangère). La Commission des banques autorise des engagements à court terme de la banque étrangère jusqu'à 300% des fonds propres de la banque en Suisse pour autant que le montant qui excède le plafond de 100% des fonds propres soit couvert par des avoirs compensables de la banque étrangère ou d'une autre société du groupe bancaire étranger auprès de la banque en Suisse. La partie des engagements de la banque étrangère qui dépasse les 100% de fonds propres doit en tout temps être couverte à 120% au minimum soit par des avoirs compensables de ladite banque, soit par des avoirs com-

pensables d'une autre société du groupe bancaire étranger auprès de la banque en Suisse. Sont réputés compensables uniquement les avoirs mentionnés dans une convention de compensation conclue en la forme écrite conformément au modèle annexé à la circulaire entre la banque en Suisse et le créancier concerné (soit la banque étrangère ou une autre société du groupe bancaire étranger). Cette circulaire précise encore les modalités du devoir d'annonce et fixe un délai expirant au 1er septembre 1989 pour que les banques concernées s'y conforment. Jusqu'à cette date, les engagements de la banque étrangère, respectivement du groupe bancaire étranger, qui ne remplissent pas les conditions fixées par l'autorité de surveillance pour bénéficier d'une dérogation à l'art. 21 OB, devront être réduits à hauteur du plafond de 100% des fonds propres.

2.3 Revision interne (inspectorat)

Le 3 octobre 1988, la Commission des banques a remplacé l'ancienne circulaire no 29 «Contrôle interne des banques» du 28 octobre 1970 par une nouvelle circulaire intitulée «Revision interne (inspectorat)». Celle-ci est entrée en vigueur le 1er décembre 1988. Elle tient compte des résultats de l'enquête effectuée en 1986 par les sociétés de revision sur l'étendue de la revision interne et externe (rapport de gestion 1986 p. 119, 1987 p. 176 ss., Bulletin CFB 18, p. 30 ss.). Le but de cette circulaire est le renforcement qualitatif et quantitatif de la revision interne en tant que partie du système de contrôle interne des banques. Une banque doit instituer un organe de revision interne:

a) lorsqu'elle occupe 50 collaborateurs et plus ou
b) lorsque la somme de son bilan est supérieure à frs 600 mio. ou
c) lorsqu'elle garde en dépôt ou gère des fonds de clients de plus de frs 1 milliard ou
d) lorsqu'elle dispose, à côté du siège principal, d'un ou plusieurs comptoirs ou
e) lorsqu'elle domine directement ou indirectement des établissements actifs dans les domaines bancaire et financier.

Lorsque l'institution d'un organe de revision interne ne paraît pas approprié, les banques qui remplissent les critères précités et qui devraient ainsi instituer un organe de revision interne peuvent confier ce

mandat à un tiers (plus précisement à la banque-mère lorsque celle-ci est une banque, à l'organe de revision agréé ou à des tiers qui peuvent justifier de connaissances approfondies en matière d'affaires et de revision bancaires). Les banques peuvent aussi requérir de la Commission des banques l'exemption de cette obligation.

2.4 Options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions

Au mois de mai 1988, la Swiss Options and Financial Futures Exchange SA (SOFFEX) a commencé le commerce électronique de contrats d'options standardisés sur actions et autres titres de participation. Vers la fin de l'année, le marché a été étendu aux indices d'actions. Autrefois uniquement traités sur des bourses d'options étrangères, ces instruments financiers vont connaître une diffusion sensiblement plus importante auprès de la clientèle des banques suisses. Cela aura pour conséquence que des petits ou moyens instituts bancaires participeront aussi à ce marché pour leur propre compte ou à tout le moins pour le compte de leurs clients. Le marché des options présuppose que les banques ont une organisation administrative adaptée aux risques de cette activité ainsi qu'un personnel suffisamment qualifié. C'est pourquoi, à la suggestion de la Commission des banques, l'Association suisse des banquiers a édicté le 8 avril 1988 à l'attention de ses membres des «Directives et commentaire concernant le commerce des options négociables» contenant des prescriptions relatives aux obligations de la banque vis-à-vis de sa clientèle, plus particulièrement en matière d'information, de surveillance des risques et de la répartition lors de l'exercice d'options. Encouragées par la Commission des banques, ces directives renferment ensuite des recommandations sur la formation de base et la formation continue des collaborateurs chargés du conseil à la clientèle et de la gestion de patrimoines. Elles traitent également des problèmes d'organisation et de contrôle internes.

De son côté, dans sa nouvelle circulaire sur les «options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions» entrée en vigueur le 1er décembre 1988, la Commission des banques clarifie certaines questions relatives à la surveillance bancaire. La circulaire s'ap-

plique tout d'abord aux transactions en bourse de contrats d'options standardisés. Elle s'applique également par analogie, dans la mesure où aucune règlementation plus sévère n'est expressément prescrite, aux transactions hors-bourse d'options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions de même qu'au commerce des certificats d'options (warrants) qui est assimilé à ces transactions. En plus de la standardisation des contrats d'options, deux autres conditions doivent être remplies pour les options traitées en bourse. Premièrement, la bourse d'options doit être soumise à une surveillance adéquate. Vu qu'aucune surveillance étatique n'est exercée sur la SOFFEX, il convient d'exiger une surveillance privée suffisante portant sur le marché et surtout sur les participants. Deuxièmement, la bourse doit garantir une sécurité financière comparable à celle de la SOFFEX pour le déroulement et l'exécution correctes des contrats d'options. Cela n'est le cas que si la bourse dispose d'une organisation de clearing soit participant à chaque transaction directement soit garantissant les engagements pris par les membres du clearing. L'Association suisse des banquiers en collaboration avec la SOFFEX établira à l'attention des banques et des sociétés de revision une liste non exhaustive et non contraignante énumérant les bourses d'options étrangères qui remplissent les conditions précitées.

Selon le droit en vigueur, la couverture par des fonds propres des options sur actions se limite aux comptes de marges figurant au bilan de la banque ainsi qu'aux primes sur options payées par elle. Selon la circulaire, les marges déposées par des «clearing members» auprès de la SOFFEX ou de l'organisation de clearing d'une autre bourse d'options doivent toujours être considérées comme des avoirs en banque jusqu'à 90 jours d'échéance.

La circulaire contient ensuite une règlementation et des explications détaillées relatives à l'application des prescriptions sur la répartition des risques en matière d'options sur actions et d'options sur indices d'actions. Un engagement au sens des prescriptions sur la répartition des risques existe d'une part lors d'achats d'options pour le compte de la banque mais il est toutefois limité à hauteur de la prime versée. Il existe d'autre part un risque sensiblement plus important lors de l'émission de calls non couverts ou de puts tant pour le propre compte de la banque que pour le compte de clients. Jusqu'ici, la Commission des banques a exigé que toutes les opérations à terme

ou sur options, à l'exception des opérations sur devises, devaient être annoncées pour l'entier de la somme contractée (Bulletin CFB 15 p. 18 s.). En se référant à la règlementation relative aux opérations à terme sur devises, la nouvelle circulaire prescrit pour les options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions, au lieu de prendre en considération le 100% de la valeur du contrat, de tenir compte uniquement d'une marge de sécurité pour pertes éventuelles fixée avec prudence et facile à calculer. Pour le calcul du total des engagements, il y a lieu d'appliquer les taux du prix du marché des valeurs de base aux contrats d'options, à savoir 20% pour les options traitées en bourse et 40% pour les options traitées hors-bourse. A ce montant, il faut additionner la prime actuelle alors que la marge de couverture avancée peut être déduite. Finalement, l'émission d'options non couvertes peut être compensée par l'achat de la même série d'options auprès de la même contrepartie.

S'agissant de la comptabilisation, la circulaire renvoie pour l'essentiel aux «principes de comptabilisation et d'inscription au bilan des options négociables» édictées par SOFFEX en décembre 1987, lesquels décrivent différentes possibilités de comptabilisation. La circulaire décrit uniquement la manière dont il faut obligatoirement comptabiliser les marges et les primes d'options ainsi que les revenus des transactions de la clientèle et les revenus des transactions propres.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Garantie d'une activité irréprochable

3.1.1 Blanchissage d'argent

Au début du mois de novembre 1988, la presse a annoncé que les trois plus grandes banques suisses auraient accepté des fonds pour environ 1 milliard et demi de francs suisses transportés par des courriers arrivant du Proche-Orient et provenant en partie du trafic de la drogue. Une procédure ouverte pour violation de la loi fédérale sur les stupéfiants par le Ministère public tessinois, ayant conduit à l'arrestation au mois de juillet 1988 de deux ressortissants libanais et au blo-

cage de leurs comptes, était à l'origine de ces révélations. La Commission des banques a immédiatement ouvert une enquête en se basant sur les faits divulgués par la presse. La Commission des banques entend déterminer quelle était l'ampleur des relations d'affaires entretenues par les banques avec les personnes et sociétés commerciales accusées. Elle veut en outre savoir si les banques ont agi avec la diligence nécessaire lors de l'ouverture et au cours des relations commerciales. L'enquête doit finalement déterminer dans quelle mesure les directives internes pour empêcher le blanchissage d'argent existent et sont contrôlées et si, dans le cas présent, elles ont été observées. Les investigations qui consistent aussi en des contacts directs avec les autorités pénales n'étaient pas terminées à fin 1988.

Suite à cette affaire, diverses questions ont été soulevées par le public et au Parlement:

Ainsi s'est-on étonné que les banques concernées n'aient pas immédiatement informé la Commission des banques lorsque les autorités pénales ont demandé le blocage des comptes. Rétrospectivement on doit en effet le regretter. Il n'existe cependant aucune obligation légale pour les banques d'annoncer immédiatement de tels cas à la Commission des banques. Il s'est, il est vrai, dégagé une pratique non écrite selon laquelle, les banques, plus particulièrement les grandes banques, informent d'elles-mêmes la Commission des banques des actes punissables de leurs employés, en cas de grosses pertes, de même qu'en cas d'évènements intéressants sur un plan politique, et ce avant que l'information ne parvienne au public. L'omission d'une telle annonce spontanée ne représente cependant pas une violation de la garantie d'une activité irréprochable exigée par la loi fédérale sur les banques. En l'espèce, il n'est pas encore établi s'il existait déjà, du point de vue de chaque banque, un motif d'informer la Commission des banques lorsque les autorités de poursuite pénale ont demandé aux banques des informations sur les transactions des clients inculpés et le blocage des fonds.

La question s'est également posée de savoir si les dispositions sur le secret de fonction devaient être modifiées afin de rendre possible un meilleur échange d'informations entre la Commission des banques et les autorités pénales cantonales. Cette question enfonce des portes ouvertes. L'art. 352 al. 1 CPS oblige la Confédération et les

cantons à se prêter assistance en matière pénale, dans la mesure où le secret de fonction ne s'y oppose pas. Le secret de fonction n'est cependant pas un motif d'empêchement là où il existe un devoir légal d'information. Cela est prévu à l'art. 23ter al. 4 LB pour la Commission des banques et – quant aux violations des dispositions pénales de la loi sur les banques – à l'art. 19 DPA pour les autorités cantonales. D'autre part, le secret de fonction peut être levé en vertu de l'art. 320 ch. 2 CPS et (pour la Confédération) en vertu de l'art. 28 al. 1 de la loi fédérale sur le statut des fonctionnaires. Il existe en plus entre les autorités de poursuite pénale cantonales et la Commission des banques divers contacts informels qui ont déjà conduit à l'arrestation de présumés criminels en col blanc. Les services de sécurité des banques se sont aussi adressés de manière répétée à la Commission des banques. Il n'existe pas de conflit d'intérêt entre la Commission des banques et les banques dès le moment où il s'agit de poursuivre la criminalité économique.

Enfin s'est posée la question de savoir si, suite à ces évènements, il ne serait pas judicieux d'introduire dans la loi sur les banques les principes de la convention de diligence. La Commission des banques considère qu'en ce moment il n'est pas impératif de le faire, car la convention de diligence n'empêche pas la Commission des banques, en se fondant sur la loi sur les banques, de poser en cas de besoin des exigences plus sévères. Le Tribunal fédéral a d'ailleurs confirmé cette interprétation.

Ainsi, il ne fait pas de doute qu'un banquier qui accepte par négligence grave des fonds provenant d'origine criminelle et reconnaissables comme tels n'offre pas la garantie d'une activité irréprochable. Le fait que l'interdiction expresse de l'acceptation de tels fonds ait été rayée de la convention de diligence lors de la revision de 1982, ne change rien à ce principe. La convention de diligence ne peut pas limiter la Commission des banques lors de l'interprétation de la loi sur les banques. Comme l'a exposé le Conseil fédéral devant le Conseil National le 16 décembre 1988 lors du débat sur le blanchissage d'argent, l'introduction des principes de la convention de diligence dans la loi ou l'ordonnance sur les banques ne serait certes pas exclue. Mais une telle règlementation ferait courir le risque de réduire le pouvoir d'appréciation existant de la Commission des banques, car en

face d'une règlementation détaillée, tout ce qui n'est pas expressément interdit pourrait être considéré comme permis.

Les évènements qui viennent d'être retracés ont conduit le Conseil fédéral à traiter le projet d'experts élaboré en 1986 et prévoyant l'introduction dans le Code pénal d'une norme réprimant le blanchissage d'argent, avant une vaste revision de l'ensemble des dispositions concernant les infractions contre la patrimoine et de soumettre, en 1989 déjà, à l'Assemblée fédérale une proposition dans ce sens. Une commission d'experts où la Commission des banques est aussi représentée a commencé les travaux préparatoires. La Commission des banques salue la décision du Conseil fédéral. En 1987, la Commission des banques avait déjà pris position en faveur de l'avant-projet présenté (cf. rapport de gestion 1987 p. 158 ss.). Il est prévu que le blanchissage d'argent obtenu illégalement, activité qui selon le droit en vigueur ne peut être poursuivie pénalement que dans des cas exceptionnels pour recel, soit considéré comme un délit pénal. Serait punissable celui qui entrave l'identification de l'origine, ou la confiscation, de sommes d'argent ou d'autres valeurs patrimoniales obtenues illégalement. La Commission des banques considère comme judicieuse la proposition selon laquelle le blanchissage d'argent par négligence grave soit menacée d'une peine. Cela conduira à la punissabilité des personnes qui, seulement parce qu'elles se sont abstenues de vérifier l'identité des clients, n'ont de ce fait pas supposé qu'elles acceptaient des fonds d'origine délictueuse. Le devoir de diligence contenu dans la loi sur les banques et dans les règles déontologiques des banques deviendrait ainsi pratiquement obligatoire pour les gérants de fortune et les sociétés financières qui ne sont pas assujettis à la loi sur les banques, dans la mesure où ceux-ci ne s'y conforment pas déjà spontanément. Il serait de plus souhaitable que le groupe d'experts chargé des travaux préparatoires examine sérieusement, en cas de blanchissage d'argent, si les personnes morales peuvent être aussi sanctionnées par des amendes, dans la mesure où elles auraient violé leurs devoirs de contrôle et d'organisation. Cela s'impose, entre autres raisons, du fait que les entreprises peuvent bénéficier d'un profit illégal par le blanchissage d'argent. On pourrait bien sûr objecter qu'une telle atteinte au principe du droit pénal, selon lequel une personne morale ne peut être poursuivie pénalement, devrait être incorporée dans la partie générale du Code pénal. A cet argu-

ment il a été justement opposé, dans la doctrine récente, qu'il serait opportun – comme la punissabilité des personnes morales en droit fiscal au niveau fédéral et dans de nombreux cantons le montre – de prévoir une telle norme d'abord pour un domaine limité de la criminalité économique où son application s'impose. Cette idée est aussi envisageable en vue d'un éventuel renversement du fardeau de la preuve lors de procédure de confiscation.

3.1.2 **Convention de diligence 1987**

La nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques entrée en vigueur le 1er octobre 1987, signée par l'Association suisse des banquiers d'une part et les banques d'autre part (CDB 87), limite considérablement, comparativement aux précédentes conventions de diligence, les exceptions au devoir des banques d'identifier les ayants droit économiques des fonds confiés à la banque lorsque ceux-ci sont représentés par d'autres groupes professionnels. Une banque peut renoncer, selon la définition plus restrictive des formulaires B 1 et B 2, à l'identification de l'ayant droit économique uniquement lorsque celui-ci est en premier lieu client d'un autre groupe professionnel auquel il demande des prestations de service spécifiques, soit d'une part les avocats ou notaires suisses ou, d'autre part, les membres d'un groupement affilié à la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables agissant pour leur propre compte (cf. rapport de gestion 1987, p. 151 ss.). Les dispositions transitoires de la CDB 87 ont obligé les banques à inscrire dans leurs dossiers jusqu'au 30 septembre 1988 l'identité des ayants droit économiques qui leur est connue de facto. Dans les autres cas, il est exigé que les anciens formulaires B soient remplacés jusqu'au 31 mars 1989 par des nouveaux formulaires A ou plus rarement par des nouveaux formulaires B. Cette nouvelle réglementation doit réduire sensiblement le nombre des relations d'affaires où la banque ne connaît pas l'identité de l'ayant droit économique.

Afin d'examiner si l'évolution confirme les espérances placées dans la nouvelle convention, une enquête statistique relative au formulaire B délivré sous les anciennes et la nouvelle convention de diligence doit être effectuée auprès de toutes les banques. Selon le voeu

de l'Association suisse des banquiers il a été décidé d'attendre l'expiration du délai fixé par les dispositions transitoires de la CDB 87 pour l'exécution de cette enquête, afin d'épargner aux banques la mise en oeuvre de moyens de contrôle supplémentaires. Afin que les banques et les instituts de revision bancaire agréés soient organisés en conséquence à temps, la Commission des banques, dans son rapport de gestion 1987 (p. 55), avait déjà esquissé le contenu du questionnaire. Sur la base de la procédure de consultation effectuée par la suite, la Commission des banques a procédé à différentes modifications. Le contenu définitif des questions auxquelles les banques doivent répondre leur a été communiqué par circulaire du 20 décembre 1988.

Les banques ont un délai expirant au 30 juin 1989 pour annoncer à la Commission des banques l'état des formulaires B aux deux échéances indiquées ci-dessous. Une distinction devra être opérée selon l'origine des formulaires: d'un côté, ceux provenant d'avocats et notaires et de l'autre ceux émanant de membres d'un groupement affilié à la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables. Les échéances suivantes ont été retenues: le 30 septembre 1987 pour les formulaires B délivrés sous les anciennes conventions et le 31 mars 1989 pour les formulaires B 1 et B 2 délivrés sous la CDB 87. En outre, le nombre des formulaires B, pour lesquels la banque a inscrit dans ses dossiers l'ayant droit économique qui lui est connu, sera recensé afin qu'une comparaison utile puisse être faite entre les formulaires B recensés aux deux échéances. Par contre, la Commission des banques a renoncé à déterminer le montant des fonds gérés par des formulaires B, car cela représenterait un travail disproportionné pour les banques. De même, la Commission des banques a renoncé à ce que les instituts de revision agréés interviennent dans ladite enquête. Elle exige en lieu et place que les banques informent directement la Commission des banques comme cela avait déjà été le cas pour d'autres enquêtes statistiques (par exemple: enquête sur les risques-pays, opérations hors bilan). Les instituts de revision bancaire ne doivent pas être utilisés pour un travail qui, du point de vue de l'organisation, peut être fourni d'ailleurs seulement par les banques et qui peut être contrôlé, par sondages uniquement, par les instituts de revision bancaire. Ceux-ci sont d'ailleurs tenus, lors de la revision ordinaire, de vérifier à chaque fois par sondages le respect

des dispositions de la convention, y compris les dispositions transitoires de la CDB 87, ce qui permet d'assurer que les banques, dans le cadre de cette enquête statistique, remplissent correctement leurs obligations d'annonce.

La Commission des banques attend des banques qu'elles se conforment sans exception aux règles d'identification plus sévères définies dans les nouvelles dispositions vis-à-vis des clients des banques représentés par d'autres groupes professionnels et ce malgré l'opposition de certains avocats. La Commission des banques va également veiller à ce que le traitement différent accordé aux fiduciaires dans la CDB 87 par le formulaire B 2 ne soit pas utilisé abusivement et conduise à ce que la clientèle des banques passe des avocats et notaires aux membres d'un groupement affilié à la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables. L'enquête statistique donnera à ce sujet les renseignements nécessaires. A cet égard, il serait regrettable que les nouvelles dispositions ne permettent pas d'atteindre les buts visés. Contrairement à une opinion exprimée maintes fois, il doit être rappelé à nouveau que le devoir d'identification du cocontractant et de l'ayant droit économique n'existe pas uniquement en vertu d'une convention résiliable entre les banques, mais appartient à la notion même de direction sérieuse d'une banque et à la garantie d'une activité irréprochable exigée par la loi sur les banques. Les règles déontologiques relatives à l'identification des clients de la banque, représentés par d'autres groupes professionnels, ont été précisément renforcées par la CDB 87, car les anciennes conventions de diligence ne satisfaisaient pas aux exigences relatives à l'identification posées par la loi sur les banques (cf. rapport de gestion 1986 p. 124 ss.). La Commission des banques n'a pas de raison, lors de l'interprétation de la loi sur les banques, d'assouplir le standard minimum retenu par la CDB 87. Le Conseil fédéral dans sa réponse à deux interventions parlementaires s'est exprimé clairement à ce sujet le 16 décembre 1988 devant le Conseil national:

«Le Conseil fédéral a pris connaissance avec inquiétude des difficultés rencontrées dans l'application de la nouvelle convention de diligence. Le secret professionnel des avocats ne doit pas être utilisé pour faire échouer le devoir d'identification des clients d'une banque et créer ainsi un quasi sursecret bancaire pour les déposants qui effectueraient leurs placements seulement dans ce but par l'entremise

d'un avocat. Si la convention ne devait pas atteindre les buts visés, on ne pourrait éviter de prendre des mesures légales.»

3.1.3 Législation sur les opérations d'initiés

Au 1er juillet 1988 est entrée en vigueur la nouvelle norme pénale réprimant les opérations d'initiés (art. 161 CPS). La Commission des banques a soutenu dès le début les efforts en vue de la création d'une telle norme pénale (cf. rapport de gestion 1986 p. 138). La pratique montrera si cette nouvelle disposition répond à l'attente placée en elle. En tout cas, celle-ci soulève une série de questions d'interprétation et de procédure difficiles à résoudre. La Commission des banques n'a toutefois pas à appliquer directement cette nouvelle norme. La compétence en incombe aux autorités de poursuite pénale. S'il existe de sérieux soupçons, la Commission des banques informera lesdites autorités (art. 23ter al. 4 LB). Cependant, si un membre du conseil d'administration ou de la direction d'une banque devait être impliqué dans une procédure d'opérations d'initiés, la Commission des banques examinerait si celui-ci offre encore toutes les garanties d'une activité irréprochable au sens de la loi sur les banques.

Avec l'entrée en vigueur de cette nouvelle norme pénale, l'Association suisse des banquiers a pu abroger pour fin 1988 la Convention XVI, datant de 1982 et maintes fois critiquée par la doctrine, «relative au traitement des demandes de renseignements de la Securities and Exchange Commission (SEC) sur les abus d'informations privilégiées». Les procédures en cours sont encore menées à leurs termes par la Commission d'examen créée par la convention. Sur demande de la SEC, la Commission d'examen invite les banques concernées à fournir un rapport sur les transactions visées par la SEC. Si les banques ou les clients ne peuvent établir, à la satisfaction de la Commission, qu'il n'y a pas d'opérations d'initiés, le nom des clients de même que les documents bancaires sont transmis à la SEC. Les décisions de la Commission d'examen sont définitives. La SEC peut toutefois, en vertu de l'art. 8 de la Convention XVI, demander à la Commission des banques de contrôler si les documents fournis à la Commission d'examen par les banques concernées sont «conformes aux faits et à la convention».

Cette situation s'est produite pour la première fois au cours de l'année 1988. En relation avec une tentative d'acquisition d'une firme américaine par une entreprise suisse, les clients de plusieurs banques ont pu établir, selon l'avis de la Commission d'examen, de manière satisfaisante qu'ils n'avaient pas effectué les transactions boursières portant sur les titres en question grâce à des informations privilégiées. Néanmoins, sur demande de la SEC, les responsables des banques concernées ainsi que les clients ont été entendus formellement par la Commission des banques. Dans un cas uniquement, la Commission des banques et la Commission d'examen sont parvenues à la conclusion que les informations fournies étaient fausses. Cela a conduit la Commission d'examen à communiquer à la SEC les constatations de l'enquête.

3.2 Risques-pays

Les discussions relatives à l'endettement international n'ont guère progressé en 1988 et les débiteurs et créanciers demeurent perplexes après six ans de crise. Néanmoins et pour autant qu'une solution existe, il est de plus en plus souvent admis que seules des solutions différenciées paraissent en mesure de résoudre le problème de l'endettement.

La Commission des banques a donc poursuivi la politique qu'elle mène depuis des années et qui consiste à exiger une provision forfaitaire minimale pour tous les engagements domiciliés dans des pays confrontés à des difficultés (cf. rapports de gestion 1981 p. 24 ss., 1982 p. 33 ss., 1983 p. 18 ss., 1984 p. 25 ss., 1985 p. 18 ss., 1986 p. 137 ss., 1987 p. 161 ss.). Ainsi, dès 1987, les banques ont été averties de l'augmentation du taux de provision à 35% avec effet au 31 décembre 1988 et qu'une éventuelle augmentation était à envisager pour la fin de l'année 1989.

En cours d'année, quelques banques ont déposé une requête visant à exonérer des provisions requises des encours déterminés, comme par exemple les engagements commerciaux à court terme sur des pays à risques. Sur cette base la Commission des banques a donc décidé d'accepter, à partir de 1989, l'introduction d'une diffé-

renciation du taux de provisions requis en fonction de la nature des engagements (crédits commerciaux ou financiers) tout en maintenant toutefois le principe actuel du système des provisions forfaitaires. Il en résulte la règlementation suivante, avec effet au 31 décembre 1989:

- Le taux de provisions requis sur toutes les créances ordinaires est fixé à 50%, à l'exception des engagements commerciaux à court terme.
- Le taux de provisions requis pour les engagements commerciaux à court terme d'une durée maximale de 360 jours est fixé à 10%.

Pour l'exercice 1989, à titre transitoire, les provisions requises peuvent être constituées à choix, comme suit:

- soit au taux forfaitaire de 35% sur toutes les créances domiciliées dans des pays à risques ou
- au taux de 40% pour toutes les créances ordinaires et de 10% pour les engagements commerciaux à court terme.

3.3 Banques en mains étrangères

3.3.1 Réciprocité

Une banque organisée selon le droit suisse mais qui est en mains étrangères n'est autorisée à exercer son activité que si la réciprocité est garantie par les Etats où les personnes physiques ou morales, qui exercent sur elle directement ou indirectement une influence notable, ont leur domicile ou leur siège (art. 3bis al. 1 let. a LB). La réciprocité est garantie par un Etat étranger si des banques suisses ont de réelles possibilités politiques et juridiques d'y fonder et d'y exploiter, sous n'importe quelle forme, un établissement bancaire stable et d'y exercer en fait et en droit une activité suffisamment complète et lucrative.

Durant l'exercice en cours, la Commission des banques a considéré que ces conditions étaient réalisées par la Nouvelle-Zélande. Elle a aussi constaté, compte tenu des modifications législatives adoptées par l'Italie, que la réciprocité avec cet Etat, admise uniquement pour les banques italiennes de standing international (rapport

de gestion CFB 1982 p. 26), était également garantie pour les personnes physiques et les personnes morales à caractère financier lors de l'ouverture de banques ou de prise de participation dans des banques en Suisse. La prise de participation par des entreprises à caractère non financier a pour sa part été limitée à 15%.

3.3.1.1 **Japon**

En ce qui concerne la réciprocité avec le Japon, il y a lieu de se rapporter aux réserves déjà émises les années précédentes par la Commission des banques (cf. rapport de gestion 1986 p. 131 ss., 1987 p. 174). Malgré plusieurs efforts remarquables de libéralisation, les possibilités d'activité des banques étrangères au Japon restent encore considérablement limitées, notamment si l'on considère qu'en Suisse les banques japonaises peuvent développer leurs affaires sans entraves juridiques ou administratives. Compte tenu des restrictions qualitatives existant au Japon, la réciprocité par ce pays n'est pas garantie de manière générale. Elle ne peut être examinée que de cas en cas en tenant compte des circonstances concrètes et des améliorations obtenues quant aux possibilités d'activité ouvertes aux banques suisses. Le fait que la réciprocité soit admise dans un cas particulier ne signifie dès lors pas que d'autres requérants japonais puissent en déduire une prétention à une autorisation d'exercer une activité bancaire.

Au milieu du mois de décembre 1987, les autorités japonaises ont assuré un siège à la bourse de Tokyo à deux représentants suisses. Une importante prémisse à de nouvelles négociations avec le ministère japonais des finances quant à l'établissement d'autres établissements financiers japonais sur la place bancaire suisse était ainsi réalisée. Les pourparlers ont été menés par le Service économique et financier du Département fédéral des affaires étrangères conformément aux directives établies par la Commission des banques au printemps 1988. A la suite de négociations dures mais constructives, les concessions obtenues aussi bien pour les banques suisses déjà établies au Japon que pour de nouveaux intéressés suisses ont permis à la Commission des banques d'autoriser en contrepartie que deux maisons d'émission et deux banques japonaises obtiennent une

autorisation de transformation de leur société financière en Suisse en banque. Le fait que la Commission des banques a pour la première fois délivré une autorisation d'exercer une activité bancaire en Suisse à des maisons de titres japonaises constitue un acte de bienveillance particulier puisqu'au Japon ces maisons ont l'interdiction d'exercer une activité bancaire commerciale en raison de la séparation du système bancaire en vigueur. Le ministère japonais des finances a donné l'assurance à la Commission des banques qu'il surveille sur base consolidée les maisons de titres concernées, y compris les filiales bancaires établies en Suisse.

D'autres efforts de libéralisation devront être nécessaires au Japon pour que les autres demandes d'exercer une activité bancaire en Suisse annoncées par des japonais soient accordées. Vu l'extension proposée au Conseil fédéral du champ d'application de la loi sur les banques aux maisons d'émission (cf. ch. 1.1 p. 144), différents instituts japonais établis en Suisse comme société financière s'efforceront vraisemblablement d'obtenir maintenant, de manière accrue, une autorisation d'exercer une activité bancaire.

3.3.1.2 **Liste des Etats garantissant la réciprocité**

Aujourd'hui, la réciprocité est garantie par les pays suivants, parfois avec des restrictions pour certains d'entre eux: l'Autriche, la Belgique, le Canada, le Danemark, l'Espagne, pour les Etats-Unis: l'Etat de Californie, du Colorado, du Connecticut, de Florida, d'Illinois, d'Indiana, du Massachusetts, de New York, d'Ohio, de Pennsylvanie, du Texas et du Wisconsin, la Finlande, la France, la Grande-Bretagne, Hong Kong, Israël, l'Italie, le Japon, le Luxembourg, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, les Pays-Bas, la République Fédérale d'Allemagne et la Suède.

3.3.2 **Domination étrangère**

La Commission des banques a déjà rappelé à plusieurs reprises le double but, défensif et expansif, de la clause de réciprocité contenue à l'art. 3bis LB (cf. notamment rapport de gestion 1986 p. 131/132).

L'internationalisation, bien souvent encore récente, des marchés et places financières a conféré au cours de ces dernières années une importance toujours plus grande au caractère expansif de la réciprocité. Il doit concourir à ouvrir les marchés et places étrangères qui sont à ce jour encore fermés aux établissements suisses, ou sur lesquels règnent des conditions de fonctionnement restrictives par rapport à la Suisse.

Lors de l'introduction de la réciprocité en 1969, les groupes bancaires notamment présentaient des actionnariats, certes aussi dilués dans le public, mais essentiellement nationaux. Il était facile de déterminer le pays devant garantir la réciprocité.

Depuis ces dernières années, sous l'effet certain de l'ouverture des frontières nationales aux mouvements de capitaux, l'on assiste à l'émergence de nouvelles structures de l'actionnariat, généralement complexes et subtiles, soit pour des raisons purement fiscales, soit par rapprochements d'actionnaires de pays différents ou d'entreprises de secteurs économiques différents. D'essentiellement nationales, les entreprises tendent maintenant vers des actionnariats internationaux dont parfois aucun actionnaire ou aucun pays n'apparaît comme dominant.

Ainsi, des participations sont échangées entre groupes au niveau de la société faîtière ou à des «étages» inférieurs de la structure, ou encore dans certaines sociétés seulement d'un groupe. Des investisseurs sont réunis en nombre suffisamment grand pour qu'aucun d'entre eux ne puisse exercer seul une influence déterminante sur la société, mais en nombre suffisamment restreint pour les intéresser à son développement. Des entreprises unissent leurs efforts pour initier des effets de synergie au niveau des produits, des marchés, parfois même sans aucun lien de capital (sous forme d'accords de collaboration, d'échanges d'administrateurs), parfois aussi par le biais de participations financières sous forme d'actions sans droits de vote. Des «noyaux durs» sont créés pour protéger une entreprise de «raiders» indésirables, et renforcer l'indépendance de la société.

Deux autres situations peuvent encore être évoquées à propos des banques suisses en mains étrangères: (1) celle de la banque suisse, partie non-significative d'un groupe international, lequel est racheté par une entité non réciprocitaire et (2) celle d'une banque suis-

se qui s'ouvre pour une part minoritaire mais néanmoins dominante d'une autre manière, à un actionnaire étranger, non réciprocitaire, lequel lui permettra à la banque de prendre pied dans le pays étranger pour étendre ses affaires.

De toutes ces situations, un élément reste constant: il devient de plus en plus difficile de déterminer l'influence effective des divers actionnaires/partenaires d'un groupe. En conséquence, il devient aussi plus difficile de déterminer les pays devant garantir la réciprocité et d'influer sur eux pour obtenir une libéralisation de leurs législations lorsqu'ils n'accordent pas, ou que peu, la réciprocité bancaire avec la Suisse. Ils n'ont que trop peu d'intérêts à ouvrir leurs frontières aux banques suisses, lorsque l'enjeu n'est pas l'implantation en Suisse d'une banque nettement dominée par des actionnaires nationaux. Il s'ensuit que l'aspect expansif de la réciprocité ne peut être pleinement développé ici.

Les interpénétrations entre groupes s'intensifient. Dès lors, l'image du groupe indépendant, surveillé de manière consolidée par une autorité étatique unique, semble dans certains cas déjà être dépassée. Une surveillance n'est alors possible que par une concertation entre autorités de surveillance nationales.

3.4 Problèmes d'assujettissement

La Commission des banques reçoit constamment des dénonciations à l'encontre de sociétés auxquelles il est reproché d'avoir exercé une activité bancaire sans autorisation ou d'avoir enfreint d'une autre manière la loi sur les banques. Selon l'art. 1 OB, elle peut demander aux entreprises qui, en vertu de leur inscription au registre du commerce, de leur activité ou de leur publicité, pourraient être assujetties à la loi, de lui fournir tous les documents et éclaircissements lui permettant de juger si elles exercent une activité soumise à autorisation.

L'accomplissement de cette tâche importante et nécessaire apparaît souvent difficile. La Commission des banques examine en effet toutes les dénonciations. Elle n'est cependant pas en mesure, en raison de son effectif du personnel trop restreint (cf. VI, ch. 2, p. 200), d'examiner de manière systématique et étendue l'activité de l'ensem-

ble des entreprises qui sont actives sur le marché financier. De plus, ses investigations font souvent l'objet de complications et de réticences de la part des entreprises visées.

Il est fait état ci-après des cas les plus importants qui sont intervenus durant l'année écoulée.

Sur la base des pertes sur titres intervenues auprès de la Postsparkassenverein Rhätia, Coire, l'attention de la Commission des banques a été attirée à la fin 1987 sur l'existence d'instituts semblables qui ne sont pas assujettis à la loi sur les banques mais qui, malgré tout, acceptent de manière continue des fonds d'un nombre non négligeable d'investisseurs. Durant l'année écoulée, pour connaître leurs activités, la Commission des banques a enquêté auprès d'un groupe d'instituts non assujettis. Bien qu'une standardisation se révèle difficile, il s'agit en l'occurrence pour la plupart de caisses d'épargne d'entreprises qui se recommandent auprès de leur personnel pour l'acceptation de fonds ou d'associations qui récoltent des fonds d'épargne parmi leurs membres qui appartiennent habituellement à un cercle très limité. Les instituts questionnés ne présentent aucune unité dans la forme juridique. Les caisses d'épargne d'entreprises notamment n'ont souvent aucune personnalité juridique propre. Les fonds recueillis sont placés sous la forme d'avoirs en banques, de prêts (en faveur du personnel de l'entreprise, respectivement des membres) ou de titres. En tous les cas, la Commission des banques fera respecter l'art. 15 LB qui restreint l'utilisation par les banques de la dénomination «épargne».

Durant la période sous référence, la Commission des banques a également examiné le cas d'une société spécialisée dans les opérations boursières dont la publicité et la politique d'affaires avait fait l'objet de plaintes de la part de nombreux investisseurs étrangers. Etant donné que la société ne se livrait à aucune activité bancaire soumise à autorisation, la Commission des banques, à défaut de compétences légales, n'a pas pu intervenir. Elle a cependant transmis les nombreuses plaintes reçues aux autorités administratives et judiciaires cantonales compétentes. Il s'est avéré plus tard que les instigateurs de cette société appartenaient à un cercle international d'escrocs notamment de Genève et de la Principauté du Liechtenstein qui, au moyen de «conseils en placements» effectués par téléphone, ont lésé

de nombreux investisseurs à l'étranger. Le montant du délit devrait s'élever à plus de 100 mio. de francs.

La Commission des banques a en outre constaté qu'une société de gestion de fortune non assujettie à sa surveillance avait en réalité exercé une activité bancaire sans autorisation. Elle a prononcé la liquidation de la société et a désigné un liquidateur. Celui-ci a dû déclarer la faillite qui se liquidera très vraisemblablement par une perte sensible pour les créanciers. Une plainte pour escroquerie, abus de confiance et gestion déloyale déposée contre les responsables de la société est actuellement encore pendante. Durant l'année 1988, plusieurs créanciers lésés ont déposé plainte contre la Confédération en se basant sur la loi sur la responsabilité. Il font valoir que la Commission des banques est intervenue trop tard et qu'en violant son pouvoir d'appréciation elle n'a pas pris, durant la procédure, les mesures de sécurité nécessaires. La procédure est encore pendante. La Commission des banques est d'avis qu'il appartient à l'investisseur de décider lui-même s'il entend confier son argent à une entité soumise à une surveillance bancaire ou à une société non assujettie.

3.5 Brokers étrangers

Aux termes de l'Annexe II ch. 1.2 let. b OB, sont réputés banques à l'étranger les agents de change «brokers» agréés ou organisés qui, par profession, acceptent des fonds appartenant à des tiers. Par décision du 6 mai 1982 (Bulletin CFB 10 p. 29 ss.), la Commission des banques a considéré qu'une banque était en droit de comptabiliser les engagements et les créances des brokers avec lesquels elle était en affaire si elle apportait à satisfaction de droit la preuve que lesdits brokers étaient surveillés d'une manière analogue à une banque et qu'ainsi la sécurité des fonds qui leurs étaient confiés était garantie de la même manière que s'ils avaient été déposés auprès d'une banque. Il s'agissait en l'espèce de brokers américains. Les mêmes principes s'appliquaient toutefois mutatis mutandis aux brokers d'autres pays.

Les documents qui ont été remis à ce jour par les banques concernées comme preuve d'une surveillance analogue se résument à des listes alphabétiques d'adresses des brokers-dealers «agréés»,

membres d'une commission boursière américaine et surveillés soit par la SEC soit par des Self-Regulatory-Organisations, ce qui est manifestement insuffisant. L'exigence d'une surveillance analogue a pour conséquence évidente que ni la société de revision, ni la Commission des banques ne sauraient se satisfaire de telles listes ou de simples déclarations et explications orales selon lesquelles la banque connaîtrait le broker, que celui-ci jouirait d'une bonne réputation ou encore que sa situation financière serait bonne.

C'est pourquoi, sur la base d'une part d'un rapport établi en 1983 par l'Association suisse des banquiers sur la surveillance des firmes de brokers dans différents pays duquel il ressortait qu'à l'exception des Etats-Unis les brokers étaient comptabilisés sous la rubrique «non-banques» et d'informations relatives à la surveillance effective et matérielle exercée par la SEC d'autre part, la Commission des banques a décidé de revoir le problème de la comptabilisation des brokers étrangers. Elle envisage soit de biffer lors d'une prochaine modification de l'ordonnance la rubrique dans l'Annexe II, A, ch. 1.2, soit d'édicter une circulaire à l'attention des banques et des organes de revision. Cette intention a été communiquée à l'Association suisse des banquiers pour prise de position.

3.6 Sociétés de revision agréées

3.6.1 Tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement

La Commission des banques a approuvé la revision partielle du tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement présentée par la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables (RS 952.715). Le nouveau tarif est entré en vigueur le 1er juillet 1988 et il est applicable pour la revision des comptes annuels arrêtés au 30 juin 1988 et ultérieurement. La modification la plus importante concerne l'augmentation de la flexibilité du tarif en vigueur. Les honoraires par heure, demeurés inchangés, peuvent dès maintenant être majorés de 40% au plus pour l'exercice de la direction de mandats ainsi que pour les cas impliquant une responsabilité particulière ou exigeant des connaissances spéciales et une

expérience particulière. Ces majorations correspondent aux tarifs des honoraires de la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables.

3.6.2 **Changement d'organe de revision**

Les banques sont tenues de soumettre chaque année leur compte annuel au contrôle de reviseurs indépendants de l'établissement (art. 18 al. 1 LB). Ceux-ci veillent d'une manière toute générale au respect des dispositions de la loi sur les banques (art. 19 al. 1 LB). Dans ce but, les banques doivent mandater au début de chaque exercice un organe de revision agréé par la Commission des banques (art. 39 al. 1 OB). La relation juridique entre ce dernier et la banque à examiner repose sur un rapport de droit privé. L'organe de revision est choisi, mandaté et rémunéré par la banque. Dans l'intérêt de la protection des créanciers, l'aménagement de ce rapport de droit n'est cependant pas confié à la banque et à la société de revision, mais est au contraire largement défini par la loi et l'ordonnance. La Commission des banques peut en outre décrire de manière plus précise le mandat de revision au moyen de lignes directrices (par exemple sous la forme de circulaires) ou, dans des cas particuliers, édicter des prescriptions spéciales en matière de revision. C'est pourquoi le rapport de droit privé a également dans une large mesure un caractère de droit public.

La banque qui a l'intention de changer d'organe de revision est tenue de solliciter l'agrément de la Commission des banques (art. 39 al. 2 OB) en indiquant les motifs (art. 39 al. 3 OB). Cela est également valable lorsqu'un organe de revision est désigné pour la première fois. La Commission des banques doit refuser son agrément au changement d'organe de revision envisagé (respectivement à la nomination initiale d'un reviseur) si l'organe de revision prévu ne présente pas toute garantie, dans les circonstances données, d'une revision selon les règles (art. 39 al. 2 OB). L'obligation de solliciter l'agrément n'a pas pour but de protéger la société de revision en fonction contre la perte de son mandat. Les parties contractantes sont fondamentalement libres, sur la base des règles de droit privé qui régissent leurs relations, de mettre fin au mandat selon leur propre appréciation. L'ancien orga-

ne de revision n'a pas un droit à conserver son mandat. Il s'agit finalement plutôt d'une libre concurrence entre les sociétés de revision agréées par la Commission des banques. L'agrément de la Commission des banques sert exclusivement l'intérêt public à une surveillance des banques efficace, conforme aux règles et sans faille. Partant, la résiliation du mandat de revision ne sera en principe refusée que si elle suscite des doutes au niveau de la surveillance. La Commission des banques peut appliquer des normes plus sévères afin de renforcer l'indépendance des organes de revision.

A la lumière de ces principes, la Commission des banques a développé la pratique suivante:

- Les banques doivent en règle générale mandater au début de chaque exercice un organe de revision agréé chargé de reviser leurs comptes annuels. Cela a pour effet de garantir que le mandat de revision bancaire sera exercé sans faille durant toute l'année. Les organes de revision n'ont en fait pas seulement à entreprendre une revision du bouclement mais doivent au contraire procéder aux éventuelles revisions complémentaires qui en découlent (art. 41 OB) et effectuer des contrôles intermédiaires à l'improviste en cours d'exercice (art. 40 OB) ainsi que s'occuper au besoin d'évènements particuliers. Lorsque l'exercice en cours fait l'objet de la revision ordinaire par le mandataire en fonction, la Commission des banques autorise aussi le changement d'organe de revision avec effet pour ledit exercice, pour autant que des raisons objectives existent et pour autant qu'il ne soit pas porté préjudice à l'efficacité des travaux de revision.
- La Commission des banques refuse en revanche le changement, lorsque le rapport de revision contient de graves irrégularités et réserves ou bien lorsque d'importants défauts ont été découverts au courant de l'exercice dans l'organisation interne ou encore lorsque les conditions d'autorisation sont mises en question. Dans les cas précités, les carences doivent être éliminées avant qu'un nouvel organe de revision puisse être désigné. La résiliation du mandat à un moment aussi inopportun soulève chaque fois la question de savoir si la banque ne veut pas de ce fait se soustraire à une revision conforme à la loi et si elle n'envisage pas un examen moins approfondi de la part de la nouvelle société.
- Les sociétés de revision concernées ont dans chaque cas la possi-

bilité de prendre position sur le changement requis de mandat de revision. La procédure de consultation leur permet d'attirer l'attention sur les problèmes graves qui pourraient indiquer que le changement d'organe de revision serait inopportun dans les circonstances données. S'il apparaît toutefois, dans le cadre de la procédure de consultation, qu'il est fait exclusivement état de lacunes ou d'irrégularités insignifiantes dans le but uniquement de ne pas perdre le mandat de revision bancaire ainsi que les honoraires qui lui sont liés, la Commission des banques approuve malgré tout le changement pour autant que l'élimination des défauts constatés puisse être surveillée de manière équivalente par le futur organe de revision.

- Un changement de mandat sera également refusé lorsque, dans des circonstances données, le nouvel organe de revision n'est pas en mesure d'assumer le mandat de revision tant du point de vue personnel, professionnel qu'organisationnel. Tel est par exemple le cas lorsque la nouvelle société ne possède pas les connaissances spécifiques requises pour la revision de l'institut concerné ou lorsqu'elle démontre qu'elle a des difficultés à exécuter ses mandats existants dans des délais et de manière appropriés.

Bien que les banques soient en principe libres de changer d'organe de revision dans le cadre de la pratique décrite, les mandats de revision ne sont que très rarement résiliés. Il en résulte que durant les dix dernières années le nombre de changements d'organe de revision ne s'est élevé qu'à environ dix par année. Si l'on prend en considération les 500 établissements assujettis à la loi sur les banques (sans les caisses Raiffeisen) cela correspond à un taux de fluctuation d'environ 2%. D'un point de vue statistique, cinquante ans sont donc nécessaires afin que chaque banque change au moins une fois d'organe de revision. Si de plus l'on tient compte du fait que d'une manière générale tant les banques régionales que les banques cantonales, par le fait qu'elles sont revisées par leur propre association de revision respectivement par leur propre inspectorat agréé, n'en changent guère, le taux de fluctuation double pour tout juste atteindre quatre et demi pourcent.

3.7 Clarté et sincérité du bilan

3.7.1 Dissolution de réserves latentes / Pertes sur titres

A la suite du krach boursier d'octobre 1987, la Commission des banques a adressé le 22 décembre 1987 une circulaire à toutes les banques et institutions de revision bancaire afin de rappeler la façon de traiter les dissolutions de réserves latentes en conformité avec la loi, l'ordonnance et la pratique en vigueur:

I. Généralités

Suivant l'art. 6 al. 2 LB, les banques sont tenues d'établir les comptes annuels conformément aux prescriptions du code des obligations et de la loi sur les banques. Il existe toutefois un conflit entre le droit de créer et de dissoudre des réserves latentes (art. 663 CO) et l'obligation de présenter des comptes aussi transparents que possible (art. 959 CO). A ce sujet, la Commission des banques a défini sa pratique à plus d'une reprise dans ses rapports de gestion 1979 p. 13 ss. et 1981 p. 21 ss. ainsi que dans ses lettres de décembre 1981 et novembre 1982. Cette pratique a également été présentée de manière circonstanciée dans le livre du jubilé «50 ans de surveillance fédérale des banques», p. 320 ss. La Commission des banques considère dès lors la dissolution tacite de réserves latentes comme inadmissible lorsque:

1. *elle sert au fil des ans à faire apparaître une rentabilité plus favorable qu'elle ne l'est en réalité.*
2. *les réserves latentes accumulées pendant une longue période servent à couvrir les lourdes pertes d'un seul exercice.*
3. *le bénéfice publié provient en grande partie de la dissolution de réserves latentes.*

Par la même occasion, la Commission des banques a exposé la pratique selon laquelle devaient étre couvertes les pertes de cours enregistrées sur le portefeuille propre de la banque.

A la suite d'une analyse systématique, la Commission des banques a cependant dû constater que plusieurs banques avaient procédé à la dissolution incorrecte de réserves latentes et que partant la sincérité du contenu des comptes annuels et du rapport de gestion

laissait à désirer. En outre, dans les commentaires, les pertes – ou le recul de rentabilité – avaient trop souvent été minimisées voire purement et simplement transformées en bénéfices. La situation des résultats est ainsi présentée de manière déformée au lecteur de bilan. Quelques banques ont ainsi publié des bénéfices supérieurs à ceux effectivement gagnés tandis qu'elles sont plusieurs à n'avoir présenté qu'une légère diminution lorsque le bénéfice d'entreprise subissait une réduction marquée. Dans certains cas isolés, des bénéfices ont pu être distribués que grâce à la dissolution tacite de réserves latentes. Des interventions de la Commission des banques se sont alors révélées nécessaires et le nombre d'établissements bancaires invités à lui présenter ses comptes avant publication s'est encore accru par rapport à l'année précédente.

Une enquête dont les résultats ne sont pas encore définitifs laisse apparaître que les résultats publiés en 1987 par les banques excédaient en général le bénéfice effectif d'entreprise et que les bénéfices distribués avaient même augmenté malgré la baisse généralisée des profits. Vu les résultats publiés par les banques en 1987, la Commission des banques examine s'il convient de revoir ses directives en matière de publication de dissolution de réserves latentes.

3.7.2 **Pertes de cours sur des actifs en monnaies étrangères**

Au cours d'une procédure concernant la présentation de pertes de change enregistrées sur des actifs en monnaies étrangères, une banque, sans tenir compte d'une précédente recommandation de la Commission des banques, n'a pas présenté dans les comptes de pertes et profits des pertes de cours d'environ frs 1,3 mio., les compensant directement avec les réserves latentes figurant sous «autres passifs». La Commission des banques a considéré que cette méthode de comptabilisation n'était pas admissible du fait qu'elle contrevenait d'une part aux instructions de l'ordonnance d'exécution régissant l'établissement du compte de pertes et profits et que, d'autre part, elle équivalait à une dissolution de réserves latentes qui, sous certaines conditions, doit du reste aussi clairement apparaître dans le compte de pertes et profits (cf. ch. 3.7.1 p. 172).

D'après l'Annexe II, let. B, chiffre 1.4 de l'ordonnance d'exécution, les pertes de cours et les amortissements doivent être déduits du produit des opérations sur devises et sur métaux précieux. La banque concernée a donc dû traiter les moins-values sur les actifs en monnaies étrangères comme des pertes de cours et les enregistrer sous la rubrique «produits des opérations sur devises et sur métaux précieux» conformément aux instructions régissant l'établissement du compte de pertes et profits.

La banque a par conséquent été contrainte, dans un délai donné, de publier une nouvelle fois ses comptes annuels en tenant compte de ce qui précède.

4. Relations avec d'autres Autorités et Associations

4.1 Autorités fédérales

Le projet de l'extension du champ d'application de la loi sur les banques (modification de l'ordonnance de la loi) a été traité en collaboration avec le Département fédéral des finances (ch. 1.1 p. 144). La Commission des banques a aussi été invitée par le Département des finances à prendre position sur les questions émanant du Parlement au sujet de l'appel au public pour obtenir des fonds, des fortunes étrangères en Suisse et du blanchissage d'argent.

Dans le cadre de l'enquête sur l'état de la concurrence dans le domaine bancaire, la Commission des banques a également donné son avis à la Commission des cartels sur la Convention XIX de l'Association suisse des banquiers relative aux Notes de débiteurs étrangers.

S'agissant de la revision partielle de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP), la Commission des banques a donné son avis au Département fédéral de justice et police (Office fédéral de la justice) dans le sens suivant:

- reprendre la procédure suspendue en 1981 pour l'élaboration d'une loi fédérale sur l'assainissement et la liquidation forcée et la faire concorder avec la revision de la LP

- biffer le privilège existant en cas de faillite, puisqu'il est insatisfaisant (art. 15 al. 2 LP)
- donner au Conseil fédéral une nouvelle compétence d'introduire par la voie d'ordonnance une obligation d'assurance pour les dépôts bancaires pour le cas où les banques elles-mêmes ne prendraient pas les mesures nécessaires (cf. Convention XIX de l'Association suisse des banquiers concernant le paiement de dépôts d'épargne et d'avoirs en comptes-salaire en cas de liquidation forcée d'une banque)
- supprimer la possibilité actuelle, sans importance pour les cantons, d'instituer un droit de gage légal en faveur des dépôts d'épargne (art. 16 LP).

4.2 Banque Nationale Suisse

La Banque Nationale Suisse a collaboré à l'élaboration du projet d'ordonnance relative à l'extension du champ d'application de la loi sur les banques (ch. 1.1 p. 144).

Lors des deux séances annuelles, la Commission des banques a discuté avec le Directoire de la Banque Nationale Suisse notamment:

- du concept du Comité Cooke concernant la mesure et les normes de fonds propres (ch. 5.1 p. 177)
- des tendances relatives au marché des papiers-valeurs et à la surveillance des bourses
- des conséquences du marché intérieur 1992 de la CE sur les banques en Suisse (IV, ch. 1 p. 186)
- de la création de fonds de placement à l'étranger par des banques suisses
- du problème de l'endettement international et des provisions constituées par les banques en relation avec les risques-pays.

4.3 Associations

Des délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont rencontrées à deux reprises pour discuter en particulier des sujets suivants:

- du concept du Comité Cooke sur la convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres (ch. 5.1 p. 177)
- du traitement des «agents de change (brokers) agréés ou organisés qui, par profession, acceptent des fonds appartenant à des tiers» (Annexe II, let. A, ch. 1.2 OB, cf. ch. 3.5 p. 167)
- de la nouvelle règlementation relative à la couverture des risques-pays
- des questions de la sincérité des comptes
- du devoir de loyauté des banques vis-à-vis de leur clientèle et de celui du personnel bancaire vis-à-vis de la banque

La Commission des banques est restée en contact avec la Chambre Suisse des Sociétés Fiduciaires et des Experts-comptables à propos de l'émission des nouvelles circulaires (ch. 2 p. 147). L'organisation des procédures de consultation y relatives, la dualité de fonction des sociétés de revision agissant d'une part comme mandataire de la banque et d'autre part comme partie de la surveillance ainsi que le contenu des rapports de revision ont également fait l'objet de discussions.

4.4 Commission de surveillance CDB

L'Association suisse des banquiers a institué une Commission de surveillance, composée de cinq personnalités indépendantes, en vue d'établir et de réprimer les violations de la convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 1987; cf. ch. 3.1 p. 152). A l'instar de la procédure instaurée avec la Commission arbitrale de la Convention de diligence antérieure, une conférence a réuni une délégation de la Commission des banques et de la nouvelle Commission de surveillance. A cette occasion il a été convenu, en se réservant toute indépendance de décision, de se réunir périodiquement pour discuter des problèmes d'intérêt commun.

4.5 Conférence des institutions de revision

La conférence annuelle des institutions de revision s'est tenue à Berne le 24 novembre 1988. Les sociétés de revision bancaire agréées par la Commission des banques y ont délégué 44 collaborateurs. Les principaux thèmes abordés à cette occasion ont été les suivants:

- discussions rétrospectives sur la circulaire du 22 décembre 1987 émise par la Commission des banques
  - prise en considération des risques-pays
  - clôture annuelle/dissolution de réserves latentes
- fonction des sociétés de revision bancaire en tant que mandataire de la banque et instrument de la surveillance
- nouvelles circulaires (ch. 2 p. 147)
- introduction des formulaires «Détermination des fonds propres effectifs» et «Analyse du compte de résultat»
- mise en évidence dans le rapport de revision des irrégularités constatées et des réserves émises (art. 43 al. 2 OB).

4.6 Banques régionales

La Commission des banques a pu constater avec satisfaction que les banques régionales cherchent à adapter leur politique d'affaires aux circonstances du moment. La Commission des banques approuve et appuie les réunions et les conventions qui sont susceptibles de maintenir et de renforcer ce groupe important de banques.

Les banques régionales exercent en Suisse une activité qui a une fonction protectrice significative dans une structure économique décentralisée. C'est pourquoi la Commission des banques n'a pas pu approuver la rémunération des comptes de chèques postaux qui a été soumise à discussion.

L'Association de revision de Banques et Caisses d'Epargne bernoises, nouvellement dénommée «Association de Banques régionales bernoises», s'est donnée une nouvelle organisation, assurant ainsi une indépendance accrue pour son activité de revision bancaire.

5. Affaires internationales

5.1 Uniformisation de la mesure et des normes de fonds propres

Le 11 juillet 1988, le conseil des Gouverneurs de la Banque des Règlements Internationaux a approuvé le document élaboré par le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire (Comité Cooke) inti-

tulé «Convergence de la mesure et norme de fonds propres» (cf. rapport de gestion 1987 p. 181).

La Suisse devra maintenant, au cours de ces prochaines années, tenir compte de cet accord dans le droit interne. Les démarches correspondantes seront entreprises lorsque les travaux concernant la couverture en fonds propres pour les affaires hors bilan seront terminés (cf. ch. 1.2 p. 145).

Comme ce document s'adresse uniquement aux banques qui sont actives de manière importante sur le plan international, il conviendra en particulier d'éviter des distorsions de concurrence entre les banques actives principalement sur un plan interne et celles qui le sont sur un plan international. De manière à connaître les conséquences possibles de manière réaliste, le document demande au besoin aux instituts concernés de calculer durant une certaine période les exigences en fonds propres aussi selon celles formulées par le conseil du Comité de Bâle.

5.2 Collaboration avec la Banque d'Angleterre concernant le Financial Services Act

Au Royaume Uni, une surveillance complète sur le marché financier a été introduite depuis l'entrée en vigueur du Financial Services Act 1986. Cette surveillance est exercée par le Securities and Investment Board (SIB) et par cinq Self-Regulating Organizations (SROs) reconnues par le SIB. Les succursales des banques étrangères sont assujetties pour leurs activités en cette matière au Financial Services Act et ont besoin pour cela soit d'une autorisation du SIB soit d'une admission en qualité de membre auprès d'une SRO, bien qu'elles soient déjà surveillées en tant que banque par la Banque d'Angleterre. Le SIB, respectivement les SROs souhaitaient conclure des accords formels avec les autorités étrangères de surveillance bancaire de manière à assurer la surveillance des succursales des banques étrangères selon le Financial Services Act. Les propositions présentées autrefois par le SIB aux autorités étrangères de surveillance bancaire allaient très loin. Les annonces de routine tous les trois mois auraient nécessité des travaux administratifs disproportionnés.

En été 1988, une solution satisfaisante pour les banques suisses a pu être trouvée grâce à l'appui de la Banque d'Angleterre et du SIB. Cette solution poursuit la collaboration d'autrefois qui s'est révelée efficace entre la Commission des banques et la Banque d'Angleterre. C'est ainsi que la Commission des banques confirme à la Banque d'Angleterre qu'elle surveille la banque concernée y compris les actifs et passifs de la succursale en Angleterre. Sur la base d'un arrangement informel conclu en 1979, non obligatoire en droit international, la Commission des banques et la Banque d'Angleterre s'informent mutuellement lorsqu'elles envisagent de retirer l'autorisation à une banque ayant une succursale dans l'autre pays ou lorsque la solvabilité des instituts concernés est mis en danger. Ce qui est aujourd'hui envisagé en plus, c'est uniquement la transmission de ces informations par la banque d'Angleterre au SIB, respectivement aux SROs compétentes. Aucune collaboration directe n'a été convenue entre la Commission des banques et le SIB ou les SROs. Seules les informations de la Banque d'Angleterre qui seront utiles d'après le Financial Services Act à l'examen des conditions d'autorisation et à la solvabilité des requérants suisses seront données à ces nouvelles institutions. Toutes les banques suisses ayant des succursales en Angleterre et qui sont concernées par le Financial Services Act ont autorisé expressément et par écrit la Commission des banques à transmettre ces informations. De son côté, la Banque d'Angleterre a confirmé à la Commission des banques que le SIB et les SROs ne transmettront à des tiers les informations reçues qu'avec l'accord de la Banque d'Angleterre, la Commission des banques, la banque en cause et, le cas échéant, le tiers concerné.

5.3 Autorités de surveillance étrangères

Les représentants de 96 pays se sont rencontrés à Tokyo au mois d'octobre 1988 à l'occasion de la cinquième conférence internationale des autorités de surveillance bancaire. Les principales délibérations ont porté sur les exigences en fonds propres, les nouveaux développements dans le domaine bancaire et l'appréciation des risques dans les activités bancaires.

Le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire (Comité Cooke) de la Banque des Réglements Internationaux s'est réuni à cinq

reprises. Il a poursuivi ses travaux relatifs à la lutte contre l'usage abusif du système bancaire à des fins délictueuses (cf. rapport de gestion 1987 p. 182), apprécié l'importance des provisions nécessaires pour les risques-pays et s'est de nouveau penché sur la pondération et la prise en considération des risques résultant des fluctuations des taux d'intérêts. Pour la première fois, il a discuté du système de contrôle interne des banques et de la question de savoir jusqu'où la surveillance bancaire doit collaborer avec la surveillance des marchés des papiers-valeurs.

A l'initiative du Comité Cooke, les représentants des autorités de surveillance des banques et des bourses se sont rencontrés pour la première fois les 22 et 23 septembre 1988 à Bâle. L'échange utile d'expériences a principalement porté sur les questions d'informations au delà des frontières entre les autorités de surveillance de différents Etats, les procédures d'autorisation, la surveillance des conglomérats financiers actifs sur le plan international ainsi que sur la question des exigences en fonds propres. Ces thèmes ainsi que d'autres devraient être débattus de manière plus approfondie lors d'une deuxième rencontre en été 1989.

Lors de la rencontre annuelle des autorités de surveillance de la République fédérale d'Allemagne, d'Autriche et de Suisse qui s'est déroulée à Berlin, les participants ont procédé notamment à un vaste échange d'idée sur la transposition dans le droit interne du document relatif à la convergence internationale de la mesure et des normes de fonds propres élaboré par le Comité Cooke (cf. ch. 5.1 p. 177), les conséquences et les possibilités du marché intérieur 1992 de la CE pour les Etats non-membres, l'enregistrement et le traitement des gros risques dans les groupes bancaires internationaux et la problématique des groupes financiers universels (en particulier les banques et les assurances).

5.4 Communauté européenne

Le Secrétariat de la Commission des banques a assisté le Bureau de l'Intégration DFAE/DFEP dans les échanges d'informations entamés en octobre 1987, au niveau des experts, entre les pays de l'AELE et la CE sur les services financiers, à l'initiative des ministres et hauts fonctionnaires desdits pays et de la CE.

Ces échanges ont porté principalement sur la reconnaissance mutuelle des comptes bancaires, la proposition de 2e directive de coordination bancaire et les directives boursières de la CE. Ils se poursuivront en avril 1989. En novembre, un échange bilatéral suisse-communautaire a eu lieu sur les comptes bancaires et les organismes de placement collectif.

6. Affaires traitées (statistique)

6.1 Séances

Lors de 12 séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 310 affaires (332 l'année précédente).

6.2 Décisions

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a rendu 85 (64) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

• Autorisations en vertu des art. 3, 3bis et 3ter LB	45	(34)
• Assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux art. 7 et 8 LB	4	(12)
• Reconnaissance d'institutions de revision bancaire (art. 20 LB)	2	(–)
• Changement d'institution de revision bancaire (art. 39 al. 2 OB)	20	(11)
• Fonds propres, liquidité et répartition des risques	2	(1)
• Comptes annuels	1	(2)
• Garantie d'une activité irréprochable, organisation interne	8	(1)
• Divers	3	(3)

Aucune de ces 85 décisions n'a fait l'objet d'un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral. Un seul recours de droit administratif datant de l'année 1987 est encore pendant.

6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'art. 5 RO-CFB. Par ses recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter, dans un laps de temps déterminé, un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission des banques.

Durant l'année écoulée, 64 (65) recommandations ont été émises. Elles ont toutes été acceptées par les banques à l'exception d'une. La décision relative à la recommandation non acceptée était encore pendante en 1988. Les recommandations concernaient les domaines suivants:

• Fonds propres	1	(–)
• Répartition des risques	11	(11)
• Comptes annuels	52	(49)
• Organisation	–	(3)
• Divers	–	(2)

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'art. 21 OB traité par le Secrétariat s'est élevé à 206 (142).

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi

7.1 Etat à la fin 1988

• Banques	513	(512)
• dont:		
– en mains étrangères	120	(113)
– succursales de banques étrangères	32	(33)
• Caisses Raiffeisen	1228	(1228)
• Fédération Vaudoise des Caisses de Crédit Mutuel	14	(14)
• Sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	4	(4)

• Sociétés financières à caractère bancaire assujetties aux seuls art. 7 et 8 LB	135	(134)
• Représentations de banques étrangères	76	(73)
• Banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse	20	(18)
• Institutions de revision agréées pour la revision des banques	22	(22)

7.2 Autorisations délivrées en 1988

Banques organisées selon le droit suisse

- Carlton Bank AG, Zurich; nouvelle création
- RNB Republic National Bank of New York (Suisse) SA, Genève; nouvelle création
- BFZ Bankfinanz, Zurich; nouvelle création
- IHAG Industrie- und Handelsbank AG, Zurich; reprise de l'activité de Industrie- und Handelsbank AG, Zurich
- Nomura Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque
- Yamaichi Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque
- Banco Santander (Suisse) SA, Genève; transformation de société financière en banque
- BGG Banque Genevoise de Gestion; nouvelle création
- Sanwa Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque
- Mitsui Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque

Succursales et agences de banques étrangères

- Bank für Aussenwirtschaft der UdSSR, Moscou; succursale à Zurich
- Crédit Lyonnais, Lyon et Paris; succursale à Lugano
- Caisse Nationale de Crédit Agricole, Paris; succursale à Genève
- Société Générale Alsacienne de Banque, Strasbourg; succursale de Zurich; ouverture d'une agence à Lugano

- Banque Indosuez, Paris, succursale Zurich; ouverture d'une agence à Zoug

Représentations

- Banco Popular Español, Madrid; représentation à Genève
- Skandinaviska Enskilda Banken, Stockholm; représentation à Zurich
- Svenska Handelsbanken, Stockholm; représentation à Zurich
- Chuo Trust and Banking Company Ltd., Tokyo; représentation à Zurich
- Bulgarische Aussenhandelsbank, Sofia; représentation à Zurich
- Frankfurter Bankgesellschaft Aktiengesellschaft, représentation à Zurich

Banques étrangères autorisées à obtenir des fonds en dépôt en Suisse

- Banco Popolar Español, Madrid
- Banco de Santander, Santander

Sociétés financières à caractère bancaire (assujetties aux seuls art. 7 et 8 LB)

- Oeri Finanz AG, Bâle
- NBK Finance SA, Genève
- Berenberg Finanz AG, Zurich
- Nippon Credit (Schweiz) AG, Zurich
- VPB Finanz AG, Zurich
- Raboinvest Management AG, Zurich

Sociétés de revision

- KPMG Fides Peat, Zurich
- KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zurich

7.3 Cessation de l'activité

Cessation de l'activité bancaire

- Anker Bank, Genève et HKB Handelskreditbank, Zurich: fusion avec Banque Ankerfina SA, Lausanne

- Sarganserländische Bank, Flums: fusion avec Bank vom Linthgebiet, Uznach
- Citibank N.A., New York, succursale de Lausanne
- Banque Libanaise pour le Commerce (Suisse) SA, Genève: fusion avec Banca di Partecipazioni ed Investimenti SA, Lugano
- American Express Bank (Switzerland) AG, Zurich: fusion avec Trade Development Bank, Genève sous la nouvelle raison sociale TDB American Express Bank, Genève
- Industrie- und Handelsbank AG, Zurich: reprise de l'activité bancaire par IHAG Industrie- und Handelsbank AG, Zurich
- BIG Société de Gestion, Lausanne

Cessation de l'activité comme société financière à caractère bancaire

- Nomura (Switzerland) AG, Zurich
- Yamaichi (Switzerland) AG, Zurich
- Sanwa Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Mitsui Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Santander Finance SA, Genève

Cessation de l'activité comme représentant

- Banca d'Italia, Rome
- Pierson, Heldring & Pierson N.V., Amsterdam
- The Saitama Bank Ltd., Tokyo

Cessation de l'activité comme société de revision bancaire

- KMG FIDES Bankrevision, Zurich
- Peat, Marwick, Mitchell & Co. SA, Zurich
  (suite à la fusion et restructuration des deux groupes la nouvelle société KPMG Fides Peat respectivement KPMG Klynveld, Peat, Marwick, Goerdeler SA, Zurich, a obtenu la reconnaissance en tant qu'institution de revision bancaire)

IV. Surveillance des fonds de placement

1. Revision de la loi fédérale sur les fonds de placement

A la suite de la lettre que la Commission des banques lui a adressée en janvier 1988 pour attirer son attention sur la création par des banques suisses de fonds de placement à l'étranger (cf. rapport de gestion 1987, p. 192), le chef du Département fédéral des finances a invité la Commission et l'Association suisse des banquiers à lui adresser une liste de propositions en vue de préparer une modification de la loi sur les fonds de placement, qui prendrait aussi en compte un rapprochement de la législation suisse avec le droit de la Communauté européenne. L'Association suisse des banquiers ayant créé un groupe de travail chargé spécialement de cette question, la Commission des banques a décidé d'attendre les résultats des travaux de ce groupe avant de formuler elle-même des propositions.

2. Nouveau règlement modèle et nouvelle circulaire no 18

Pendant l'année 1988, la Commission des banques a terminé l'examen du projet du nouveau règlement modèle pour les fonds de placement mobiliers préparé par l'Association suisse des banquiers et elle a arrêté le texte définitif de sa nouvelle circulaire no 18 sur l'utilisation des options, des opérations à prime, des futures et des opérations à terme dans la gestion des fonds de placement mobiliers (cf. rapport de gestion 1987, p. 199 s.).

2.1 Nouveau règlement modèle

Le nouveau règlement modèle de l'Association suisse des banquiers est de nature à décrire d'une façon claire et complète les droits et les obligations des parties au contrat de placement collectif. La Commission des banques souhaite que les directions de fonds prennent ce texte comme modèle lorsqu'elles établissent le règlement d'un nouveau fonds de placement.

Deux points doivent être mis en évidence au sujet de ce nouveau règlement modèle. D'une part, la Commission des banques admettra à l'avenir que les règlements de fonds de placement contiennent une

disposition selon laquelle les placements en obligations émises par des Etats centraux intervenant comme débiteurs ne sont pas soumis à une limitation alors que jusqu'à présent elle leur appliquait la règle des 7½% de l'article 7 LFP. D'autre part, le règlement modèle introduit dans les règles de placement la possibilité d'utiliser les nouveaux instruments financiers dans les limites des directives édictées par l'autorité de surveillance (circulaire no 18).

2.2 Nouvelle circulaire no 18

Afin de tenir compte des développements intervenus ces dernières années dans le domaine des options et futures, la Commission des banques a édicté le 3 octobre 1988 sa nouvelle circulaire qui remplace ses circulaires no 17 du 19 octobre 1976 (opérations à options et opérations à primes) et no 14 du 3 mars 1972 (vente de devises à terme pour assurer le change). En établissant ses nouvelles directives, la Commission des banques a veillé à ce que le recours aux nouveaux instruments financiers n'ait par pour conséquence que le fonds de placement suisse perde son caractère traditionnel et qu'il devienne l'objet d'une spéculation pure. Cela implique que non seulement un choix soit fait parmi les instruments à disposition mais aussi que leur utilisation soit soumise à des conditions strictes et à des limites précises.

2.2.1 Opérations permises

S'agissant des options sur actions, la circulaire no 18 autorise:

- l'achat de calls mais à la condition expresse que la contre-valeur des titres faisant l'objet du contrat soit bloquée sur un compte de liquidité ou sous la forme de fonds en attente d'être utilisés, afin de neutraliser l'effet de levier que peut avoir l'achat d'un call. De plus, l'achat de calls est soumis à des limites quantitatives;
- la vente de calls, déjà admise par la circulaire no 17, à condition naturellement que l'option porte sur des titres détenus par le fonds. La totalité de la position dans un certain titre pourra être grevée d'une vente de calls;

- l'achat de puts. Ici aussi, la totalité de la position dans un certain titre peut faire l'objet d'un achat d'un put. La circulaire limite à 25% de la fortune du fonds l'ensemble des actions faisant l'objet de vente de calls ou d'achat de puts.

Comme la vente de puts ne convient pas à un fonds de placement, la circulaire continue à exclure cette opération.

Pour le cas ou des opérations à prime seraient pratiquées par une direction de fonds, la circulaire prévoit que seule la vente à prime de titres détenus par le fonds peut être admise.

Contrairement à la circulaire no 14, la nouvelle circulaire étend la couverture des risques de change aussi aux positions en actions et elle admet non seulement les ventes de devises à terme traditionnelles mais aussi les ventes de futures sur devises. Il va de soi que ces opérations ne peuvent être effectuées que si le fonds possède dans la devise en question des placements et des avoirs en banque.

En lieu et place de la vente de devises à terme ou de la vente de futures sur devises, les directions de fonds de placement peuvent aussi effectuer des ventes de calls et des achats de puts sur devises.

La circulaire no 18 admet la vente de futures sur indices d'actions dans la mesure où il existe une bonne corrélation entre l'évolution de l'indice utilisé et celle du portefeuille correspondant.

Plutôt que de vendre des futures sur indices d'actions, les directions de fonds ont la possibilité d'effectuer des ventes de calls et des achats de puts sur indices d'actions.

En ce qui concerne la couverture des risques liés aux variations des taux d'intérêt, les futures qui sont actuellement à disposition n'ont généralement ni le même débiteur ni la même échéance que les titres en portefeuille. La Commission des banques considère qu'il est encore trop tôt pour prendre position dans ce domaine et elle n'admet donc pas les futures sur taux d'intérêt.

2.2.2 **Régime transitoire**

La circulaire no 18 est entrée en vigueur le 1er décembre 1988. D'après les nouvelles directives, il est nécessaire que le règlement du

fonds prévoie les opérations sur options et sur futures pour qu'elles puissent être pratiquées.

Les directions des fonds de placement dont le règlement ne prévoit pas ces opérations devront donc faire modifier le règlement par le juge si elles désirent utiliser les possibilités qu'offre la circulaire no 18.

Pour faciliter l'adaptation, un régime transitoire de deux ans est prévu pendant lequel les directions des fonds de placement existant peuvent continuer à pratiquer les opérations prévues dans les circulaires no 17 et 14.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Fonds de placement immobiliers

3.1.1 Evaluation de la valeur vénale des immeubles

Contrairement aux fonds de placement mobiliers où la valeur vénale peut être obtenue facilement et à tout moment sur la base de cours boursiers, l'évaluation du patrimoine d'un fonds immobilier repose sur la direction du fonds elle-même. La valeur vénale déterminée par la direction est ensuite examinée par des experts indépendants. Qu'un tel système laisse intervenir des facteurs subjectifs d'appréciation, cela est dans sa nature et ne pourra pas être totalement évité. Depuis l'entrée en vigueur de la loi sur les fonds de placement en 1967, l'estimation de la valeur vénale des fonds de placement immobiliers a régulièrement donné lieu à des discussions (cf. rapport de gestion 1986 p. 146–147). La hausse explosive, et partiellement spéculative, du prix des immeubles de ces dernières années a placé l'évaluation des valeurs vénales à nouveau en point de mire de la critique publique. Ainsi, un avocat a entamé des procédures civiles, administratives et même pénales contre la direction d'un fonds de placement immobilier. Un conseiller national a déposé un postulat et une question simple dans ce domaine. La presse elle-même a abordé ce sujet à plusieurs reprises.

La Commission des banques se préoccupe largement de cette problématique. Elle tolère certes que les directions de fonds et experts manifestent une certaine retenue dans leurs estimations pour tenir compte du fait que les immeubles sont des placements à long terme. La Commission considère toutefois que le seul critère d'estimation admissible reste celui contenu à l'art. 4 al. 3 OFP, selon lequel la valeur vénale d'un immeuble doit correspondre au prix «qui pourrait probablement en être obtenu si on le vendait au moment de l'évaluation avec le soin indispensable».

Ni la législation sur les fonds de placement ni l'autorité de surveillance ne prescrivent de méthode déterminée d'évaluation aux directions de fonds et experts. Ces derniers jouissent donc d'un certain pouvoir d'appréciation. L'autorité de surveillance s'assure, par le biais des rapports de revision, que les estimations retenues paraîssent admissibles. Elle s'appuie notamment sur le montant des taux de capitalisation utilisés, lesquels devraient correspondre selon l'usage de la branche normalement au taux des premières hypothèques augmenté de un à trois points en fonction de l'âge, de l'état de la construction et de la situation de l'immeuble. Le recours à des taux de capitalisation nettement plus élevés, ce qui entraîne une réduction de la valeur vénale du fonds, n'est admis que dans des cas particuliers devant être dûment justifiés dans le rapport de revision. La Commission des banques intervient lorsqu'une justification convaincante fait défaut et exige, ainsi que cela s'est déjà produit dans le passé, la réduction des taux de capitalisation utilisés.

3.1.2 **Rapport des reviseurs sur l'évaluation des valeurs vénales**

Dans son rapport de revision, le reviseur doit se prononcer, conformément à l'art. 39 let. d OFP, sur l'évaluation de la valeur vénale de la fortune du fonds et la fixation des prix d'émission et de rachat des parts. Il doit exposer les méthodes d'évaluation de la valeur vénale qui sont utilisées ainsi que les divergences éventuelles entre l'évaluation faite par les experts et celle faite par la direction du fonds; il doit également dire si les évaluations de la direction lui semblent appropriées aux circonstances. Des directives d'application sont conte-

nues dans la circulaire no 3 du 10 octobre 1967, émise par la Commission des banques.

La Commission des banques a dû constater des différences quant à la qualité et à l'abondance du contenu des rapports présentés par les reviseurs. Certains d'entre eux notamment n'expliquaient ni ne contenaient les taux de capitalisation utilisés. Parfois, des indications précises sur des immeubles du fonds manquaient (âge, état de la construction, situation etc.). Dans certains autres cas, des divergences ressortaient entre les évaluations faites par la direction du fonds et celles faites par les experts indépendants. L'organe de revision doit commenter de manière complète et critique ces différences, notamment lorsque les évaluations de la direction apparaîssent inférieures à ce que la loi exige.

La Commission des banques va examiner si certaines prescriptions minimales ne devraient pas être émises quant à la forme et au contenu des rapports de revision portant sur les fonds de placement immobiliers.

3.1.3 **Emission de parts avec droit de souscription**

Dans le courant de l'année, plusieurs grands fonds immobiliers ont procédé à l'émission de nouvelles parts, munies d'un droit de souscription. Ces droits ont été imaginés, dans le but de protéger les porteurs de parts actuels d'une dilution de leur capital. Par cette solution pragmatique, c'est l'atténuation de la problématique actuelle qui était recherchée. Cette nouveauté soulève toutefois certaines questions juridiques. Ainsi, le droit de souscription est un instrument créé par le droit des sociétés devant dédommager l'actionnaire de la dilution de son investissement consécutive à une augmentation du capital. Le législateur n'a pas prévu un tel droit de souscription pour les fonds de placement qui relèvent du droit contractuel et non du droit des sociétés; en revanche, il a prévu à l'art. 12 al. 3 LFP que le prix d'émission de nouvelles parts doit être fixé sur la base de la valeur vénale de la fortune du fonds au moment de l'émission. Il en découle que l'émission ne peut intervenir à une valeur inférieure à celle de la valeur intrinsèque du fonds. La Commission des banques estime que l'octroi de droits de souscription lors de l'émission de nouvelles parts

de fonds de placement représente une solution pragmatique convenable qui mérite d'être retenue.

Elle ne résout toutefois pas tous les problèmes existants.

3.1.4 Limitation des placements permis en papiers-valeurs

La Commission des banques a dû constater que divers fonds de placement immobiliers avaient entrepris de placer leurs liquidités, dans une mesure notable, en papiers-valeurs. De tels placements sont admis pour autant que le règlement du fonds les prévoit. L'investisseur qui achète un certificat de fonds immobilier a toutefois droit à ce que ses placements interviennent, comme la désignation du fonds le prévoit, principalement dans des immeubles et non dans des papiers-valeurs, lesquels sont entachés d'un risque de cours. La Commission des banques exige dès lors que la part d'un fonds immobilier investie dans des papiers-valeurs soit limitée à un maximum de 10–15% de la fortune totale du fonds, étant entendu que les liquidités réelles nécessaires doivent être détenues en premier lieu en dépôts à terme et à vue auprès de banques.

3.1.5 Immeubles détenus en copropriété par plusieurs fonds

Pour des raisons fiscales, la plupart des biens immobiliers appartenant aux fonds immobiliers ne sont – contrairement aux espérances du législateur – malheureusement pas directement acquis au nom de la direction du fonds, mais au travers de sociétés immobilières. Ainsi, la loi sur les fonds de placement entend également par «valeurs immobilières» les participations à des sociétés immobilières ayant la personnalité juridique, dont l'objet et le but exclusifs doivent être l'acquisition et la vente, ainsi que la location et le fermage de leurs immeubles, et dont le fonds de placement détient au moins les deux tiers du capital et des voix (art. 31 al. 2 let. b LFP). Jusqu'ici, la copropriété et la propriété commune n'ont pas été autorisées pour des fonds de placement immobiliers car il s'agit d'assurer aux sociétés immobilières un droit de disposition complet sur leurs biens. Durant l'année sous revue, la Commission des banques a autorisé pour la pre-

mière fois l'acquisition commune – sous la forme d'une copropriété – d'un bien immobilier important par trois sociétés immobilières appartenant chacune à un fonds de placement différent. Cette autorisation ne fut possible que parce que les trois fonds sont gérés par une même et unique direction. Cette dernière a dû s'engager à avertir la Commission des banques de toute cession envisagée d'une part de copropriété à un tiers et, en cas de cession, à convertir toutes les parts de copropriété restantes en parts de propriété par étage.

3.2 Portefeuilles collectifs internes des banques

Dans leurs efforts pour optimiser et rationnaliser la gérance de fortune, les banques recourent toujours davantage à l'administration de portefeuilles collectifs internes, c'est-à-dire d'organismes de placement collectif non soumis à la loi sur les fonds de placement. Ces portefeuilles contiennent cependant au moins trois des quatres éléments légaux définissant le fonds de placement: le placement collectif, la répartition des risques et la gestion par un tiers. C'est donc le quatrième élément de la définition soit l'appel au public, qui devient déterminant pour juger de l'assujettissement du portefeuille collectif à la loi sur les fonds de placements. Si l'appel au public n'est pas réalisé, alors le portefeuille collectif n'est pas soumis à ladite loi.

La Commission des banques a mené en 1987 une enquête auprès de toutes les banques susceptibles de gérer des portefeuilles collectifs internes pour réunir des informations plus précises sur l'importance, le développement, le nombre et le cercle des participants à de tels portefeuilles (cf. rapport de gestion 1987 p. 189).

L'enquête a confirmé l'énorme augmentation – avant tout dans les années 80 – du nombre de portefeuilles collectifs constatée par la Commission des banques. Lors de l'enquête, soit en automne 1987, 89 portefeuilles internes d'une valeur totale nette de 3,3 milliards de francs étaient gérés par 34 banques. Le nombre des nouvelles créations et le nombre des participants a augmenté fortement ces derniers temps. Plus de la moitié des portefeuilles annoncés a été créée après 1983, et plus d'un tiers après 1985. En outre, 30 autres portefeuilles collectifs ont été annoncés depuis la clôture de l'enquête. Le nombre des participants est, en moyenne, de 350 par portefeuille, en-

viron 20 portefeuilles ayant plus de 500 participants. Trois quarts de tous les portefeuilles ne sont ouverts qu'aux clients de la banque lui ayant accordé un pouvoir de gestion dans le domaine de la gérance de fortune. Lesdits portefeuilles sont utilisés en général pour de petits et moyens clients. Les droits des participants à un portefeuille ne sont pas matérialisés par un papier-valeur dans plus de 90% des cas. Enfin, plus de 90% des portefeuilles sont examinés par l'organe de revision de la banque en question dans le cadre de ses travaux de revision.

Dans son appréciation juridique des portefeuilles collectifs internes, la Commission des banques examinera tout d'abord si les banques s'abstiennent de tout appel au public au sens de la loi sur les fonds de placement. Les portefeuilles collectifs internes doivent donc être réservés à un cercle étroitement limité de clients, c'est-à-dire à un cercle de clients à la fois restreint et déterminable. Le recours à ces portefeuilles comme support publicitaire pour acquérir de nouveaux clients n'est pas permis. La participation à un portefeuille collectif interne n'entre normalemement en considération que pour des clients de la banque ayant donné à cette dernière un pouvoir de gestion. Au surplus, la participation à un tel portefeuille ne devrait être matérialisée par aucun papier-valeur. Le patrimoine du portefeuille et son administration doivent être revisés par l'institution de revision bancaire lors la revision ordinaire de la banque.

La Commission des banques n'a pas encore décidé à quelles conditions l'on peut dire qu'il n'y a pas d'appel au public et que le portefeuille collectif ne tombe pas dans le champ d'application de la loi sur les fonds de placement. Elle s'inspirera des critères énoncés ci-dessus pour examiner cette question, un examen individuel de chaque cas restant réservé. La Commission des banques inclura en outre dans ses réflexions les propositions que lui soumettra le groupe de travail institué à cet égard par la Commission des fonds de placement de l'Association suisse des banquiers (cf. ch. 1, p. 186).

3.3 Europrogramme

Durant l'année sous revue, la liquidation des fonds de placement Europrogramme International (EPR) et Europrogramme International

Série 1969 (EPR 69) s'est poursuivie (cf. rapport de gestion 1984 p. 57 ss., 1985 p. 52, 1986 p. 147 s. et 1987 p. 189 s.). En définitive, les efforts déployés par la direction pour vendre «en bloc» les immeubles d'EPR 69 se sont soldés par un échec car la société Pacchetti S.p.A. de Milan a renoncé à réaliser l'opération et elle s'est retirée du contrat. Les perspectives d'une décision de liquidation dans un avenir pas trop lointain du fonds EPR 69 se sont ainsi évanouies.

4. Relations avec Autorités et des Associations

4.1 Interventions parlementaires

La Commission des banques a été invitée par le Département fédéral des finances à prendre position sur le postulat et la question ordinaire déposés par un Conseiller national au sujet du problème de l'évaluation des immeubles des fonds de placement immobiliers et de l'émission de nouvelles parts (voir ch. 3.1).

4.2 Entretiens avec l'Association suisse des banquiers

Lors de leurs deux rencontres, les délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques ont aussi abordé le domaine des fonds de placement. Elles se sont notamment occupées des deux sujets suivants:

- Le nouveau règlement modèle de l'Association suisse des banquiers pour les fonds de placement mobiliers et la nouvelle circulaire no 18 de la Commission des banques sur les options et les futures (cf. ch. 2 p. 186);
- la revision éventuelle de la loi fédérale sur les fonds de placement dans la perspective du rapprochement de notre législation avec le droit de la CE.

5. Affaires internationales

5.1 Directive du Conseil des Communautés européennes

Le 20 décembre 1985, le Conseil des Communautés européennes (CE) a adopté une directive portant coordination des dispositions législatives, réglementaires et administratives concernant certains organismes de placement collectif en valeurs mobilières (OPCVM). Complétée en 1988, cette directive va créer, dès octobre 1989, dans les pays du marché commun un vaste marché libre pour les fonds en valeurs mobilières qui y sont domiciliés, car leurs parts pourront être commercialisées sans autre dans toute la Communauté.

Des échanges d'informations, qui se poursuivront, ont eu lieu avec la CE, tout d'abord au travers de l'AELE puis, en novembre 1988, bilatéralement. Ces échanges, menés pour la Suisse par le Bureau de l'Intégration des DFAE/DFEP avec l'assistance de la Commission des banques, tentent de déterminer dans quelle mesure une reconnaissance mutuelle des dispositions suisses et communautaires est possible, laquelle pourrait permettre aux fonds suisses de bénéficier eux aussi de la libre commercialisation dans les pays de la CE.

Une telle reconnaissance implique naturellement que la Suisse s'ouvre à la libre commercialisation pour les fonds communautaires.

L'Association suisse des banquiers s'est montrée interessée à une reconnaissance mutuelle, pour autant que les fonds suisses puissent opérer sur des bases de concurrence identiques. Pour sa part, la place financière suisse offre aux OPCVM communautaires un marché attractif, dépassant de loin les frontières nationales helvétiques; la CE devrait, ainsi, elle-aussi être intéressée à une reconnaissance mutuelle.

5.2 Groupe de contact

Un échange d'expériences et d'informations a lieu chaque année entre les représentants des autorités de surveillance des fonds de placement des Etats membres de la Communauté européenne, de la Suède, des USA, du Canada et de la Suisse. En 1988, la réunion a été organisée à Montréal par la Commission des valeurs mobilières du Québec.

Comme les années précédentes, la conférence s'est occupée de l'évolution de la législation sur les fonds de placement dans les pays participant à la réunion, notamment dans la perspective de la création d'un vaste marché libre dans les pays de la CE. La conférence a de plus procédé à un large tour d'horizon des problèmes actuels que posent les fonds de placement et leur surveillance.

Affaires traitées

Durant l'année 1988, 87 affaires (100) ont été traitées par la Commission des banques. Deux décisions ont fait l'objet d'un recours au Tribunal fédéral. Les recours sont actuellement pendants.

7. Développement des fonds de placement en 1988

	Nombre au 31.12.		Fortune des fonds au 31.12. en mio. fr.		Emissions ./. Rachats au 31.12. en mio. fr.	
	1988	1987	1988	1987	1988	1987
Fonds suisses						
Fonds mobiliers	151	139	28'606	22'576	3'150	2'947
Fonds immobiliers	33	33	9'083	7'726	1'017	830
Total	184	172	37'689	30'302	4'167	3'777
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	110	98			2'091	1'053

Les rapports mensuels de la Banque Nationale Suisse contiennent d'autres données statistiques (tableaux 53 et 53 a).

Durant l'année sous revue 12 (9) nouveaux fonds mobiliers ont été créés:

- Asia Portfolio
- B-Fund
- E-Fund
- J-Fund
- M-Ausschüttungs-Fund
- ConvertBondSelection

- Gold Portfolio
- RBC Dollar Prime Bond Fund
- RBC Swiss Franc Bond Fund
- SBS 100-Index Fund Switzerland
- Sterling Invest
- Swiss Re Global Fund

Parmi les nouveaux fonds figure pour la première fois un fonds sur indices. Pour la première fois également une société suisse d'assurance a créé un fonds de placement.

A l'heure actuelle, il y a encore 2 (6) fonds de placement en liquidation, plus précisément Europrogramme International et Europrogramme International Série 1969.

La commercialisation de parts de fonds de placement étrangers a de nouveau rencontré un grand succès en 1988. 11 fonds (25) ont été admis à faire appel au public en Suisse. Les sièges de ces fonds se trouvent au Luxembourg (8), en République Fédérale d'Allemagne (2) et aux Iles Cayman (1).

V. Surveillance des lettres de gage

1. Modification de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage

Certaines dispositions de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage ne sont plus d'actualité (cf. rapport de gestion 1987 p. 195). Conjointement avec les deux centrales d'émission, la Commission des banques a élaboré un projet de revision qu'elle a soumis au Conseil fédéral. Celui-ci a approuvé le projet et a fixé l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions au 1er janvier 1989.

Les centrales d'émission peuvent prendre en considération, au titre de fonds propres, 75% du capital-actions non libéré au lieu de 50% actuellement. De plus, les prescriptions relatives à la présentation des comptes ont été précisées et adaptées à la terminologie moderne.

2. Revision des centrales d'émission de lettres de gage

Le Secrétariat de la Commission des banques doit s'assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la loi sur l'émission de lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de revision bancaire examinent, pour leur part, le registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les revisions opérées en 1988 (comptes annuels 1987 de la Banque des Lettres de gage d'Etablissements suisses de Crédit Hypothécaire, Zurich, et comptes annuels 1987/88 de la Centrale de Lettres de gage des Banques cantonales suisses, Zurich) n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

VI. Commission des banques et Secrétariat

1. Commission des banques

Atteint par la limite d'âge fixée pour les membres des commissions extraparlementaires, M. Paul Ehrsam, docteur en droit, a quitté ses fonctions au sein de la Commission des banques à la fin de l'année 1987. Pour le remplacer, le Conseil fédéral a nommé M. le Professeur Peter Nobel à partir du 1er mars 1988. La Commission des banques est ainsi à nouveau composée de sept membres.

2. Secrétariat

L'effectif du personnel du Secrétariat s'élève à 27½ postes de travail qui sont occupés par 31 collaboratrices et collaborateurs, dont 8 à temps partiel.

Dans l'intérêt des banques et de leurs clients, une surveillance efficace est indispensable. Il est par conséquent primordial que celle-ci soit dotée des instruments nécessaires, non seulement dans le domaine juridique mais également dans celui du personnel. Les meilleures décisions et ordonnances resteront lettres mortes si elles ne peuvent pas être mises en oeuvre et appliquées par un personnel suffisant, en nombre et en qualité.

Le développement extrêmement rapide et l'augmentation croissante de la complexité des affaires bancaires imposent en permanence au Secrétariat de plus hautes exigences. Cependant, l'effectif de son personnel n'a pas pu être augmenté depuis de longues années car il est soumis au plafonnement de l'emploi de l'administration fédérale.

La situation déjà préoccupante est encore aggravée par le fait que le personnel du Secrétariat, qui est quotidiennement en étroit contact avec les banques et les institutions de revision, exerce une activité très particulière. Ses connaissances spécifiques ne peuvent être acquises nulle part ailleurs et c'est la raison pour laquelle elles revêtent une grande importance pour les banques et les institutions de revision. Les collaborateurs expérimentés et qualifiés sont le plus souvent attirés par des offres alléchantes. Dans le cadre des possibilités actuelles de rémunération il est à peu près exclu de repourvoir certains postes.

La Commission de banques se fait de sérieux soucis quant à l'accomplissement des tâches et des responsabilités qui lui sont confiées. La première condition est l'obtention d'un personnel suffisant non seulement en quantité mais également en qualité. Ceci ne pourra être obtenu et réalisé que par un assouplissement considérable de la limitation du personnel et des conditions actuelles de rémunération. La Commission des banques s'adressera prochainement dans ce sens au Département fédéral des finances.

3. Comptes annuels

Les frais découlant de la surveillance des banques et des fonds de placement sont supportés par les entreprises soumises à cette surveillance. Les émoluments qui sont prélevés par la Commission des banques sont arrêtés de manière à ce qu'ils couvrent ses frais et ceux de son Secrétariat.

Des dispositions régissant les comptes de la Confédération s'appliquent aussi à la comptabilité de la Commission des banques. La Commission des banques figure dès lors sous la rubrique correspondante des comptes de la Confédération.

Les comptes de la période considérée se présentent comme suit:

	Dépenses		Recettes	
	1988 frs.	1987 frs.	1988 frs.	1987 frs.
Autorité et Secrétariat	2'891'496	2'732'000		
Frais généraux	2'541'966	2'388'811		
Emoluments de surveillance				
- Banques			4'110'588	3'959'398
- Fonds de placement			605'000	504'505
Emoluments d'arrêté et d'écritures			802'692	544'519
Report des années précédentes			271'898	383'687
Report à compte nouveau	356'716	271'898		
	5'790'178	5'392'709	5'790'178	5'392'709

Le Président: Dr Hermann Bodenmann

Le Directeur: Dr Kurt Hauri

EBK CFB